

# Jahresbericht 2007



# Leitbild der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung versteht sich als Teil der «grünen» politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionellen politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat. Unsere gemeinsamen Grundwerte sind Ökologie und Nachhaltigkeit, Demokratie und Menschenrechte, Selbstbestimmung und Gerechtigkeit. Ein besonderes Anliegen ist uns die Geschlechterdemokratie, also die gesellschaftliche Emanzipation und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Wir engagieren uns für die Gleichberechtigung kultureller und ethnischer Minderheiten und für die soziale wie politische Partizipation von

Immigranten. Nicht zuletzt treten wir für Gewaltfreiheit und eine aktive Friedenspolitik ein.

Für unser Engagement suchen wir strategische Partnerschaften mit anderen, die unsere Werte teilen. Wir handeln unabhängig und in eigener Verantwortung.

Wir haben unsere Wurzeln in der Bundesrepublik und sind zugleich ideell wie praktisch ein internationaler Akteur.

Unser Namensgeber, der Schriftsteller und Nobelpreisträger Heinrich Böll, steht für eine Haltung, der wir uns selbst verpflichtet sehen: Verteidigung der Freiheit, Zivilcourage, streitbare Toleranz und die Wertschätzung von Kunst und Kultur als eigenständige Sphären des Denkens und Handelns.

## Wir sind eine grüne Ideenagentur

- Wir geben Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen.
- Wir engagieren uns für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab.
- Wir geben Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung.
- Wir vermitteln Wissen von Expertinnen und Experten an politische Akteure.
- Wir sind ein Ort für offene Debatten und fördern den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft.
- Wir fördern begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende im In- und Ausland.
- Wir dokumentieren die Geschichte der grünen Bewegung als Fundus für die Forschung und Quelle politischer Orientierung.

## Wir sind ein internationales Politik-Netzwerk

- Wir verstehen uns als Teil eines globalen grünen Netzwerkes und fördern die Entwicklung der grünen politischen Bewegung auf allen Kontinenten.
- Ein besonderes Anliegen ist uns die Verbreiterung und Vertiefung der europäischen grünen Bewegung.

- Wir engagieren uns bei der Entwicklung einer europäischen politischen Öffentlichkeit.

- Wir unterstützen die politische Partizipation der Zivilgesellschaft und beteiligen uns an Konferenzen und Verhandlungen im Rahmen multilateraler Organisationen.

## Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

- Ökologie und Demokratie sind für uns untrennbar. Wir unterstützen deshalb Personen und Projekte, die sich für Ökologie, Menschenrechte, Demokratie und Selbstbestimmung einsetzen.
- Wir fördern weltweit die Entwicklung von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation.
- Wir setzen uns für die Überwindung von Dominanz, Fremdbestimmung und Gewalt zwischen den Geschlechtern ein.
- Wir betrachten ethnische und kulturelle Vielfalt als Bestandteil einer demokratischen Kultur.
- Wir ermutigen zu Zivilcourage und gesellschaftlichem Engagement.
- Wir vermitteln das Knowhow für erfolgreiche Selbstorganisation und Intervention an politische Akteure.

Engagement, fachliche und menschliche Kompetenz, Kreativität und Flexibilität zeichnen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im In- und Ausland aus. Sie sind hoch qualifiziert, teamorientiert und bilden mit ihrer überdurchschnittlichen Motivation das Vermögen der Stiftung.

Chancengleichheit und ein respektvoller Umgang zwischen Frauen und Männern verschiedenen Alters, verschiedener religiöser Bekenntnisse, ethnischer Herkunft und sexueller Orientierung sind konstitutiv für die Stiftung. Interkulturelle Kompetenz und ein produktiver Umgang mit Vielfalt sind Teil unserer Betriebskultur.

Wechselseitiger Respekt und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren Partnern bilden die Grundlage unserer Geschäftsbeziehungen.

Wir überprüfen und verbessern unsere Arbeit in einem kontinuierlichen Prozess und stellen uns der internen und externen Bewertung. Wir stehen für einen wirtschaftlichen, effizienten Einsatz der uns zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel und sorgen für transparente Geschäftsabläufe.

Wir praktizieren ein produktives Miteinander von Bundesstiftung und Landesstiftungen.

Wir sind ein verlässlicher Partner für ehrenamtliches Engagement und für die Zusammenarbeit mit Dritten.

Als politische Stiftung handeln wir unabhängig und in eigener Verantwortung auch gegenüber Bündnis 90/Die Grünen. Unsere Eigenständigkeit wahren wir auch bei der Auswahl unserer Führungskräfte und der Besetzung unserer Gremien.

# Inhalt

Vorwort .....	2
Globalisierung und Nachhaltigkeit .....	4
Internationale Demokratieförderung .....	12
Außen- und Sicherheitspolitik .....	16
Gunda-Werner-Institut .....	21
Globale Geschlechterpolitik .....	23
Europapolitik .....	26
Wirtschaft, Arbeit und Soziales .....	29
Wissenspolitik .....	32
Migration und Interkulturelles Management .....	34
Nachwuchsförderung .....	36
Zeitgeschichte .....	42
Kommunalpolitik .....	45
Kunst und Kultur .....	47
Heinrich-Böll-Haus Langenbroich .....	51
Preise .....	53
Grüne Akademie .....	54
Green Campus .....	55
Archiv Grünes Gedächtnis .....	56
Aus der Stiftung .....	57
Finanzen und Personal .....	58
Gremien .....	64
Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten .....	65
Adressen .....	68
Fördern und Spenden .....	71

# Vorwort

Anfang Juni bezieht die Heinrich-Böll-Stiftung ihr neues Domizil in der Schumannstraße 8 in Berlin-Mitte, direkt gegenüber dem Deutschen Theater. Das neue Gebäude nach Entwürfen des Schweizer Architektenbüros e2A bietet den rund 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stiftung eine lichte Arbeitsumgebung. Das Schmuckstück des neuen Stiftungshauses wird die «Beletage» sein: ein modernes Konferenz- und Tagungszentrum im ersten Stock, das neue Dimensionen für unsere politische Bildungsarbeit eröffnet.

Ein Blick zurück: Im Jahre 1990 hat die Heinrich-Böll-Stiftung bei Reinhard Loske, heute Umweltsenator in Bremen, eine Studie in Auftrag gegeben; sie erschien als eine der ersten Publikationen der Stiftung unter dem Titel «Wege zur Klimastabilisierung – Atmosphärenschutz als Herausforderung an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft». Eine der Forderungen der Studie: globale Gerechtigkeit durch Reduzierung der Emissionen in den Industrieländern und Hilfe für die Dritte Welt bei dem Versuch, «Entwicklung und Ökologie zu synchronisieren». Vor achtzehn Jahren galt der Klimawandel für viele noch als eine Übertreibung einiger Wissenschaftler und grüner Ideologen. Heute ist er als Tatsache anerkannt. Besonders dramatisch könnte er für die Schwellen- und Entwicklungsländer werden. Dort trifft der Klimawandel vor allem die Armen. Diejenigen, die am allerwenigsten für den Klimawandel verantwortlich sind, sind am härtesten von ihm betroffen. Die Heinrich-Böll-Stiftung stellt deshalb ihre internationale Klimaarbeit unter das Motto «Klima der Gerechtigkeit». Ein Beispiel für unsere Aktivitäten auf diesem Gebiet ist der Appell «Afrikas Stimme gegen den Klimawandel». Mit ihm wenden sich prominente Umweltschützerinnen und Umweltschützer unter der Schirmherrschaft der Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai an die Verantwortlichen in den Industrie- und Schwellenländern, mehr für den Klimaschutz zu tun. Auch mit unserer Studie «The Right to Development in a Climate Constrained World», die bei der Weltklimakonferenz in Bali vorgestellt wurde, sind wir auf großes internationales Interesse gestoßen – bei Regierungen in Nord und Süd, bei der Europäischen Kommission, bei der Weltbank und bei vielen Klimaaktivisten und -aktivistinnen weltweit.

China war als aufstrebendes und widersprüchliches Land für die Stiftung ein weiterer Schwerpunkt in der Auslandsarbeit. Eine Ausgabe unseres Magazins *Böll. Thema* widmete sich den innenpolitischen Entwicklungen dieses Landes. Der Gesprächskreis «China und Indien in der Weltwirtschaft» setzt sich mit den internationalen wirtschaftlichen Dimensionen dieser aufstrebenden Weltmächte auseinander. Mit der Chinapolitik des Westens beschäftigte sich die 8. Außenpolitische Jahrestagung im September. Zudem unterstützen wir seit über zehn Jahren verschiedene Projekte zur Stärkung der kulturellen Identität und Selbstbestimmung der Tibeter; als international renommierter Partner ist das Tibetan Center of Human Rights and Democracy im indischen Dharamsala zu nennen.

Ein wichtiges Thema unserer Inlandsarbeit war im vergangenen Jahr die Soziale Sicherheit. Wenn auch vom «Ende der Arbeitsgesellschaft» keine Rede sein kann, so ist doch die traditionelle «Normalarbeit» mit einer lebenslangen Festanstellung auf dem Rückzug. Befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitjobs, mehrfache Berufswechsel und Selbstunternehmertum nehmen zu. In diesem Zusammenhang bekommt die Idee eines Grundeinkommens wieder Konjunktur. Mit mehreren Projekten griff die Stiftung die Debatte um das Grundeinkommen auf. Dazu gehörte u. a. die Veranstaltungsreihe «Zukunft des Sozialen», die Diskussion um ein «Bildungsgrundeinkommen», mit dem das Recht auf Bildung finanziell fundiert werden soll, und ein umfangreicher Reader, der die verschiedenen Konzepte und Kontroversen vorstellte. Auch das Gunda-Werner-Institut beteiligte sich an dieser Diskussion aus einer geschlechterpolitischen Perspektive.

Die Stiftung kann mit Fug und Recht behaupten: Das Thema Geschlechterpolitik ist eines ihrer Markenzeichen. Mit der Gründung des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie (GWI) im Juni wollen wir unsere Wirksamkeit auf diesem Gebiet noch erhöhen. Mit seinen Veranstaltungen und Publikationen und einem einmaligen Wissensportal für Geschlechterpolitik ist das Institut eine profilierte Akteurin in Deutschland und darüber hinaus geworden.

Viele werden es schon bemerkt haben: Unser Internetauftritt wurde gründlich überarbeitet. Dies ist ein Prozess, der sich über etliche Monate hinzieht, schließlich umfasst unsere Website mittlerweile über 5000 Seiten! Die Darstellung unserer Arbeit ist jetzt nach übergreifenden Themen gegliedert, die Navigation wurde erleichtert, weitere Medienelemente wie z. B. Blogs sind hinzugekommen – und dies alles erscheint in einem visuell ansprechenden, übersichtlichen Layout.

Wir hatten im vergangenen Jahr gleich drei Jubiläen zu feiern. Heinrich Böll wäre im Dezember 90 Jahre alt geworden. Es war für uns eine Gelegenheit, auf Veranstaltungen und unserer Website an Person, Werk und Wirken Bölls zu erinnern. Drei ehemalige Stipendiaten im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich taten dies mit Texten, die zu einer Hommage an den Nobelpreisträger wurden.

Im November, zu ihrem 60. Geburtstag, haben wir Petra Kelly gefeiert. Ihr ist ein großformatiger Bildband gewidmet. Bei einer Tagung wurde diese bekannteste Politikerin der Grünen aus der Zeit ihrer Gründung in den frühen achtziger Jahre gewürdigt: Kelly war eine globale Aktivistin; ihre Themen wie die Menschenrechte, die Bewahrung der ökologischen Lebensgrundlagen und die Gleichberechtigung gehören heute zu den Kernbotschaften der grünen Bewegung weltweit.

Die Heinrich-Böll-Stiftung selbst ist 20 Jahre alt geworden. Es ist sehr viel passiert seit der Gründung im November 1987 in Köln: Auch die Frauen-Anstiftung und der Buntstift gehören zu dieser Geschichte der grünen Stiftungsbewegung in Deutschland. Aber damit ist die Geschichte nicht zu Ende: Wir engagieren uns auch beim Aufbau einer europäischen grünen Stiftung, die inzwischen in Brüssel gegründet wurde. Sie soll einen Beitrag zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit leisten und ergänzt damit die weitverzweigte europapolitische Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Im vergangenen Jahr stand die Auseinandersetzung um eine europäische Verfassung im Zentrum unserer Aktivitäten.

In dieser ganzen Zeit wäre die Arbeit ohne breite ehrenamtliche Unterstützung nicht möglich gewesen. Die Gelder des Förderkreises versetzen uns z. B. in die Lage, Projekte zu fördern, die wir nicht aus öffentlichen Mitteln finanzieren können. Zahlreiche Menschen unterstützen die Stiftung auch durch ihre Mitarbeit in unseren Gremien. Bei ihnen allen bedanken wir uns nachdrücklich.

Ganz besonderer Dank gilt wie stets unseren hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ihr engagierter und kreativer Einsatz ist das Fundament für unsere nun schon zwei Jahrzehnte umfassende erfolgreiche Arbeit.

Ein herausragendes Dankeschön richten wir heute schon an all diejenigen, die sich in den vergangenen Jahren mit großem Engagement für den Neubau eingesetzt haben. Stellvertretend für alle möchten wir unsere Geschäftsführerin Dr. Birgit Laubach nennen, bei der alle finanziellen, rechtlichen und organisatorischen Fäden zusammenliefen, sowie die Baugruppe der Stiftung, die sich mit großer Akribie in diese weitgespannte Aufgabe stürzte. Nicht zuletzt bedanken wir uns bei dem hoch engagierten Architektenteam um das Schweizer Büro Eckert & Eckert und bei den beteiligten Baufirmen, namentlich bei der Firma Kirchner als unserem Generalübernehmer. Schließlich gilt unser Dank auch dem Bundesverwaltungsamt und der Bundesbaubehörde, die dieses Projekt fachkundig begleitet haben.

Berlin, im April 2008

Ralf Fücks      Barbara Unmüßig  
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung



Ralf Fücks



Barbara Unmüßig

# Globalisierung und Nachhaltigkeit

**Die Gletscher schmelzen, die sibirische Tundra taut auf. Stürme, Dürren, Überschwemmungen – extreme Wetterereignisse nehmen zu und verursachen zunehmend neue Flüchtlingswellen. Der Klimawandel drängt mit aller Macht auf die politische Tagesordnung. Und die Wissenschaft schlägt Alarm wie nie zuvor. Höchste Zeit zum Handeln, wenn wir den Klimawandel noch in erträglichen Grenzen halten wollen. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die Klima- und Energiepolitik daher zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit im In- und Ausland gemacht.**

Kongress

## Berlin: McPlanet.com – Klima der Gerechtigkeit

### Klima der Gerechtigkeit

McPlanet.com – Das Buch zum Kongress  
Erschienen im VSA-Verlag, Hamburg 2007  
Mit einer DVD-Videodokumentation des  
Kongresses von der Greenpeace-Gruppe  
Berlin, 12,80 Euro  
ISBN 978-3-89965-243-7

### Wege aus der Klimafalle

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und  
Hermann E. Ott im oekom verlag  
München 2008, 232 Seiten, 19,90 Euro  
ISBN 978-3-86581-088-5

McPlanet.com – ein alle zwei Jahre stattfindender Kongress rund um Ökologie und Globalisierung – fand vom 4. bis 6. Mai 2007 zum dritten Mal statt: Mehr als 2.000 Menschen aus der Umwelt- und der globalisierungskritischen Bewegung, aus Politik, Wissenschaft und Kirche diskutierten im Vorfeld des G8-Gipfels über Möglichkeiten und Handlungsansätze für ein «Klima der Gerechtigkeit». Veranstaltet wurde der Mega-Kongress mit über 100 Einzelveranstaltungen von der Heinrich-Böll-Stiftung, Attac, BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und Greenpeace in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Zu den prominenten Gästen zählten u. a. der ehemalige UNEP-Direktor Klaus Töpfer, Candido Grzybowski vom brasilianischen Institut IBASE, Arne Mogren von Vattenfall, Martin Khor vom Third World Network und Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen.

Zum Thema «Agrotreibstoffe» sprachen Roque Pedace von Friends of the Earth, Argentinien, und Sergio Schlesinger aus Brasilien. Sara Larrain von der Organisation Chile Sustentable tritt mit José Enrique Peña, dem Handelsattaché der venezolanischen Botschaft in Berlin, über die Nachhaltigkeitsfrage in lateinamerikanischen Energieprojekten.

«Wir haben es satt, dass die Bundesregierung sich in Deutschland, der EU und bei den G8-Verhandlungen mit schönen Formulierungen in Szene setzt, ihre tatsächliche Politik dem Klimaschutz aber zuwiderläuft», hieß es in einer gemeinsamen Erklärung der Veranstalter, die auf dem Kongress von zahlreichen Teilnehmenden unterzeichnet wurde. Auch die G8 habe mit ihrer Energiepolitik wirksamen Klimaschutz bisher verhindert. Unter den Folgen litten vor allem die Armen.

Eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Gesellschaft sei möglich, so die Überzeugung der Kongressbesucher. Zur Verwirklichung brauche es aber klare, politisch gesetzte Rahmenbedingungen. Die Politik müsse endlich einen gerechten Klimaschutz zur Leitidee machen, statt weiterhin vorrangig Wirtschaftsinteressen zu bedienen. Dafür sei starker Druck aus allen Bereichen der Gesellschaft notwendig. «Wir werden unsere Verantwortung für unser Klima wahrnehmen: nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Wähler und als politisch aktive Bürger», kündigten die Unterzeichner der Resolution an.

Die Kongressteilnehmenden forderten, dass sich die EU auf ein Emissionsziel von minus 30 Prozent bis 2020 festlegt. Deutschland solle sich verpflichten, seine Treibhausgase im selben Zeitraum um 40 Prozent zu senken. Um die gravierendsten Folgen des Klimawandels abzuwenden, sei es nötig, die weltweiten Emissionen bis zum Jahr 2050 gegenüber dem Niveau von 1990 zu halbieren. Deutschland als Industrieland müsse seine Emissionen daher um mindestens 80 Prozent reduzieren. Zu den weiteren Forderungen gehören eine radikale Steigerung der Energieeffizienz und der Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung. Der Atomausstieg müsse beibehalten und die Nutzung von Kohle so schnell wie möglich zurückgefahren werden. Zudem sollten Emissionsrechte nicht länger an Verschmutzer verschenkt, sondern zu 100 Prozent versteigert werden.



Im Anschluss an den Kongress zogen zahlreiche Teilnehmer und Teilnehmerinnen zum Kanzleramt und übergaben dort die auf eine große Leinwand gedruckte Deklaration für ein «Klima der Gerechtigkeit».

### **Aus der Kongresserklärung: «Reclaim the Climate: Für ein Klima der Gerechtigkeit!»**

Wir wissen: Klimachaos tötet. Die Armen des Planeten trifft es am härtesten. Das sind Kleinbäuerinnen, die ihre Ernten verlieren. Es sind Küstenfischer, deren Fänge durch das Absterben der Korallen zurückgehen. Es sind Viehhirten, deren Herden bei Dürrekatastrophen verhungern. Es sind Slumbewohnerinnen, deren Hütten durch Flutkatastrophen weggespült werden.

Wir wissen: Klimachaos ist radikaler Ausdruck globaler Ungerechtigkeit. Es trifft diejenigen am härtesten, die am wenigsten zu seinen Ursachen beitragen. Schon zu lange missbrauchen wir unsere Atmosphäre als Mülldeponie für CO<sub>2</sub>. Diese Deponie ist zu über 85 Prozent gefüllt mit den Emissionen der Industrieländer: Sie sind die Verantwortlichen. Die Reichen der Erde bauen ihre Fehlentwicklung darauf auf, die fossilen Tresore der Erde zu plündern. Andere folgen nun diesem Pfad.

Wir wissen: Uns rennt die Zeit weg. Um die gravierendsten Auswirkungen des Klimachaos noch abzuwenden, muss die globale Erwärmung möglichst unter zwei Grad gehalten werden.

[...]

Wir haben es satt, dass Billigflieger mit Subventionen gepöppelt werden, während Bahnreisen immer teurer werden. Die Reisepreise müssen die ökologische Wahrheit sagen.

Wir haben es satt, dass die Klimaofer im Süden mit den Folgen des Klimachaos allein gelassen werden. Die Verursacher des Klimawandels müssen für die Schäden einstehen und die Kosten für Anpassungsmaßnahmen tragen.

Wir haben es satt, dass europäische Autokonzerne ihre Selbstverpflichtung zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes ihrer Flotten missachten und die Einführung verbindlicher Standards torpedieren.

[...]

Reclaim the Climate – Für ein Klima der Gerechtigkeit: Das Klimachaos ist unser Problem. Daher werden wir uns ihm entschlossen entgegenstellen. Druck machen müssen alle: Frauen und Männer, Junge und Alte, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Wissenschaft, die Medien und die Kunst, die Arbeitslosen und auch die Unternehmen, die gelernt haben, dass sie Gewinne nicht mehr auf Kosten Dritter machen können.



2000 überwiegend junge Leute diskutierten auf dem Kongress «McPlanet.com 2007», wie ein gerechtes Klimaschutzregime beschaffen sein sollte.

#### Tagung

### **Berlin: Welchen Preis hat ein stabiles Klima?**

«Welchen Preis hat ein stabiles Klima?» fragten Fachleute aus Politik, Unternehmen, Umweltorganisationen und Wissenschaft auf einer Tagung zur Zukunft des Emissionshandels vom 11. bis 12. Mai 2007 in Berlin, veranstaltet von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Förderverein Ökologische Steuerreform. Die erste Phase des neuen Klimaschutzinstruments «Emissionshandel» ging 2007 zu Ende – Zeit also für eine Zwischenbilanz, die vielfach ernüchternd ausfiel: Statt Klimaschutz habe die bisherige Regelung nur große Mitnahmegewinne für die Stromkonzerne gebracht. Fast einhellig war daher die Forderung nach vollständiger Versteigerung der Emissionsrechte, statt sie wie bisher an die emittierenden Unternehmen zu verschenken. Die EU-Kommission scheint zugehört zu haben: ihr Vorschlag von Anfang 2008 sieht genau dies vor.

#### Aufruf

### **Weltweit: Afrikas Stimme gegen den Klimawandel**

Kein Kontinent wird den Klimawandel so deutlich zu spüren bekommen wie Afrika. Unregelmäßige Regenfälle, Überschwemmungen, Dürren, Missernten und zunehmende Wüstenbildung beginnen bereits, das Gesicht Afrikas zu verändern. Die Armen werden von den Folgen besonders betroffen sein. Während die reichen Länder durch den Klimawandel ihren Wohlstand gefährdet sehen, ist er in Afrika eine Frage von Leben und Tod. Und das, obwohl der Kontinent kaum zum Klimawandel beiträgt.



Schirmfrau des Aufrufs «Hot Spot Stimme gegen den Klimawandel».



Negusu Aklilu, Direktor des Ethiopian Forum for Environment (FFE), stellte im November 2007 auf der Bundesdelegierten-Konferenz der Grünen in Nürnberg den Klimaaufwurf vor.

[www.africanclimateappeal.org](http://www.africanclimateappeal.org)

«Afrikas Stimme gegen den Klimawandel» ist ein Aufruf von Afrikanerinnen und Afrikanern an politisch Verantwortliche weltweit. Das Ziel: Bewusstsein zu schaffen für die Bedrohung Afrikas und dafür, dass die Politik umgehend handeln muss. Der Aufruf erhebt zwei Forderungen: Erstens, der Klimawandel muss gestoppt, der Ausstoß von Treibhausgasen sofort vermindert werden. Zweitens müssen die nötigen Maßnahmen zur Anpassung an die Effekte des Klimawandels, mit denen Afrikas arme Bevölkerung schon heute lebt, weltweit Unterstützung finden.

Die kenianische Ökologin und Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai, Autorin und Schirmherrin des Aufrufs, hofft, dass Afrika nicht länger schweigt und den Mund aufmacht. Umweltschützerinnen und Umweltschützer aus allen Teilen Afrikas haben den Aufruf bereits unterzeichnet und setzen sich dafür ein, dass er in Afrika und überall auf der Welt Gehör findet. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt den Aufruf. Sie initiierte den Dokumentarfilm «Hotspots», der zeigt, welche Auswirkungen des globalen Klimawandels bereits heute auf dem Kontinent sichtbar werden – und wie die Menschen dort den neuen Herausforderungen begegnen. Die Stiftung hilft auch, den Aufruf weltweit zu verbreiten und dadurch Afrikas Forderung nach Gerechtigkeit in der globalen Klimakrise Nachdruck zu verleihen.

#### Publikation

### **Memorandum «Haben und Nichthaben – verantwortungsvolle Ressourcenpolitik im 21. Jahrhundert»**

Im 21. Jahrhundert steht der Rohstoffsektor vor zahlreichen Herausforderungen, die eng miteinander verknüpft sind. Hierzu zählen u. a. der Klimawandel, eine erhöhte Nachfrage nach Rohstoffen, «Peak Oil» (der Punkt, an dem Ölfelder ihre maximale Förderquote erreicht haben und von da an die Produktion rückläufig ist), Energiesicherheit, die sozialen und ökologischen Folgen der Rohstoffausbeutung, Korruption, Menschenrechtsverletzungen und gewaltsame Konflikte.

Der Umgang mit Rohstoffen ist auch ein thematischer Schwerpunkt der Heinrich-Böll-Stiftung, denn ein transparenter und gerechter Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde ist entscheidend, um weltweit Frieden zu schaffen, eine nachhaltige Entwicklung zu fördern und Armut zu bekämpfen.

Aus Anlass der deutschen G8-Präsidentschaft hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2007 einen Dialog ins Leben gerufen, bei dem sich zivilgesellschaftliche Organisationen traditioneller Rohstoffimporteure mit Akteuren aus rohstoffreichen afrikanischen Ländern sowie aus Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien, Russland und Mexiko auf einen gemeinsamen Reformvorschlag für nachhaltiges Ressourcenmanagement verständigt haben. Das wichtigste Ergebnis dieses Dialogs ist das Memorandum «Haben und Nichthaben». Es wurde eine Woche vor dem G8-Gipfel in Heiligendamm auf der Bundespressekonferenz gemeinsam mit Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das von einer internationalen Expertengruppe verfasste Memorandum analysiert bestehende Initiativen, Standards und Mechanismen der globalen Ressourcenpolitik und formuliert politische Forderungen und Empfehlungen an die G8-Staaten für einen verantwortungsvollen Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Politisch unterstützt wird das Memorandum von der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf: «Ich unterstütze Ihre wichtigen Bemühungen, im Rahmen des G8-Gipfels die vielen komplizierten und weltweit miteinander zusammenhängenden Fragen eines verantwortungsvollen Umgangs mit natürlichen Ressourcen anzusprechen, um den Handel zu beiderseitigem Nutzen zu steigern und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. In diesem kritischen Augenblick sind diese Themen für alle Akteure dieser Welt von besonderer Bedeutung – vor allem aber für schwache Staaten wie Liberia, das nach einem Konflikt dringend eine Möglichkeit sucht, seinen wertvollen Besitz an Bodenschätzen zum dauerhaften Wohl des Volkes, das lange gelitten hat, zu nutzen.»

Weitere Unterstützer: der US-amerikanische Investmentbanker und Gründer des Open Society Instituts George Soros, Ed Zwick, der Regisseur des Films «Blood Diamond», Peter Eigen, Gründer von Transparency International und Vorsitzender der Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), sowie die «Fatal Transactions Campaign.»

#### **Haben und Nichthaben**

Ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung  
Von Patrick Alley, Celio Bermann, Luke  
Danielson, Heidi Feldt, Sudha Mahalingam,  
Alejandro Nadal, Chandran Nair, Samuel  
Nguiffo und Silas Siakor  
Berlin 2007, 52 Seiten  
ISBN 978-3-927760-63-9

## Rostock: Aktivitäten rund um den G8-Gipfel in Heiligendamm

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat die deutsche G8-Präsidentschaft und den Gipfel in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni 2007 mit vielfältigen Projekten begleitet, darunter u. a.:

**G8-Blog: Der Weg nach Heiligendamm.** Fast vier Monate lang hat die Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit dem Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung den Vorbereitungsprozess und den G8-Gipfel mit einem Weblog begleitet. In über 90 Einträgen und zahlreichen Gastkommentaren blieb kaum ein Aspekt des Gipfelgeschehens unbeleuchtet. Die Resonanz war sehr positiv, hohe Zugriffszahlen und zahlreiche Verlinkungen zu anderen Blogs und G8-Seiten sprachen für den Erfolg des «Blogs».

[www.g8-blog.blogspot.com](http://www.g8-blog.blogspot.com)

**Workshops auf dem Alternativgipfel in Rostock.** Einem breiten Bündnis aus Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und politischen Stiftungen ist es mit dem Alternativgipfel vom 5. bis 7. Juni 2007 gelungen, einen Gegendiskurs zu den G8 zu organisieren und Alternativen zur derzeitigen Politik aufzuzeigen. Internationale Fachleute aus Nicht-G8-Staaten debattierten in Podiumsdiskussionen und über 100 Workshops über Klima, Handel, Soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Energie. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung und ihre Landesstiftungen, die zum Trägerkreis des Gegengipfels gehörten, organisierten Workshops zu den Themen Rohstoffpolitik, Nachhaltige Landwirtschaft und Klimawandel. Die Rostocker Bevölkerung zeigte sich für globalisierungskritische Themen aufgeschlossen und war für alternative Protestformen zu begeistern.

**Art goes Heiligendamm.** Fast zehntausend Menschen haben vom 23. Mai bis 9. Juni 2007 das Kunstprojekt «Art goes Heiligendamm» besucht. Adrienne Göhler, ehemalige Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds, hatte das Projekt als «künstlerische Intervention im Stadtraum Rostock» organisiert und über 100 Künstlerinnen und Künstler aus 27 Nationen eingeladen. Die finanziellen Mittel kamen von privaten Spendern, dem Land Mecklenburg-Vorpommern und einigen Stiftungen, darunter auch die Heinrich-Böll-Stiftung. Zentraler Ort der Veranstaltung war das «Silver Pearl Congress Center & Spa», eine temporäre multifunktionale Installation des Berliner Architekturbüros «raumlabor\_berlin» auf dem Gelände des Stadthafens. Im Gegensatz zur abgeriegelten «Weißen Perle» an der Ostsee, dem Kempinski-Hotel Heiligendamm, wo die Staats- und Regierungschefs der G8 tagten, war «Silver Pearl» ein Ort für öffentliche Gespräche, Vorträge und Reflexionen über die großen Themen der Globalisierung und die lokalen Ereignisse. Der Zulauf war groß, gegen Ende mussten sogar die Abendveranstaltungen verlängert werden, so dass Adrienne Goehler nach 17 Tagen resümieren konnte: «Die Erweiterung des gesellschaftlichen Resonanzraums von Kunst ist geglückt.»



Das «Silver Pearl Congress Center & Spa», eine temporäre multifunktionale Installation auf dem Gelände des Rostocker Stadthafens.

[www.art-goes-heiligendamm.net](http://www.art-goes-heiligendamm.net)

Konferenz

## Beirut: «Green Wars? – Umwelt zwischen Konflikt und Kooperation im Nahen Osten und Nordafrika»

Der Kampf um Ressourcen, insbesondere um Wasser, gilt vielfach als einer der Hauptauslöser künftiger zwischenstaatlicher Konflikte. Der transnationale Charakter vieler natürlicher Ressourcen kann jedoch auch dazu führen, dass sich feindlich gesinnte Nachbarstaaten zu einem Minimum an Kooperation bewegen lassen. Eine zweitägige Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung konzentrierte sich im November 2007 auf Umweltprobleme im Nahen Osten, die das größte Potenzial zu Konflikten tragen. Verhandlungen um Wasserrechte zwischen Jordanien, Palästina und Israel, Dispute um die Nutzung des Nilwassers sowie der Landnutzungskonflikt in Darfur dienten als Beispiele. Es wurde deutlich, wie wichtig zwischenstaatliche Kooperationen sind – sie müssen künftig noch verstärkt werden, um ein halbwegs friedliches Miteinander trotz steigender Umweltbelastungen zu gewährleisten. Die Schlussdiskussion beschäftigte sich auch mit den Auswirkungen des Klimawandels auf den Nahen Osten – ein Thema, das nun auch in der arabischen Öffentlichkeit angekommen ist. Fazit: Durch den Klimawandel werden bereits bestehende Umweltprobleme verschärft, aber er birgt auch die Chance, über Kooperationen mehr politische Zusammenarbeit zu erreichen.



Podium der Beiruter Konferenz «Green Wars»: (l-r) Hans Günter Brauch, Jörg Haas, Mohamed El Raey und Fouad Hamidan

**The Right to Development in a Climate Constrained World. The Greenhouse Development Rights Framework**

A report by Paul Baer, Tom Athanasiou and Sivan Kartha  
Berlin 2007, 96 Seiten  
ISBN 978-3-927760-71-4

Weitere Informationen unter  
[www.boell.de/GDRs](http://www.boell.de/GDRs)



Jörg Haas, Ökologiereferent der Heinrich-Böll-Stiftung, in Nusa Dua, Bali, Indonesien

[www.klima-der-gerechtigkeit.de](http://www.klima-der-gerechtigkeit.de)

Der Klimablog: Hier werden aktuelle Entwicklungen der nationalen und internationalen Klimapolitik aufgegriffen und kritisch beleuchtet. Jörg Haas, freut sich auf Ihre Kommentare!

## Bali: Aktivitäten rund um die Weltklimakonferenz

Vom 3. bis 15. Dezember 2007 fand auf Bali (Indonesien) die Weltklimakonferenz statt, eine weitere Runde der UN-Klimaverhandlungen. Auch die Heinrich-Böll-Stiftung war auf Bali vertreten und stellte dort die Studie «The Right to Development in a Climate Constrained World» vor, die von der britischen Entwicklungsorganisation Christian Aid, der Heinrich-Böll-Stiftung und anderen Organisationen herausgegeben wurde. Die Studie enthält einen Index für die gerechte Verteilung von Klimaschutzanstrengungen, der auf den Kriterien «Verantwortlichkeit» und «Leistungsfähigkeit» basiert – Kriterien, die bereits in der Klimarahmenkonvention als Gerechtigkeitsmaßstäbe genannt werden. Dieser «Responsibility and Capacity Index (RCI)» bezieht dabei die innergesellschaftliche Ungleichheit mit ein und berücksichtigt, dass z. B. auch in tendenziell armen Ländern ein kleiner Teil der Bevölkerung sehr reich sein kann und zur Finanzierung von Klimaschutzanstrengungen herangezogen werden könnte.

Der Bericht fand in Bali ein großes Echo. Er ist eine wichtige Grundlage für die weitere Klimaarbeit der Stiftung und wird demnächst auch in Spanisch und Chinesisch erscheinen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung organisierte auch eine Veranstaltung zum Thema «Gender and Climate Change» und eine weitere zur Atomenergie als falsche Antwort auf den Klimawandel. Darüber hinaus begleitete Yu Jie, die Klimaexpertin der Stiftung aus Beijing, eine Delegation chinesischer Umweltaktivisten nach Bali und führte sie in die internationale Umweltpolitik ein. Ihr Klima-Blog fand in China eine große Leserschaft.

Auf dem Rückweg nach Deutschland machte Jörg Haas, Ökologiereferent der Stiftung, Zwischenstopp in Tel Aviv und hielt dort eine programmatische Rede zum Thema «Von Bali nach Kopenhagen». Die öffentliche Veranstaltung wurde vom Israel-Büro der Heinrich-Böll-Stiftung zusammen mit den führenden Umweltorganisationen Israels organisiert. Weitere Referenten waren u. a., der Knesset-Abgeordnete Dov Khenin, Mitvorsitzender des Umweltforums im israelischen Parlament, Dr. Yossi Inbar, stellvertretender Direktor des Umweltministeriums, und Ladeen Freimuth von Friends of the Earth Middle East, die mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung an der Konferenz in Bali teilgenommen und dort das Papier «Klimawandel: Eine neue Bedrohung für die Sicherheit des Nahen Ostens» vorgestellt hatte.

## Konferenz

### Santa Barbara: Kalifornisch-Europäischer Dialog über Klimawandel

Auch wenn sich die US-Bundesregierung hartnäckig internationalen Klimaschutzabkommen verweigert – US-Bundesstaaten wie Kalifornien sind seit einiger Zeit Vorreiter und Experimentierfeld ambitionierter Klima- und Energiepolitik. Um die transatlantische Kooperation voranzubringen organisierte das Büro Washington der Heinrich-Böll-Stiftung vom 13. bis 15. November 2007 in Santa Barbara eine hochkarätig besetzte Konferenz. Fachleute beiderseits des Atlantiks diskutierten, wie Kalifornien, die USA und Europa in engerer Zusammenarbeit den Klimawandel angehen können. In ihrer Abschlusserklärung vereinbarten sie u. a., neue Netzwerke zu schaffen. Sie sollen helfen, die technologische Forschung zu verbessern, Einkaufskonsortien zu bilden, um die Preise für Energiesparprodukte zu senken, und die Entwicklung grüner Technologien und Produkte zu beschleunigen. Die Konferenz fand in Kooperation mit der Johns Hopkins University statt. Die Abschlusserklärung sowie die Unterzeichner sind zu finden unter: [www.transatlantic.sais-jhu.edu/transatlantic\\_topics/environment/Santa\\_Barbara\\_Consensus\\_Nov2007.pdf](http://www.transatlantic.sais-jhu.edu/transatlantic_topics/environment/Santa_Barbara_Consensus_Nov2007.pdf)



## Networking – drei Beispiele

**Israel: Town Meeting mit Boris Palmer.** Im Jahr 2007 organisierte Life & Environment, eine Dachorganisation von etwa 100 Umweltschutzinitiativen, mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung mehrere sogenannte «Town-Meetings». Hintergrund waren die im November 2008 anstehenden Kommunalwahlen. Umweltgruppen nutzen sie, um die Themen Ökologie und Nachhaltigkeit in Öffentlichkeit und Politik zu stärken. Sie agieren

bewusst auf der kommunalen Ebene, denn auf nationaler Ebene werden Umweltfragen allzu oft von Sicherheitsfragen verdrängt. Am 24. Juni erläuterte Boris Palmer, grüner Oberbürgermeister von Tübingen, bei einem öffentlichen «Town Meeting» in Tel Aviv den Hintergrund seines Wahlerfolges. Er zeigte auf, was mit vorhandenen Technologien in Tübingen bereits getan wurde, um den Kohlendioxidausstoß zu verringern.

Auf einem internen Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern zahlreicher Umweltorganisationen hatte Palmer zuvor betont, wie wichtig es sei, eine Verbindung zwischen dem Alltag der Menschen und Umweltthemen herzustellen – denn mit den vorhandenen Technologien sei es durchaus möglich, greifbare Veränderungen herbeizuführen, die sowohl ökologisch wie ökonomisch sinnvoll sind, man müsse nur ein Bewusstsein dafür schaffen.

**Äthiopien: Verschmutzer-Atlas für Addis Abeba.** Seit 2007 arbeitet das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Addis Abeba mit der Umweltorganisation Environmental Protection Authority (EPA) zusammen. Erstes Ergebnis ist der «Verschmutzer-Atlas» für Addis Abeba, der knapp 2.200 Industriebetriebe erfasst. Der Atlas erzeugt ein besorgniserregendes Bild: Rund 42 % der Industriebetriebe sind in Wohngebieten angesiedelt; nur 10 % entsorgen ihre Abfälle ordnungsgemäß; 90 % haben keinerlei ökologisches Wissen und Bewusstsein. Im Jahr 2008 wird EPA mit Unterstützung der Stiftung intensive Aufklärungskampagnen für Bürger, Betriebe und Lokalpolitiker durchführen.

**Äthiopien: Green Forum 2007.** Das Green Forum ist ein offenes Netzwerk für Organisationen, die ein kritisches Umweltbewusstsein in Äthiopien schaffen wollen. Es wurde 2006 von vier äthiopischen Nichtregierungsorganisationen und dem Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Addis Abeba gegründet. Mit Veranstaltungen, Publikationen und einer Website informiert es die Öffentlichkeit. Auch politische Entscheidungsträger wenden sich zunehmend an das Green Forum, so z. B. der Parlamentsausschuss für natürliche Ressourcen, wenn Gesetzentwürfe diskutiert werden. Im Jahr 2007 konzentrierte sich das Green Forum auf die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels auf Äthiopien. Auf einer dreitägigen Konferenz vom 31. Oktober bis zum 2. November, die vom Staatspräsidenten Girma Woldegiorgis eröffnet wurde, tauschten erstmals Regierungsexperten und Vertreter und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen ihre Einschätzungen hinsichtlich der bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels aus. Auf der Konferenz wurde eine Deklaration zum Klimawandel verabschiedet. Einige der Forderungen: den Klimawandel als Querschnittsthema in Entwicklungspläne und wirtschaftspolitische Konzepte integrieren, eine breitere Öffentlichkeit bezüglich der Bedrohungen durch den Klimawandel herstellen und die bestehenden Umweltschutzgesetze strikt anwenden, um eine weitere Verschlechterung der Umweltbedingungen zu verhindern.



Präsident Girma Woldegiorgis unterstützt mit seiner Unterschrift den Klima-Appell, obgleich er kein direkter Unterzeichner ist.



Green Forum 2007. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Auswirkungen des Klimawandels auf Äthiopien.

## Projekte zur Förderung erneuerbarer Energien – zwei Beispiele

**Libanon: Modelldorf im Südlibanon.** Die libanesische Umweltorganisation Greenline hat sich der Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für erneuerbare Energien verschrieben. Sie betreibt politische Lobbyarbeit, gibt Publikationen heraus und initiiert Projekte. Im Jahr 2007 hat Greenline mit Unterstützung des Beiruter Büros der Heinrich-Böll-Stiftung und in Zusammenarbeit mit den lokalen Autoritäten solarbetriebene Wassererhitzer in einem Dorf im Südlibanon installiert. Das Dorf war durch den Krieg im Sommer 2006 zerstört worden. Das «Modelldorf» führte den umliegenden Gemeinden die langfristigen Umweltvorteile und Stromersparnisse erneuerbarer Energien vor Augen. Zudem diente es dazu, den Staat und die internationalen Geber zu ermuntern, umweltschonende Praktiken und Technologien in den Wiederaufbauprozess einzubeziehen. Derzeit setzt sich Greenline für Gesetzesänderungen ein, die die Einführung erneuerbarer Energien erleichtern sollen.



Inspektion des Wasserkanals der 1.5 kW Pelton-Kleinstwasserkraftanlage in Baan Naa Tam.  
[www.palangthai.org](http://www.palangthai.org)

**Thailand: Aufwind für Ökostrom.** Nach mehrjähriger Vorarbeit gelang es Palang Thai, einer Partnerorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung, die Einspeisung von erneuerbarem Strom für Klein- und Kleinstproduzenten im Jahr 2007 gesetzlich zu sichern. Als nächstes werden gemeindeverwaltete Energieprojekte in Südthailand und im Grenzgebiet zu Burma betreut und vernetzt, um ihnen den Verkauf ihres überschüssigen Stroms zu ermöglichen. Palang Thai ist unter unabhängigen Energiefachleuten anerkannt und findet selbst im Energieministerium bei wichtigen Entscheidungen Gehör. Eine neue Herausforderung für Palang Thai – und auch für die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung – ist die Absicht der Regierung, mittelfristig Atomkraft in den Energiemix des Landes zu integrieren.

Ein von der Stiftung unterstützter Klimablog versucht, die Energie- und Klimadebatte stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. Zwar ist das Thema «Klimawandel» mit der Veröffentlichung des IPCC-Reports in den thailändischen Medien präsenter geworden, allerdings begrenzt auf wissenschaftliche Aspekte. Der Klimablog bietet nun die Möglichkeit, die Debatte um das Für und Wider der Energiepolitik des Landes öffentlich zu führen

[www.thaiclimate.org](http://www.thaiclimate.org)

Der Klimablog in Thailand

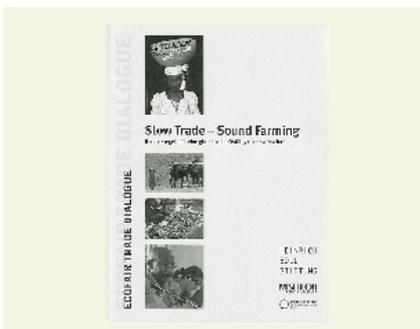
Publikation

### **Weltweit: Slow Trade – Sound Farming. Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft**

Die Landwirtschaft ist, wie der Begriff «Agrikultur» so trefflich ausdrückt, weit mehr als bloß ein Wirtschaftszweig: Sie schafft Arbeitsplätze, nutzt, pflegt und erhält Ökosysteme, ist eine wichtige Stütze für Wirtschaft und Kultur in ländlichen Räumen und bewahrt ein vielfältiges Wissen über landwirtschaftliche Praktiken. Die Ausgestaltung der internationalen Handelspolitik berücksichtigt diese multifunktionale Bedeutung der Landwirtschaft allerdings kaum und betrachtet zumeist nur ihren rein ökonomischen Wert. Die Liberalisierung der Agrarhandelspolitik setzt die Landwirtschaft einem zunehmenden internationalen Wettbewerb aus und gefährdet damit ihren multifunktionalen Charakter. Vor diesem Hintergrund haben die Heinrich-Böll-Stiftung und Misereor in Kooperation mit dem Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie das Projekt «EcoFair Trade Dialogue. New Directions for Agricultural Trade Rules» ins Leben gerufen. Ziel ist es, Vorschläge für ein Handelsregime zu erarbeiten, das den sozialen und ökologischen Belangen im Sinne einer zukunftsfähigen Entwicklung Rechnung trägt. Mittlerweile liegen erste Ergebnisse vor. Wolfgang Sachs und Tilman Santarius vom Wuppertal-Institut fassten sie in einem kohärenten Reformvorschlag zusammen. Er wurde unter dem Titel «Slow Trade – Sound Farming» im April 2007 veröffentlicht und liegt mittlerweile auch auf Deutsch, Französisch, Spanisch und Italienisch vor. Auf Konferenzen in Thailand, Indonesien, den Philippinen, Mexiko, El Salvador, Kenia, Äthiopien, den USA, der Schweiz und Deutschland wurde der Reformvorschlag inzwischen vorgestellt und jeweils aus der lokalen oder regionalen Perspektive diskutiert.

Im Rahmen des «EcoFair Trade Dialogue»-Projekts werden zudem acht Untersuchungen verfasst. Die erste warf einen kritischen Blick auf den Weltentwicklungsbericht (WDR), den die Weltbank jedes Jahr im Oktober veröffentlicht. Er ist das Flaggschiff ihrer Veröffentlichungen und präsentiert ihre grundsätzlichen Entwicklungsstrategien. Der

[www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org)



**Slow Trade – Sound Farming**  
Handelsregeln für eine global zukunftsfähige  
Landwirtschaft

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
und Misereor

2. Auflage, Berlin 2008, 92 Seiten

WDR 2008 beschäftigt sich das erste Mal seit 1982 (!) explizit mit der Landwirtschaft. Um die mit der Veröffentlichung des Berichts einhergehende Debatte – die Herausforderungen der Landwirtschaft im 21. Jahrhundert, ihre Bedeutung im Kampf gegen die Armut und ihre Rolle im internationalen Handelssystem – mit zu beeinflussen, gab der «Eco-Fair Trade Dialogue» einen kritischen Kommentar heraus und organisierte eine Diskussion mit Vertretern der Weltbank.

### Brasilien und Cono Sur: Agrotreibstoffe

Brasilien kommt in der Diskussion um Agrotreibstoffe als Alternative zu fossilen Brennstoffen eine Schlüsselrolle zu. Das Land hat seit den siebziger Jahren Erfahrungen mit der Beimischung von Alkohol auf Zuckerrohrbasis. Seit kurzem sind Motoren auf dem Markt, die Alkohol und Benzin in beliebiger Mischung tanken können. Zudem hat die Regierung Lula ein neues Agrodieselprogramm ins Leben gerufen, das die Produktion von Ölpflanzen durch Kleinbauern fördert. Die Anstrengungen, auch in Europa und den USA die Beimischung von Agrotreibstoffen zu forcieren, haben in Brasilien einen wahren Zuckerrohrboom ausgelöst. Nach anfänglich weitverbreiteter Euphorie sind Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen inzwischen aber eher skeptisch. Die massive Expansion des Anbaus von Energiepflanzen ist wohl kaum ohne das Vordringen in sensible Ökosysteme zu haben und wird die kleinbäuerliche Produktion weiter marginalisieren. Das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Rio hat die Debatte aufgegriffen und fünf Publikationen zum Thema herausgegeben. Darunter eine Studie des Energiespezialisten Celio Berman, in der er zeigt, wie die Biodieselproduktion bisher vorwiegend auf Sojabasis erfolgt und damit eher Großproduzenten als Kleinbauern fördert. Die jüngste Veröffentlichung stellt Initiativen vor, die auf lokaler Ebene Energiepflanzen anbauen und nutzen.

Die Debatte bleibt kontrovers – ein Teil der Kleinbauernbewegung setzt auf Anbau und Verarbeitung von Ölpflanzen im Rahmen des Biodieselprogramms, während die einflussreiche Landlosenbewegung MST dies inzwischen ablehnt. Ungeachtet dessen entstehen zahlreiche lokale Initiativen, die für den lokalen und regionalen Bedarf produzieren wollen – nicht aber für den Export.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat den unterschiedlichen Positionen auch in Deutschland Gehör verschafft. Fachleute aus Brasilien und Argentinien, die wegen der Sojaproduktion ebenfalls eine wichtige Rolle spielt, waren zu verschiedenen Anlässen in Deutschland und diskutierten mit Politikern, Fachpublikum und Interessierten das Für und Wider der Agrotreibstoffe.

#### Fotoausstellung

### Moskau/Tscheljabinsk: «Majak – Ein halbes Jahrhundert lang Katastrophe»

Am 29. September 1957 explodierte im russischen Atomkombinat Majak nahe Tscheljabinsk am Ural ein Tank mit radioaktiven Abfällen. Etwa 20 Millionen Curie Strahlung wurden in die Atmosphäre geschleudert – fast soviel wie dreißig Jahre später in Tschernobyl. Die radioaktive Wolke verseuchte eine Fläche von etwa 23.000 Quadratkilometern, insgesamt 270.000 Menschen waren betroffen. Etwa 10.000 wurden umgesiedelt und ihre Dörfer dem Erdboden gleichgemacht.

Lange Zeit blieb die Katastrophe geheim. Offiziell hat die Sowjetunion den Unfall erst Anfang 1990 zugegeben. Die meisten Betroffenen haben weder Kompensationen erhalten, noch sind sie als Opfer der Katastrophe anerkannt. Also leben sie weiter im Schatten des Atom-Kombinats, das zu den wichtigsten Produktionsstätten der russischen Atomindustrie zählt. Und Majak verseucht die Umwelt kontinuierlich weiter. Schwach radioaktive Abfälle werden ungefiltert in den Fluss Tetscha geleitet. Auch Brennelemente aus deutschen Atomanlagen werden bis heute zur Wiederaufbereitung nach Majak gebracht.

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Katastrophe initiierte und organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung in Russland mit Ecodefense und der Gruppe «Planet der Hoffnung» aus der Kombinatstadt Osjorsk eine Fotoausstellung, die im September 2007 in Tscheljabinsk und Moskau gezeigt wurde. Im Dezember ging ein Teil der Ausstellung auch nach Bali, wo sie während der Weltklimakonferenz vorgestellt wurde.



Zuckerrohranbau in Batatis, Brasilien. Die steigende Nachfrage nach Agrotreibstoffen hat einen regelrechten Zuckerrohrboom im Land ausgelöst.



Die Halbwertszeit von Atomunfällen ist lang, auch wenn sich die Natur schnell der Warnschilder bemächtigt.

«Majak – Ein halbes Jahrhundert lang Katastrophe» – die Fotoausstellung ist auch im Internet unter [www.boell.ru](http://www.boell.ru) zu sehen.

# Internationale Demokratieförderung

Seit Ende des Ost-West-Konflikts ist die Zahl der autoritären Regime weltweit gesunken, zugleich nimmt der Staatszerfall in bestimmten Teilen der Welt zu, woraus globale Risiken erwachsen können. Der Zusammenhang zwischen zerfallenden Staaten und Terrorismus, Flüchtlingswellen oder die Zunahme transnationaler organisierter Kriminalität verlangen eine vorausschauende Krisenprävention. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt Demokratisierungsprozesse weltweit und setzt sich für die Achtung der Menschenrechte ein. Hierzu gehört insbesondere das politische Empowerment und die Förderung der politischen Partizipation von Frauen. Die Stiftung arbeitet primär mit der Zivilgesellschaft, sucht aber zugleich Kontakt zu demokratischen Parteien und anderen für die politische Gestaltung relevanten Akteuren.



## International Assistance and Governance in Afghanistan

A study by Hamish Nixon. Ed. by the Heinrich Böll Foundation  
 Publication series on Promoting Democracy under Conditions of State Fragility, Volume 2  
 Berlin 2007, 40 pages  
 ISBN 978-3-927760-66-0

## Hintergrundpapier

### Afghanistan: Illusionen und Realitäten: Der steinige Weg des (entwicklungs-)politischen Aufbaus

Die Strategie der Demokratisierung via «Regimewechsel» scheint im Falle Afghanistans bislang nicht aufzugehen. In einem gemeinsamen Hintergrundpapier sprachen sich Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, und Ute Koczy, Entwicklungspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, im September 2007 für einen umfassenden Kurswechsel in der internationalen Aufbauhilfe für Afghanistan aus.

Das Papier kritisiert die mangelnde Abstimmung der Strategien für den zivilen Aufbau und die konzeptionelle Inkohärenz der externen Geber. Entwicklungspolitische Aufbauarbeit allein werde die massiven sicherheitspolitischen und ökonomischen Probleme Afghanistans nicht lösen können, so die beiden Autorinnen. Sie könne nur dann einen Beitrag leisten, wenn sicherheits-, außen- und entwicklungspolitische Ziele und Aufgaben besser aufeinander abgestimmt werden. An einer solchen Abstimmung mangle es nicht nur unter den internationalen Akteuren, sondern auch bei der Bundesregierung. Die Kohärenz der Afghanistan-Politik müsse zu Hause beginnen und sich über die EU und international fortsetzen. Die «Operation Enduring Freedom» (OEF) sei gescheitert und müsse beendet werden. Vorrang müssten nun der zivile Aufbau und die entwicklungspolitischen Leistungen haben. Die Fortführung des ISAF-Mandats sollte ausschließlich der Sicherung des zivilen Aufbaus dienen. Oberstes Ziel der internationalen Hilfe müsse es sein, die Handlungsfähigkeit und die Eigenverantwortung des afghanischen Staates und seiner Institutionen zu stärken. Die afghanische Regierung müsse befähigt werden, selbst Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit zu garantieren. Dazu gehöre auch, den Aufbau von Verwaltung, Justiz und Polizei konzeptionell zu verschränken und auf eine deutlich bessere finanzielle Grundlage zu stellen.



(l) Die Zerrissenheit des Wiederaufbaus zeigt sich im Stadtbild von Kabul  
 (r) Frische Fische aus Afghanistan

Voraussetzung dafür sei eine grundlegende Reform der internationalen Entwicklungszusammenarbeit in Afghanistan: Dazu zählten nicht nur eine Mittelaufstockung für die zivile Hilfe, sondern vor allem eine deutlich verbesserte Koordination der verschiedenen Leistungen sowie der beteiligten Institutionen und Länder. Außerdem müsse die afghanische Kritik an der mangelnden Effektivität der internationalen Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt und die Beteiligung der Bevölkerung gewährleistet werden.

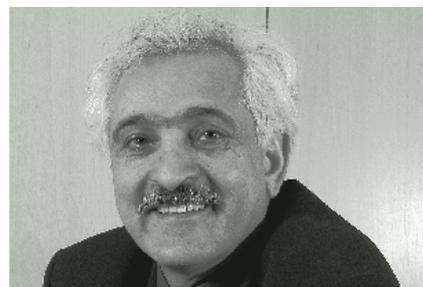
Download des Hintergrundpapiers unter  
[www.boell.de/afghanistan](http://www.boell.de/afghanistan)

#### Podiumsdiskussion

### Berlin: Dr. Rangin Spanta berichtet aus Afghanistan

Dr. Rangin Spanta, afghanischer Außenminister und langjähriges aktives Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen in seiner zeitweiligen Heimatstadt Aachen, besuchte im Januar 2007 die Bundeshauptstadt. In einer öffentlichen Podiumsdiskussion der Heinrich-Böll-Stiftung erläuterte er im Gespräch mit Stiftungsvorstand Barbara Unmüßig und Jürgen Trittin, Außenpolitischer Koordinator von Bündnis 90/Die Grünen, die politischen Entwicklungen und außenpolitischen Herausforderungen Afghanistans. Er unterstrich die Bedeutung ziviler Wiederaufbauelemente in enger Verbindung mit Korruptionsbekämpfung und der Forderung nach Transparenz. Die Unterstützung staatlicher Institutionen müsse auch die afghanische Nationalarmee als Grundpfeiler einer erfolgreichen Anti-Terror-Strategie mit einschließen. Für Spanta bietet sich in Afghanistan die Chance, auf Basis demokratischer Prinzipien erfolgreiche Staatenbildung zu betreiben. Das solle und müsse der Weltöffentlichkeit gezeigt werden. Es komme vor allem darauf an, kurzfristige Projekte zu fördern, um die Glaubwürdigkeit und Legitimität des Staatsaufbaus zu unterstützen. Aber es müsse auch in langfristige Programme investiert werden, um nachhaltige Arbeitsmärkte aufzubauen und der Bevölkerung Perspektiven zu bieten. Ein Staat, der nicht in der Lage sei, das Leben seiner Bürger zu schützen und Serviceleistungen anzubieten, so Spanta, verliere seine Legitimität.

Als Gast des G8-Außenministertreffens im Mai 2007 in Potsdam war Spanta auch aktiver Teil der Initiative zur Verbesserung des Dialogs und der Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und Pakistan, zu der das Auswärtige Amt im Rahmen seines EU-Ratsvorsitzes eingeladen hatte. Mit seinem pakistanischen Amtskollegen unterzeichnete er eine Vereinbarung zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Der politische Wille ist also da, allein es bleibt noch ein langer Weg bis zu einer guten Beziehung beider Nachbarstaaten.



Dr. Rangin Spanta, afghanischer Außenminister. Spanta war einer der ersten Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung und machte seinen Doktor in Politikwissenschaften an der RWTH Aachen.

#### Fachkonferenz

### Berlin: «Pakistan: Wege aus der Dauerkrise»

Pakistan stand 2007 im Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit. Aufgrund seines spannungsreichen Verhältnisses zu Afghanistan und zu Indien sowie seinem Ruf als geschützte Terror-Basis für Al Qaida und andere militante Gotteskrieger geriet der autoritäre Staat immer stärker unter Druck. Gleichzeitig befindet sich das Land in einer tiefen innenpolitischen Krise. Anlässlich der bevorstehenden pakistanischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen fand vom 22. bis 23. Oktober 2007 auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung die Fachkonferenz «Pakistan: Wege aus der Dauerkrise» statt, an der auch eine hochrangige Delegation aus Pakistan teilnahm. Im Mittelpunkt der Konferenz standen die Fragen nach den Ursachen für die Dauerkrise des Landes sowie den internen und externen Faktoren, die zu einem Ausweg aus der Krise beitragen können. Überschattet wurden die Diskussionen von dem Selbstmordanschlag auf Benazir Bhutto bei ihrer Ankunft in Karachi am 18. Oktober, der die Frage auslöste, welche Rolle die etablierten politischen Parteien für die Demokratisierung und Befriedung der Gesellschaft spielen könnten. Die Einschätzung der pakistanischen Gäste war übereinstimmend sehr vorsichtig. Auch von einer möglichen Ministerpräsidentin Benazir Bhutto wurden keine tatsächlichen Reformschritte erwartet, bestenfalls werde mit der anstehenden Wahl ein Schritt in Richtung Demokratisierung der Gesellschaft gegangen, der vielleicht später Früchte tragen würde. Eine wirkliche Transformation der Gesellschaft werde gegenwärtig vor allem durch die überwältigende Macht der Militärs verhindert, die Politik und Wirtschaft dominieren. Ansatzpunkte für eine Stabilisierung und Demokratisierung der Gesellschaft bestünden in der

Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit, der Öffnung von politischen Räumen für alternative Strategien der Innen- und Außenpolitik sowie in der Reform des Bildungswesens.

An die Konferenz schloss sich ein einwöchiges Besuchsprogramm an. Die von der Heinrich-Böll-Stiftung organisierte Tour führte die pakistanische Delegation u. a. nach Heidelberg ins Südasiens-Institut der Ruprecht-Karls-Universität, nach Hamburg ins Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik und nach Brüssel, wo die Delegation mit Mitgliedern der Europäischen Kommission und des Parlaments zusammentraf.

Über die aktuellen Entwicklungen in Pakistan informiert das Dossier: «Krise in Pakistan» unter [www.boell.de](http://www.boell.de)

## Internationale Projekte und Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung – einige Beispiele

**Libanon: Kampagne für eine Reform des Wahlrechts.** Seit über zehn Jahren beobachtet die Organisation Lebanese Association for Democratic Elections (LADE) die Parlaments- und Kommunalwahlen im Libanon und legt Missstände offen. Nach dem politischen Umschwung im Jahr 2005 geht es LADE vor allem um eine Modernisierung des libanesischen Wahlrechts. LADE ist Gründungsmitglied der Civil Campaign for Electoral Reform (CCER), einer Koalition aus 57 libanesischen Nichtregierungsorganisationen, die sich mit einer konzertierten zivilgesellschaftlichen Kampagne für eine Wahlrechtsreform einsetzen. Insbesondere durch die Einführung proportionalen Elements soll eine bessere Abbildung der politischen Vielfalt gewährleistet und die Vertretung nicht-konfessioneller, programmorientierter politischer Positionen verbessert werden. Im Jahre 2007 führte LADE zahlreiche öffentliche Veranstaltungen («town hall meetings») in der libanesischen Provinz durch, organisierte Veranstaltungen an libanesischen Universitäten sowie Treffen mit Vertretern der politischen Fraktionen. LADE unterhält zudem ein Netzwerk zur Wahlüberwachung.



Parlamentsanhörung zum Thema Nuklearenergie

**Südafrika: Verbesserte Zusammenarbeit von Parlament und Zivilgesellschaft.** Mit der neuen Verfassung Südafrikas wurden zahlreiche Möglichkeiten einer politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger geschaffen. So finden im südafrikanischen Parlament regelmäßig öffentliche Anhörungen statt, bei denen einzelne Bürger oder zivilgesellschaftliche Gruppen zu neuen Gesetzgebungsverfahren oder Policy-Debatten Stellung beziehen können. Hiervon profitieren im Prinzip beide Seiten: Die Parlamentarier können ihr Wissen über spezielle Sachthemen verbessern, und die Bürgerinnen und Bürger können politische Entscheidungsprozesse beeinflussen. In der Praxis ist es für viele Organisationen jedoch schwierig, an einer Parlamentsanhörung teilzunehmen. Gerade kleinen zivilgesellschaftlichen Gruppen mangelt es oft an Informationen über Zeitpunkt und Ablauf der Anhörungen sowie den finanziellen Mitteln, um diese strategisch und inhaltlich vorzubereiten und überhaupt erst anzureisen. Die Heinrich-Böll-Stiftung versucht in diesen Fällen Unterstützung zu bieten. So hat das Kapstadter Büro der Stiftung z. B. zusammen mit Earthlife Africa im Juni 2007 südafrikanische Umweltgruppen für eine Parlamentsanhörung zum Thema Nuklearenergie vorbereitet. An der Anhörung, die zwölf Stunden dauerte, waren rund 50 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus der Zivilgesellschaft zugegen. Die Hälfte davon hatte den Vorbereitungsworkshop im Stiftungsbüro besucht, darunter auch ehemalige Mitarbeiter am Testreaktor in Pelindaba, die heute unter Gesundheitsschäden infolge einer erhöhten Strahlenbelastung leiden. Ihre Aussagen beeindruckten die Abgeordneten derart, dass sie am Ende der Anhörung beschlossen, die Gemeinden im Umfeld der Reaktoren in Pelindaba und Koeberg zu besuchen, um sich ein besseres Bild von den Sicherheitsrisiken der südafrikanischen Nuklearenergie zu machen.

Protokolle des «Nuclear Hearings» unter [www.pmg.org.za/report/20070620-nuclear-energy-impact-south-africa-public-hearings](http://www.pmg.org.za/report/20070620-nuclear-energy-impact-south-africa-public-hearings)

Dossier «Wie weiter in Simbabwe?» zu den aktuellen Entwicklungen nach den Wahlen im März 2008 unter [www.boell.de](http://www.boell.de) und in englischer Sprache unter [www.boell.org.za](http://www.boell.org.za)

**Simbabwe und Namibia: Freie Medien im südlichen Afrika.** Seit mehreren Jahren setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung für einen freien, unabhängigen Radiojournalismus in Namibia und Simbabwe ein. Sie unterstützt Programme, die aktuelle Informationen zu politischen Fragen bieten und in denen sich Hörer frei äußern können. Dies ist momentan besonders relevant für Simbabwe, wo sich das ohnehin kleine Fenster für demokratische Meinungsäußerung immer weiter geschlossen hat. Die Stiftung unterstützt auch Initiativen, die unabhängige Informationen und Analysen über Radio und Internet verbreiten – und damit sowohl urbane als auch ländliche Gegenden erreichen können. Die Partner der Stiftung gehören zu den ganz wenigen verlässlichen simbabwischen Informationsquellen

und sind damit für die laufenden internationalen Bemühungen zur Lösung der Krise von großer Bedeutung.

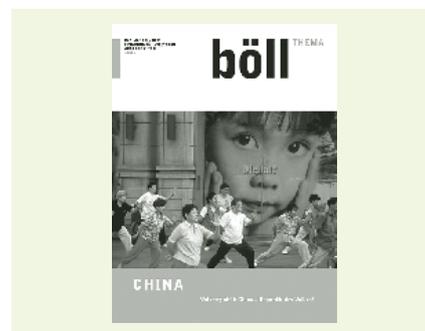
In Namibia wird die Medienlandschaft vom staatlichen Rundfunk dominiert, unabhängige politische Stimmen sind häufig schwach. Zusammen mit ihren namibischen Partnern hat die Heinrich-Böll-Stiftung die Radiostation «Katutura Community Radio» (KCR) wieder zum Leben erweckt. KCR sendet von Windhukus größtem Township aus und verschafft der marginalisierten Township-Gemeinde Gehör. Die Ergebnisse einer Hörerbefragung aus dem Jahr 2007 bilden derzeit die Grundlage für eine Programmreform. KCR soll hinsichtlich seiner politischen Bildungsarbeit noch besser werden und dabei gleichzeitig auf seine ökonomische Selbständigkeit hinarbeiten können, so das Ziel.



Katutura Community Radio in Windhuk, Namibia

**China: Hilfe für Strafverteidiger.** Chinas Wirtschaft ist zum Motor der angeschlagenen Weltwirtschaft geworden, doch nicht alle Chinesen profitieren davon. Enteignungen, Zwangsumsiedlungen und Existenz bedrohende Umweltverschmutzung sind die Begleiterscheinung der Industrialisierung, die vor allem die Ärmsten treffen. Wer die Einhaltung von Umweltauflagen und die Zahlung von Entschädigungen einfordert, scheitert zumeist auf dem Rechtsweg. Immer häufiger gehen die Menschen auf die Barrikaden. Vor allem protestierende Bauern werden kriminalisiert und landen im Gefängnis, denn lokale Industriemanager und Behörden sind eng miteinander verstrickt. Bisher gibt es nur wenige Rechtsanwälte, die solche Fälle übernehmen. Nicht nur, weil man kaum etwas damit verdienen kann, auch wegen der zu erwartenden Behinderungen und Einschüchterungen. Es gibt daher unter Anwälten kaum Erfahrung mit der Verteidigung von Menschen, die beim Kampf für ihre Rechte zu Justizopfern werden.

Auf Anregung einer Reihe mutiger Anwälte, die – oft kostenlos – Bauern in entlegenen Provinzen verteidigen, entwickelt das Pekinger Büro der Heinrich-Böll-Stiftung mit dem Umweltkomitee des chinesischen Anwaltverbandes (ACLA) derzeit einen Leitfaden für Anwälte «in Strafsachen, die von Umwelt-Massenkonflikten verursacht wurden». Den Beginn markierte eine Fallstudie aus dem Jahr 2007: Einige vom Projekt unterstützte Anwälte vertraten acht Bauern aus der südchinesischen Provinz Guangxi, die gegen eine umwelt- und gesundheitsschädigende Papierfabrik protestiert hatten und aufgrund dessen zu Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Der Fall und die Erfahrungen aus diesem Prozess wurden während eines Workshops in Peking von Anwälten, Rechtswissenschaftlern und Bauern diskutiert. Bis April 2008 soll der Leitfaden für Anwälte fertiggestellt werden. Er wird durch den Allgemeinen Chinesischen Anwaltsverband Verbreitung finden und soll Rechtsanwälte ermutigen, derartige Fälle anzunehmen und erfolgreich zu vertreten. Erste Erfolge sind bereits zu verzeichnen: Die Anwälte haben in zweiter Instanz für sechs der inhaftierten Bauern einen sofortigen Freispruch erzielt, für die übrigen wurde das Strafmaß reduziert. Der Richter drückte in seiner Urteilsverkündung seinen Respekt gegenüber den Bauern und seinen Missmut gegenüber den Unternehmen aus. Inzwischen wurden fast 200 Papierfabriken dieser Art in der Region geschlossen.



China. Volksrepublik China – Republik des Volkes?

Ausgabe 2/2007 (Printausgabe vergriffen!)  
Berlin, 34 Seiten

Download unter  
[www.boell.de/thema](http://www.boell.de/thema)



Chinas Bauern bekommen Umweltschäden zunehmend zu spüren.

# Außen- und Sicherheitspolitik

Die außen- und sicherheitspolitische Agenda ist in einem tiefgreifenden Wandel begriffen. Heute stellt sich mehr denn je die Frage nach einem globalen Ordnungsrahmen, der eine friedliche Austragung von Interessensgegensätzen gewährleistet, Kooperation fördert und eine Eskalation der Konfliktpotenziale verhindert. Die Entwicklung einer solchen politischen Architektur ist umso dringender angesichts der zunehmenden Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen, des Aufkommens neuer Mächte sowie der Herausforderung durch neue Formen außerstaatlicher Gewalt. Die Heinrich-Böll-Stiftung trägt dazu bei, multilaterale Lösungsansätze für die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen und die Rolle Europas in der Welt zur Diskussion zu stellen.

(l-r) Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen; Frauke Seidensticker, Deutsches Institut für Menschenrechte; und Song Xinning, United Nations University Brügge, auf der 8. Außenpolitischen Jahrestagung.



Außenpolitische Jahrestagung

## Berlin: Die Chinapolitik des Westens – zwischen strategischer Konkurrenz und Kooperation

China hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund seiner wachsenden wirtschaftlichen Stärke und einer aktiver werdenden Außenpolitik zu einem immer wichtigeren Gegenüber auch für den Westen entwickelt. Zahlreiche sicherheitspolitische Herausforderungen können ohne eine Einbindung Chinas nicht mehr gelöst werden. Gleichzeitig bergen die ressourcen- und machtpolitischen Ambitionen Chinas auch Konfliktpotenziale.

Diese Ausgangslage wirft einige grundsätzliche Fragen auf: Gibt es gegenüber China einen latenten Konflikt zwischen «Interessenpolitik» und «Menschenrechtspolitik»? Wie definieren beide Seiten ihre strategischen Interessen – und ist die Schnittmenge gemeinsamer Interessen groß genug, um Konflikte durch Kompromisse zu überbrücken? Könnte die Energie- und Klimapolitik ein Feld strategischer Kooperation zwischen der EU und China werden?

Die 8. Außenpolitische Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung vom 6. bis 7. September 2007 in Berlin stellte die China-Politik des Westens in Hinblick auf die zugrundeliegenden Werte, Interessen und strategischen Einschätzungen zur Diskussion. So verwies David Shambaugh von der George Washington University darauf, dass die Politiken der USA und der EU gegenüber China zunehmend von Gemeinsamkeiten bestimmt seien. Demgegenüber stellte Eberhard Sandschneider von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik die unterschiedlichen Interessen der EU und der USA heraus. Reinhard Bütikofer, Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen, betonte, dass die Alternative «China als Gegenspieler oder Partner» ersetzt werden sollte durch die Beschreibung «Gegenspieler und Partner». In diesem Sinne liege es nicht nur an der Politik Chinas, ob und inwiefern China Partner oder Gegenspieler des Westens sei. Es liege auch an unserem Verhalten gegenüber China. Song Xinning von der United Nations Universität in Brügge betonte die Tatsache, dass China und die EU unterschiedliche Vorstellungen über die Grundlagen der beiderseitig erklärten «strategischen Partnerschaft» haben. Die chinesische Definition sei



Dr. Gudrun Wacker, Stiftung Wissenschaft und Politik

zu breit, sie decke alles ab. Auf der europäischen Seite wiederum sei die Definition zu eng, da es dort nur um Sicherheit gehe. Einigkeit herrschte darüber, dass in Europa strategische Erwägungen zur künftigen Rolle Chinas im multilateralen System und innerhalb der globalen Sicherheitsarchitektur noch weitgehend fehlen. Zur Entwicklung einer realen außenpolitischen Strategie der EU und einer strategischen Kooperation mit den USA werden daher weitere ausgeprägte Debatten und Konsultationen vonnöten sein.

#### Podiumsdiskussion

##### **Berlin: Russland vor den Wahlen**

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in Russland und die damit verbundenen autoritären Entwicklungstendenzen nach innen wie außen waren Gegenstand einer Podiumsdiskussion am 19. Juni 2007 in Berlin. Wladimir Ryschkow, Vorsitzender der Republikanischen Partei Russlands und einzig verbliebener liberaler Abgeordneter in der Russischen Staatsduma, berichtete von der zunehmenden Einengung demokratischer Freiheiten in Russland, die er u. a. an der Nichtzulassung seiner Partei zu den Dumawahlen im Dezember festmachte. Zudem beklagte Ryschkow die Unfähigkeit der demokratischen Politiker in Russland, sich angesichts der autoritären Restauration im Land zusammenzuschließen.

Marieluise Beck, MdB von Bündnis 90/Die Grünen, und Ruprecht Polenz, MdB für die CDU/CSU und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, teilten die Besorgnis über die zunehmende Einschränkung politischer Freiheitsrechte und äußerten sich darüber hinaus beunruhigt über die konfrontative Rhetorik russischer Politiker in außen- und sicherheitspolitischen Fragen. Sie warnten jedoch vor einer Isolierung Russlands und forderten stattdessen, den Kontakt mit Russland auf allen Ebenen zu intensivieren. Marieluise Beck forderte zudem Visa-Erleichterungen in der EU für Russinnen und Russen als wirksamste Maßnahme gegen deren zunehmendes Gefühl, von Europa zurückgesetzt und ausgeschlossen zu sein. Pessimistisch zeigte sich das Podium wie auch das Publikum angesichts der Frage, wie derzeit von außen direkter Einfluss auf die innenpolitischen Entwicklungen in Russland genommen werden könnte.



Wladimir Ryschkow, einzig verbliebener liberaler Abgeordneter in der Russischen Staatsduma, auf der Berliner Podiumsdiskussion.

#### Konferenz

##### **Berlin: Roadmap to 1325**

Frieden und Sicherheit sind ohne Geschlechterperspektive nicht zu realisieren. Für diesen Ansatz macht sich das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung (GWI) stark. Im Jahr 2007 konzentrierte sich das Institut auf die Umsetzung der UN-Resolution 1325 in der europäischen Sicherheitspolitik. Die Konferenz «Roadmap to 1325» vom 4. bis 6. Mai 2007 in Berlin, ein Kooperationsprojekt u. a. mit dem Frauensicherheitsrat, Amnesty International und WOMNET, war der Auftakt für einen politischen Staffellauf durch Europa: Jeweils in dem Land, das die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, sollen die Inhalte der Resolution publik gemacht und Strategien zu ihrer Umsetzung mit der Ratspräsidentschaft erörtert werden.

Die Resolution 1325 schreibt – völkerrechtlich bindend – vor, dass Frauen bei allen Entscheidungen in der Friedens- und Sicherheitspolitik zu beteiligen sind bzw. die Genderperspektive einzubeziehen ist. Doch gegen die Resolution wird ständig verstoßen. Auf der Konferenz entwickelten mehr als 150 Fachleute, Politikerinnen und Politiker sowie Aktivistinnen aus 25 Ländern Vorschläge für eine bessere Umsetzung der UN-Resolution in Europa. Die Konferenz endete mit der symbolischen Übergabe eines Staffelstabs vom deutschen Frauensicherheitsrat an Repräsentantinnen der Zivilgesellschaft Portugals und Sloweniens, die in ihren Ländern Folgeveranstaltungen zusagten.

In den Medien ist das Thema «Frauen und Sicherheitspolitik» bislang wenig präsent. Es gibt kaum Berichte, Reportagen und Analysen, die bewaffnete Konflikte, Kriegspolitik und militärische Aufrüstung unter dem Aspekt der Geschlechterverhältnisse beleuchten. Die Gruppe GAMS (GenderAnalyse, Medien, Sicherheitspolitik), vom GWI sowie engagierten Journalistinnen und Journalisten im Herbst 2007 initiiert, erinnert Strategien und Konzepte, wie die Berichterstattung verändert und die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert werden kann.

**Human Security = Women's Security?  
Keine nachhaltige Sicherheit ohne Geschlechterperspektive**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
(überarbeiteter und aktualisierter Nachdruck  
aus dem Jahr 2004)  
Berlin 2007, 224 Seiten  
ISBN 978-3-927760-74-5

Mehr Informationen zur Roadmap 1325 unter  
[www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)  
Ein Buch zum Thema erscheint im Jahr 2008.

## Projekt

**Israel: Itach beobachtet die Umsetzung des israelischen Gesetzes zur Resolution 1325**

Um die Resolution 1325 in Israel umzusetzen, kooperiert die Heinrich-Böll-Stiftung mit der Organisation «Itach Maki – Women’s Lawyers for Social Justice» (Rechtsanwältinnen für soziale Gerechtigkeit). Laut einer vergleichenden Studie, die von Itach als Teil des Projektes initiiert wurde, gibt es bislang neben Israel kein anderes Land der Welt, das die Resolution 1325 in seine Gesetzgebung aufgenommen hat. Itach beobachtet, inwieweit Frauen unterschiedlicher Herkunft und politischer Orientierung tatsächlich – wie es das Gesetz verlangt – in die Komitees aufgenommen werden, die zur Umsetzung des Friedensprozesses oder der Innen-, Außen- oder Sicherheitspolitik eingesetzt werden. Bei Fällen von Beanstandung wendet sich Itach an die relevanten Ministerien und setzt sich für entsprechende Veränderungen ein.

## Projekt

**Palästina/Israel: Combatants for Peace – Kämpfer für den Frieden**

Die «Combatants for Peace» sind ehemalige Kämpfer: Israelis, die zumeist jahrelang in Eliteeinheiten der israelischen Armee in den besetzten palästinensischen Gebieten gedient haben, um die Intifada niederzuschlagen, und Palästinenser, die nach bewaffneten Anschlägen gegen die Besatzungsmacht für Jahre in israelischen Gefängnissen gesessen haben. Heute eint sie die Überzeugung, dass es für den israelisch-palästinensischen Konflikt keine militärische Lösung gibt. Nach oft furchtbaren persönlichen Erlebnissen im Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt setzen sich die «Ex-Kombattanten» gemeinsam für eine gewaltlose Regelung des Konflikts ein. Seit 2005 treffen sie sich in kleinen Gruppen, um über ihre Erfahrungen zu sprechen, sich auszutauschen und die jeweils andere Seite kennenzulernen – ein schwieriges und oft schmerzhaftes Unterfangen, das an die Substanz geht und der Hilfe von Übersetzern und Psychologen bedarf. Angesichts der Trennungspolitik Israels und der vielfältigen Reisebeschränkungen ist es besonders für die Palästinenser schwer, die Tagungsorte zu erreichen. Mit finanzieller Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung konnte im Jahr 2007 ein Minimum an organisatorischer Infrastruktur aufgebaut und vor allem die Öffentlichkeitsarbeit der «Combatants» verstärkt werden. Jeweils ein palästinensischer und ein israelischer «Kämpfer» besuchen Schulen, Universitäten und Gemeindezentren, um über ihre Dialogarbeit zu berichten und vor allem junge Leute für eine gewaltlose Konfliktregelung zu gewinnen.

[www.combatantsforpeace.org](http://www.combatantsforpeace.org)

## Webdossier

**Internet: Annapolis-Dossier**

Nachdem die USA über mehrere Jahre wenig Engagement hinsichtlich einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts gezeigt hatten, schien 2007 ein frischer Wind in den diplomatischen Bemühungen zu wehen. Die von Präsident Bush angekündigte Annapolis-Konferenz sollte ein weiterer Versuch sein, einen Weg für eine gerechte Zwei-Staaten Lösung zwischen Israel und einem zukünftigen palästinensischen Staat zu finden. Im Vorfeld herrschte wenig Hoffnung auf einen Durchbruch. Am 27. November 2007 fand das internationale Treffen in den USA unter Beteiligung aller eingeladenen internationalen Gäste, einschließlich der syrischen Vertreter, statt. Außer einer allgemeinen Erklärung des guten Willens auf israelischer und auf palästinensischer Seite und der vagen Festlegung, dass ein Abkommen über einen palästinensischen Staat an der Seite Israels noch in der verbleibenden Amtszeit von George W. Bush geschlossen werden sollte, wurden keine konkreten Ergebnisse erzielt. Als Erfolg wurde gewertet, dass man wieder miteinander spricht und verhandelt und dass auch die internationale Gemeinschaft bereit ist, sich verstärkt für den Friedensprozess zu engagieren.

Das Medieninteresse an dem Treffen war groß, die Informationen beruhten allerdings vorwiegend auf offiziellen Stellungnahmen aus regionalen und internationalen Quellen. Um eine differenziertere Information zu vermitteln und die inhaltlich-politische Debatte



Israelische Soldaten in Hebron

darzustellen, bat die Heinrich-Böll-Stiftung Fachleute aus der Region sowie den USA und Deutschland um ihre Einschätzung der Entwicklung. Die Beiträge des Annapolis-Dossiers fanden ein breites Interesse und trugen zu einer differenzierten Betrachtung der Hintergründe und der aktuellen Entwicklung bei.

Konferenzmodell

### **Osnabrück und Duisburg: UN-Simulation an Universitäten**

Im Juni und Juli 2007 fanden mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung zwei simulierte UN-Konferenzen an den Universitäten Duisburg/Essen und Osnabrück statt, mit jeweils etwa 70 Studierenden aus über 10 Nationen, darunter auch aus Palästina und Israel. Im Mittelpunkt des Projekts stand die Simulation verschiedener Organe der Vereinten Nationen. Dabei übernehmen die Studierenden die Rolle eines «Botschafters» oder einer «Botschafterin» und müssen sich mit den außenpolitischen Interessen des von ihnen vertretenden Landes und den jeweiligen Themen der Tagung vertraut machen. Aufgabe ist es, diese Interessen durch eine geschickte informelle und formelle Verhandlungsführung und durch die Bildung von Koalitionen so weit wie möglich durchzusetzen. Die Studierenden konnten tiefe Kenntnisse in Konfliktregelungsmechanismen und Menschenrechtsschutz erwerben und lernen, in den Simulationen problembewusst, engagiert und professionell zu agieren. Darüber hinaus haben sich auch Kontakte entwickelt, die weit über die Konferenzen hinausreichen und die Grundlage für nachhaltige völkerverbindende Beziehungen bilden.

Dossier: «Nahostkonferenz Annapolis. Ein bisschen Frieden?» unter [www.boell.de](http://www.boell.de)



Delegierte der simulierten UN-Konferenzen an den Universitäten Duisburg/Essen und Osnabrück.

Konferenz

### **Washington: Iraq's Displacement Crisis and the International Response**

Europa kann sich nicht heraushalten, wenn es um die Folgen des Irakkriegs geht – das wurde auf einer Konferenz im Dezember 2007 über die Flüchtlingskrise im Irak schnell deutlich. Die in Kooperation mit dem Center for American Progress in Washington organisierte Konferenz war eine der ersten Konferenzen überhaupt, die sich in der amerikanischen Hauptstadt mit der Situation der irakischen Kriegsflüchtlinge auseinandersetzte. Vertreter und Vertreterinnen von UN- und Flüchtlingsorganisationen forderten die EU und die USA auf, mehr humanitäre Hilfe in die Region zu senden und Druck auf die Anrainerstaaten Iraks auszuüben, den Status der Flüchtlinge zu verbessern und dadurch den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu erleichtern.



(l-r) Reinhold Brender, EU Delegation, Bill Frelick, Human Rights Watch, Said Hakki, irakischer Roter Halbmond, auf der Washingtoner Konferenz über die Flüchtlingskrise im Irak.

Fortbildung

### **Berlin: Virtuelle Traumabehandlung**

Die irakische Bevölkerung hat durch den Krieg so viel physische und psychische Gewalt erfahren, dass ein Großteil der Kinder und Erwachsenen schwere posttraumatische Störungen (PTBS) aufweist. Doch psychische Krankheiten und die Inanspruchnahme von Hilfe sind im arabischen Raum stark stigmatisiert. Um dennoch helfen zu können, hat das Berliner Zentrum für die Behandlung von Folteropfern und sein Pendant in Kirkuk eine besondere Methode entwickelt: eine Behandlung übers Internet. Sie ermöglicht es Gewaltopfern, in einem sicheren Raum über ihre Erfahrungen zu sprechen, um so über die erlebte «Schande» hinwegzukommen und erneut am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung kamen im November 2007 Psychologinnen und Psychologen aus dem Irak, Syrien, Ägypten und Palästina nach Berlin, um sich in der virtuellen Traumabehandlung schulen zu lassen. Die Teilnehmenden bekamen u. a. klinisches Wissen über die Diagnose und das klinische Erscheinungsbild von PTBS sowie komplizierter Trauer vermittelt. Ein Schwerpunkt lag auf der Behandlung von Patienten, die gefoltert wurden, und auf Opfern terroristischer Akte. Neben unterschiedlichen therapeutischen Behandlungsansätzen ging es um Fragen der therapeutischen Beziehung, der Sicherheit und Wirksamkeit von schreibgestützter Therapie. Darüber hinaus erhielten die Teilnehmenden eine Einführung in den Umgang mit geschlechterspezifischer Gewalt und in die internationalen Menschenrechtskonventionen. Weitere Trainingsmaßnahmen sind für 2008 geplant.



Schulung in virtueller Traumabehandlung für Psychologen und Psychologinnen aus dem Irak, Syrien, Ägypten und Palästina.

Dossier: «Afganistan. Ziviler Aufbau, militärische Friedenssicherung und innenpolitische Entwicklung» unter [www.boell.de](http://www.boell.de)  
 Mit einer umfangreichen Textsammlung zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung Afghanistans, zu regionalen Perspektiven sowie zum Beitrag Deutschlands und der internationalen Gemeinschaft zur Friedenssicherung vor Ort.

## Internet

### **Dossier zu zivilem Aufbau und militärischer Friedenssicherung in Afghanistan**

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist seit Anfang 2002 in Afghanistan aktiv. Sie fördert die zivile und demokratische Entwicklung des Landes und unterstützt den Aufbau von Nichtregierungsorganisationen. Afghanistan ist auch ein Prüfstein dafür, ob der Prozess des «state building» und des friedlichen Wiederaufbaus in einem durch Krieg und Bürgerkrieg zerrütteten Land gelingt. Das ist umso wichtiger, weil Afghanistan eine Schlüsselrolle für die gesamte Region inne hat: Fällt das Land wieder zurück in Krieg und Gewaltherrschaft, wird das die Destabilisierung und das Vordringen radikaler Kräfte auch in den Nachbarländern befördern. Vor diesem Hintergrund produzierte die Heinrich-Böll-Stiftung im Sommer 2007 ein umfangreiches Internetdossier zur Entwicklung in Afghanistan. Das Dossier diente dazu, angesichts der kontroversen politischen Debatte zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr der Öffentlichkeit ein breites Informationsangebot zur Verfügung zu stellen und zur qualifizierten Meinungsbildung beizutragen.

## Konferenz

### **Neu Delhi: Indo-US Nuclear Deal**

Indien hat für das 21. Jahrhundert ambitionierte nukleare Ziele. Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvetrages (bekannt als «Indo-US Nuclear Deal») im Jahr 2006 leiteten Indien und die USA eine neue nukleare Ära ein und lieferten viel Stoff für internationale Diskussionen zum Thema Nichtverbreitung. Nach der Aushandlung des «1-2-3 Agreement» im Juli 2007, das die genauen Bedingungen und technischen Konditionen für den Handel mit Nuklearbrennstoffen festlegt, war es an der Zeit, bis dahin vernachlässigte Aspekte des Deals offenzulegen und die unmittelbaren Auswirkungen auf die Region und das internationale Nuklearregime zu diskutieren. Die Heinrich-Böll-Stiftung veranstaltete hierzu die Konferenz «Indo-US Nuclear Deal» in Neu Delhi, die vom 31. August bis 1. September 2007 in Zusammenarbeit mit der Coalition for Nuclear Disarmament and Peace (CNDP) und dem Popular Education and Action Centre (PEACE) stattfand. Fachleute aus den USA, der EU, Pakistan, Nepal und unterschiedlichen Regionen Indiens diskutierten mit mehr als 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die strategische und geopolitische Dimension des Abkommens, seine Auswirkungen auf die südasiatische und internationale Abrüstung sowie die Risiken der Atomenergie. Der Ökonom Jean Drèze unterstrich mit Verweis auf die Problematik der Abschreckungspolitik, dass es keinen verantwortungsvollen Umgang mit der Nuklearenergie, insbesondere mit Atomwaffen, gibt. Ein Plenum wies vor allem auf die langfristige globale Schlüsselpositionierung der USA im Nuklearhandel und der Rüstungsindustrie durch den Vertrag hin. Ein anderes konzentrierte sich auf die Gefahr des verstärkten atomaren Wettrüstens in Südasiens und Asien allgemein. Mit dem Abkommen distanzieren sich Indien – und auch die USA – nicht nur vom Nichtverbreitungspakt, sondern riskieren auch eine Verstärkung der Abschreckungspolitik, so der Tenor. Ein weiteres Plenum diskutierte die höhere Energie- und Kosteneffizienz von erneuerbaren Energiequellen im Vergleich zur Atomenergie und analysierte die finanziellen und ökologischen Risiken der Atomkraft. Die Konferenz schloss mit der Übereinkunft, dass der «Indo-US Nuclear Deal» nicht in Indiens Interesse und eine Abkehr von den Prämissen «nukleare Abrüstung», «Streben nach friedlicher Koexistenz» sowie einer «nachhaltigen Energiepolitik» sei.

## Bericht

### **iran-report**

Mit dem «iran-report» von Bahman Nirumand stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der «iran-report» erscheint monatlich und wird als pdf verschickt. Ein Abonnement ist kostenfrei. E-Mail an [vera.lorenz@boell.de](mailto:vera.lorenz@boell.de)

# Gunda-Werner-Institut

«Geschlechterdemokratie», also die gesellschaftliche Emanzipation und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik und Gesellschaft, ist ein zentrales Anliegen der Heinrich-Böll-Stiftung. Geschlechterdemokratie gehört seit Jahren zu ihrem Leitbild; daher werden schon bei der Planung von Projekten und Programmen Geschlechterperspektiven berücksichtigt. Über ihre Auslandsbüros unterstützt die Stiftung weltweit frauen- und geschlechterpolitische Netzwerke und Organisationen. Zudem berät sie Organisationen und Institutionen bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming und Geschlechterdemokratie. Geschlechterdemokratie ist mit einer feministischen Betrachtungsweise eng verbunden.



(l-r) Andrea Ferber, Frauenrätin der Heinrich-Böll-Stiftung, Klaus Schwerma, Dissens e.V., Christina Thürmer-Rohr, Frauenforscherin

## Eröffnung des Gunda-Werner-Instituts

«Nur wer sich ändert, bleibt sich treu» – Getreu diesem Motto von Wolf Biermann haben sich das Feministische Institut (FI) und die Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie (GAGD), die beiden bisherigen Arbeitseinheiten für Feminismus und Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung, im Jahr 2007 zu einem gemeinsamen Institut verbunden: dem Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie (GWI). Mit diesem Schritt werden Feminismus, Frauen- und Männerpolitik organisatorisch unter ein Dach gebracht – der Anfang einer neuen geschlechterpolitischen Etappe in der Stiftung! Gunda Werner, die Namensgeberin des Instituts, hätte sich sicher darüber gefreut, stand sie doch für die immer wieder herausfordernde Suche nach neuen institutionellen und organisatorischen Formen.

Am 15. Juni war es endlich soweit – das Gunda-Werner-Institut wurde feierlich eröffnet. Das Fest war eine Mischung aus Selbstpräsentation, politischer Debatte, Musik und Kultur. Die Debatten und Reaktionen auf die Zusammenlegung von FI und GAGD waren vielfältig: positiv-gespannte Erwartung und Zustimmung bis hin zu Skepsis und kritischer Auseinandersetzung über die GWI-«Geschichtsschreibung» von Frauenbewegung und Geschlechterdemokratie.

## Arbeitsschwerpunkte

Im Jahr 2007 setzte das GWI die gender-orientierte Friedens- und Sicherheitspolitik des Feministischen Instituts fort und konzentrierte sich dabei auf die Umsetzung der UN-Resolution 1325 in der europäischen Sicherheitspolitik (mehr dazu unter Außen- und Sicherheitspolitik).

Ein weiteres Thema war die Frage der eigenständigen Existenzsicherung, denn sie ist der Schlüssel für gleichberechtigte, selbstbestimmte Geschlechterarrangements und damit für eine geschlechterdemokratisch verfasste Gesellschaft. Es geht dem entsprechend um die Frage, welche institutionellen Vorgaben und Maßnahmen eine eigenständige Existenzsicherung erschweren oder sogar verhindern und welche sie fördern und voranbringen können. Im ersten Schritt konzentrierte sich das Gunda-Werner Institut auf die aktuelle Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen bzw. die bedarfsorientierte Grund-

[www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)  
[www.gendertraining.de](http://www.gendertraining.de)

die beiden bisherigen feministischen und geschlechterdemokratischen Websites werden 2008 gebündelt zu einem gemeinsamen Wissensportal: [www.gwi-boell.de](http://www.gwi-boell.de)

Gunda Werner (1951–2000), die Namensgeberin des neuen Instituts, war als Vordenkerin wesentlich an der Entwicklung des Konzeptes «Geschlechterdemokratie» beteiligt und trug maßgeblich dazu bei, eine geschlechterdemokratische Praxis innerhalb und außerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung zu etablieren.



Henning von Bergen, Gitti Hentschel und Ulrike Allroggen bei der Eröffnung des Gunda-Werner-Instituts.

**Gender-Toolbox –****Bausteine für Gender Mainstreaming**

Das Methoden-Handbuch ist im Internet unter [www.fit-for-gender.org](http://www.fit-for-gender.org) abrufbar und auch als CD erhältlich.

sicherung. Es gab ein Fachgespräch mit internationaler Besetzung und auch ein Webdossier zum Thema. Zu finden unter: [www.glow-boell.de](http://www.glow-boell.de)

Fortführung fand das Ende 2006 begonnene und von der Europäischen Union geförderte Vier-Länder-Projekt «Fit für Gender Mainstreaming – Geschlechtersensibel Grenzen zwischen Ost und West überschreiten». Kernstück war eine Qualifizierungsmaßnahme für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, in der Instrumente und Methoden des Gender Mainstreaming bzw. des Gender-Trainings und der Gender-Beratung vermittelt wurden. Im «Ost-West-Dialog» entwickelten die Teilnehmenden Projekte – z. B. Sensibilisierungskurse für Schülerinnen und Schüler oder Mitarbeitende von Verwaltungen – und führten diese auch nach Möglichkeit durch. So konnte der Praxisbezug gewährleistet werden. Die im Rahmen der Qualifizierung entwickelten Methoden wurden in dem Handbuch «Gender-Toolbox – Bausteine für Gender Mainstreaming» zusammengefasst. Im Mittelpunkt ergänzender öffentlicher Veranstaltungen in Prag, Warschau, Wien und Berlin standen grenzüberschreitende Lernprozesse und der Austausch zu geschlechterpolitischen Fragen: Kann Familienpolitik ein effizientes Instrument der Gleichstellungspolitik sein, oder ist sie nur eine Reaktion auf den demographischen Wandel? Wie sieht die Zukunft von Frauen auf dem Arbeitsmarkt aus? Und kann ihre Position z. B. durch den Einsatz von Flexicurity-Konzepten verbessert werden? Kann eine geschlechtersensible Integrationspolitik negative Auswirkungen von Migration auf Geschlechterverhältnisse eindämmen oder verhindern? Welchen Einfluss haben Religionen und religiöse Institutionen auf Geschlechterkonstruktionen und Rollenbilder, und in welche Richtung beeinflussen sie Geschlechterpolitiken? Vorträge und Thesenpapiere dazu finden sich unter: [www.fit-for-gender.org](http://www.fit-for-gender.org).

Gemäß seiner Programmatik «Geschlechterdemokratie und Feminismus weiterdenken» begann das GWI in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum und der Landesstiftung NRW mit der Vorbereitung einer Konferenz zu «40 Jahre neue Frauenbewegungen», die im Juni 2008 stattfinden wird. Sie wird sich sowohl mit den Entwicklungen und inneren Veränderungen der Neuen Frauenbewegungen beschäftigen als auch mit den geschlechterpolitischen Positionierungen der sogenannten «neuen» Männer.



Claudia Roth, Schirmfrau der Reihe «Green Ladies Lunch»

**Green Ladies Lunch**

Ins mittlerweile siebente Jahr ging das «Green Ladies Lunch», die anerkannte Veranstaltungsreihe des vormals Feministischen Instituts mit Claudia Roth als Schirmfrau. Die Reihe wendet sich zwecks Vernetzung und Agenda-Setting gezielt an Frauen aus dem grünen Politikfeld und an das feministische Milieu. Mittlerweile zieht das Ladies Lunch auch immer mehr junge Besucherinnen an. Die Themen im Jahr 2007 orientierten sich mit Veranstaltungen zu den Fragen «Feministische Steuerpolitik: Ungleiche Steuern – gleiches Recht?» oder «Grundeinkommen, Grundsicherung – Wege zur Emanzipation?» am Schwerpunkt des GWI. Auch elf Landesstiftungen führten dieses Format in leicht abgewandelter Form als «Ladies Lunch on Tour» fort.

**Männerpolitik(en)**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Forum Männer  
Schriften des Gunda-Werner-Instituts Band 1  
Berlin 2007, 64 Seiten  
ISBN 978-3-927760-67-7

**Männer und Alter(n) – Perspektiven in Geschlechterverhältnissen**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Forum Männer  
Schriften des Gunda-Werner-Instituts Band 3  
Berlin 2007, 48 Seiten  
ISBN 978-3-927760-75-2

**Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse**

In Kooperation mit dem Netzwerk «Forum Männer in Theorie und Praxis der Geschlechterverhältnisse» werden auf jährlich zwei Fachtagen geschlechterpolitisch relevante Themen aus männerpolitischer Perspektive diskutiert und bearbeitet. Die Tagung im Dezember «Männer laden ein: Geschlechterdialoge» war ein besonderer Erfolg. Die ca. 80 Teilnehmenden, annähernd gleich viel Frauen wie Männer, diskutierten den Nutzen und Mehrwert von Geschlechtergrenzen überschreitender Zusammenarbeit und die Integration von Gender-Perspektiven in unterschiedlichen Arbeitsfeldern. Eine umfangreiche Dokumentation der Tagung (Publikation und Film) erscheint 2008. Sie enthält neben den Vorträgen eine Aufzeichnung der Podien und Workshops und wird durch Interviews mit Teilnehmenden ergänzt.

# Globale Geschlechterpolitik

**Geschlechterpolitik sowie feministische Analysen und Strategien haben in der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung einen festen Platz und einen besonderen Stellenwert. Geschlechterpolitik ist eines ihrer wichtigsten politischen Markenzeichen. In der Organisationsentwicklung ist die Stiftung deshalb Vorreiterin und Vorbild für viele andere Organisationen geworden.**

Organisationsentwicklung

## **Geschlechterpolitik macht einen Unterschied**

Es gehört zur politischen Kultur der Stiftung, immer wieder auszuloten, ob ihre geschlechterpolitische Orientierung – angesichts neuer gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen – auf dem richtigen Weg ist. Beeinflusst die Stiftung den geschlechterpolitischen Diskurs? In welcher Weise? Sind wir als politische Stiftung in der Lage, geschlechterpolitische Impulse für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu geben – weltweit? Und schließlich: Wie realisieren wir unser Leitbild «Geschlechterdemokratie als Gemeinschaftsaufgabe» in der eigenen Organisation?

Zu diesen Fragen hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2007 viel diskutiert und einige wichtige Veränderungen vorgenommen: Dazu gehört u. a. die Vereinigung der beiden bislang getrennt arbeitenden Einheiten «Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie» und «Feministisches Institut» zum «Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie» (GWI). Es soll das Spannungsverhältnis zwischen Feminismus und Geschlechterdemokratie auf neue Weise produktiv bearbeiten und so politisch noch wirkungsvoller werden. Gleichzeitig hat die Stiftung ihre Gleichstellungs-, Gleichberechtigungs- und Empowerment-Politik in der Auslandsarbeit einer umfassenden Bestandsaufnahme unterzogen und neue thematische Weichen für die Zukunft gestellt. Und sie hat ein Grundsatzpapier «Zur Zukunft von feministischer und geschlechterdemokratischer Politik in der Heinrich-Böll-Stiftung» verabschiedet. Es setzt sich mit den geschlechterpolitischen Herausforderungen der Zukunft für die In- und Auslandsarbeit der Stiftung auseinander und erneuert das eigene Selbstverständnis bzw. das Leitbild Geschlechterdemokratie. Zudem werden darin die programmatische Ausrichtung, die Ziele und Aufgaben in diesem Bereich formuliert und Begriffe und Instrumente geschlechterdemokratischer Politik im Stiftungskontext geklärt. Nachzulesen unter: [www.gwi-boell.de](http://www.gwi-boell.de)

Summer School

## **Washington: Für Geschlechtergerechtigkeit in der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik**

Wie kann die gegenwärtig weitgehend geschlechterblinde volkswirtschaftliche Theorie und Praxis so verändert werden, dass nicht ökonomischer Profit als Wert an sich, sondern soziale Gerechtigkeit, Achtung von Menschen- und insbesondere Frauenrechten und damit letztlich Geschlechtergerechtigkeit die Ziele wirtschaftlichen Handelns werden? Das war eine der grundlegenden Fragen, mit denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 37 Ländern während der 5. Internationalen Summer School 2007 des Washingtoner Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in den USA auseinandersetzten. Sieben Tage lang vertieften die Teilnehmenden ihre makroökonomischen Grundkenntnisse und schärften ihre Kritik an der Orthodoxie liberaler Wirtschaftspolitik, die Wachstum als alleiniges Ziel und Handel und Handelsöffnung für Entwicklungsländer als wichtigsten Wachstumsmotor postuliert. Von den Finanzinstitutionen selbst als geschlechterneutral bewertet, zeigen diese Politiken eindeutig geschlechterdifferenzierte Auswirkungen, die Frauen überproportional benachteiligen. Dies analysierten die Summer-Schülerinnen und -Schüler an Beispielen



5. Summer School in Washington: 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 37 Ländern interfragten die internationale Wirtschafts- und Finanzpolitik.

wie dem «inflation bias» der globalen Währungshüter des IWF: Fallen staatliche Sozial-, Gesundheits- und Erziehungsangebote für die ärmeren Bevölkerungsschichten weg, übernehmen Frauen – unbezahlt – diese Fürsorgepflichten, die sich in keiner nationalen Wirtschaftsstatistik eines Landes wiederfinden. Die feministische Kritik der gängigen Handels-, Steuer- oder Finanzpolitik auf staatlicher wie internationaler Ebene schärfte den Teilnehmenden aber auch den Blick für machbare Lösungsansätze – von Genderbudgets bis zu einem geschlechtergerechten Steuersystem.

Neben der Eröffnung neuer Kontakte und künftiger Kooperationsmöglichkeiten gab die Summer School den Teilnehmenden Gelegenheit, ihr neuerworbenes Wissen und ihre Fähigkeit als Advokaten und Advokatinnen für geschlechtergerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern der Weltbank, des IWF und der US-Regierung bei Besuchen in den entsprechenden Institutionen zu testen.

Ein Webdossier mit Lehrmodulen und Beispiellehrplänen zu den Inhalten der Washingtoner Summer School wird ab April 2008 unter [www.boell.org](http://www.boell.org) zu finden sein.

## Genderbudgeting und Gendermainstreaming – zwei Pilotprojekte

**Palästina: Genderbudgeting auf kommunaler Ebene.** Der Anstoß erfolgte auf einer Konferenz der Heinrich-Böll-Stiftung in Amman (Jordanien): Beim Austausch über ihre Erfahrungen im Kampf um eine gendersensitive Gestaltung öffentlicher Haushalte waren sich die Teilnehmenden aus vielen arabischen Ländern schnell einig, dass es zwar Bemühungen auf nationaler Ebene gebe, diese in den Kommunen zumeist aber fehlte.

Dies gilt auch für Palästina. So entwickelte das Stiftungsbüro in Ramallah in Kooperation mit MIFTAH, einer palästinensischen Nichtregierungsorganisation für Dialog und Demokratie, ein Konzept für ein sechsmonatiges Pilotprojekt auf kommunaler Ebene, das mit Unterstützung der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) in der Gemeinde Bir Zeit nahe Ramallah umgesetzt wird. Auf Grundlage eines «Gender Audits», bei dem es vor allem um die geschlechterrelevanten Auswirkungen lokaler Dienstleistungen ging, vermittelten Workshops und Trainings den teilnehmenden Gemeinderatsmitgliedern und kommunalen Verwaltungsangestellten Kenntnisse über Gender Mainstreaming und Gender Budgeting. In diesen Prozess wurden auch örtliche Frauengruppen einbezogen, um eine Kooperation zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gemeindegremien und somit die notwendige Transparenz reformerischer Prozesse zu gewährleisten.

Aus den gewonnenen Erfahrungen entstand der Entwurf eines Handbuchs, das als Anstoß und Anleitung für gendersensitive Reformen in den Haushaltsverfahren anderer Kommunalverwaltungen dienen kann. Derzeit überprüft eine Gruppe von Expertinnen den Entwurf, verbessert und erweitert ihn unter didaktischen Gesichtspunkten. Nach Drucklegung soll das Buch auf einer landesweiten Konferenz den Kommunen vorgestellt werden. Außerdem bilden die Expertinnen einen Pool: Sie stehen für Fortbildungsmaßnahmen in anderen Gemeinden, Städten und Bezirken zur Verfügung, damit in möglichst vielen Kommunen geschlechterdemokratische Entscheidungsverfahren und gendersensitive Budgetgestaltung möglich werden.

**Mexiko-Stadt: Gendermainstreaming in der Menschenrechtskommission.** Seit ein paar Jahren unterstützt das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Mexiko die Frauenorganisation «Equidad de Género», die mit der Umsetzung von Gendermainstreaming in der Menschenrechtskommission in Mexiko-Stadt betraut ist. Das Projekt hat nicht nur Symbolcharakter. Die Erkenntnis, dass Menschenrechtsverletzungen an Frauen andere sind als die an Männern, kann der Politik helfen, differenziert auf die unterschiedlichen Schutzbedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Das Projekt ist so erfolgreich, dass Gendermainstreaming heute fester Bestandteil der institutionellen Struktur und der Arbeitsroutine der Kommission geworden ist. Dieser Erfolg liegt sowohl an der Offenheit und Bereitschaft der Kommissionsmitglieder, festgefahrene Strukturen aufzulösen, als auch an der jahrelangen konsistenten Arbeit von Equidad de Género. Auch nach Einführung der Geschlechterperspektive wird die Kommission nicht allein gelassen. Die weitere Betreuung durch Equidad de Género sichert die Fortschritte.

Das Modell strahlt aus: Nachdem Equidad de Género das Rathaus von San Salvador geschlechtergerecht umstrukturiert hat, kam jetzt eine Anfrage vom Obersten Gerichtshof des Landes – auch dort soll im Rahmen der Justizreform Gender Mainstreaming eingeführt werden.

## Forschungsprojekt

**China: Frauen und Zugang zu Arbeit und sozialer Sicherung**

Chinas Wirtschaftsreformen haben grundlegende Auswirkungen auf die Struktur der chinesischen Gesellschaft, insbesondere auf die Rolle der Frauen. Die Transformation der Plan- zur Marktwirtschaft erhöht den Effizienz- und Konkurrenzdruck und erfordert von den Arbeitnehmenden mehr Mobilität. Soziale Sicherungssysteme, die den Familien einen grundlegenden Lebensstandard gewährleisten könnten, existieren nicht. Unter dem doppelten Druck von Flexibilität (für die Arbeit) und Versorgung (der Familie) diversifizieren sich die Aufgaben der Frau, und viele neue Probleme kommen hinzu.

Wissenschaftliche Untersuchungen über die Auswirkungen der Reformpolitik auf das Leben der Frauen gibt es kaum. Daher fehlen auch konstruktive Vorschläge, wie Frauen ein besserer Zugang zu Arbeit und sozialer Sicherung gewährleistet werden kann. Um diesen blinden Fleck der Wissenschaft zu verkleinern ermöglichte die Heinrich-Böll-Stiftung Anfang 2007 zwei chinesischen Wirtschaftswissenschaftlerinnen eine Forschungsreise nach Indien. Dort besuchten sie Workshops zum Thema «Informelle Arbeit» in Indien und China. Daraus entstand ein Netzwerk von Wirtschafts-, Sozialwissenschaftlerinnen und Genderspezialistinnen, die gemeinsam mit dem Stiftungsbüro in Peking ein Forschungsprojekt entwickelten, das Erkenntnisse für eine gendersensible Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik liefern soll. Zwei Forschungsteams mit Mitarbeitenden aus staatlichen Behörden und akademischen Einrichtungen aus ganz China konzentrieren sich zum einen auf die Auswirkungen des Rückzugs des Staates aus der sozialen Fürsorge und auf den Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung unter Frauen und Mädchen und zum anderen auf die Auswirkungen der Schließung staatseigener Betriebe auf die Beschäftigungsformen, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die soziale Absicherung der Frauen. Die Ergebnisse der Forschungsteams werden 2008 auf mehreren Konferenzen vorgestellt. Eine Publikation soll folgen.



Wie wirkt sich die chinesische Reformpolitik auf das Leben der Frauen in China aus? Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt wissenschaftliche Untersuchungen zu dieser Frage.

## Gender-Foren

**Nairobi und Addis Abeba: Gleichstellung von Frauen in Politik und Gesellschaft**

Im Dezember 2007 fanden in Kenia Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Die bereits traditionellen Gender-Foren der Heinrich-Böll-Stiftung in Nairobi, die fast jeden Monat rund 200 Interessierte aus Zivilgesellschaft und Politik, aus Universitäten und Medien zusammenbringen, standen im Jahr 2007 ganz im Zeichen dieser Wahlen. Das Themenspektrum war breit: Welche Erfahrungen machen Kenias Politikerinnen im Umgang mit Parteiapparaten und Medien? Welchen spezifischen Risiken – bis hin zu Gewaltdrohungen – sind sie ausgesetzt, sobald sie sich um politische Ämter bewerben? Und: Was haben die Parteien Kenianerinnen überhaupt zu bieten? Das Ergebnis der Parlamentswahlen blieb – im Gegensatz zu dem der Präsidentschaftswahlen – weitgehend unstrittig. Es bedeutete einen begrenzten Erfolg, denn der Frauenanteil im neuen Parlament hat sich fast verdoppelt. Dies war auch Ergebnis der Arbeit von Organisationen wie dem «Centre for Multi-Party Democracy», das mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung spezielle Trainingsprogramme für Kandidatinnen durchführte. Auf dem Gender-Forum bekam die Organisation die Gelegenheit, ihre Strategien vorzustellen.

Auch das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Addis Abeba führt seit 2007 Gender-Foren in Eigenregie durch. Ziel ist es, die internationale Diskussion um Geschlechtergleichstellung auf die Situation und die Probleme in Äthiopien zu beziehen. Ein wichtiger Nebenaspekt: Das Gender-Forum soll auch die starre und formalisierte Debattenkultur Äthiopiens neu beleben.

Im Mittelpunkt der insgesamt acht Veranstaltungen stand das von der äthiopischen Regierung gerade erst verabschiedete Nationale Aktionsprogramm für Geschlechtergleichstellung. Erstmals diskutierten Vertreterinnen und Vertreter von Regierung und Zivilgesellschaft offen über ein solches Dokument der Politikplanung. Es wurde deutlich, dass die Umsetzung des Aktionsplans noch intensive Nacharbeiten benötigt. Im Jahr 2008 werden die Foren sich mit den Auswirkungen von ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen auf die Rolle von Frauen in Äthiopien beschäftigen.



Das Nationale Aktionsprogramm für Geschlechtergleichstellung war Schwerpunkt der Gender-Foren in Addis Abeba.

# Europapolitik

Ein Arbeitsschwerpunkt der Heinrich-Böll-Stiftung ist die zukünftige politische Gestaltung Europas. Die Vertiefung nach innen – durch die weitere demokratische Reform europäischer Institutionen – und die Erweiterung nach außen – durch Integration und Europäische Nachbarschaftspolitik – sind die zwei Seiten einer Medaille. Durch ihre Bildungsarbeit will die Stiftung eine gut informierte, europäische Öffentlichkeit schaffen, die sich in die Debatte um die Zukunft Europas einmischt. Die Stiftung kooperiert mit Nichtregierungsorganisationen und politischen Akteuren, mit Fachleuten aus «Think Tanks», Universitäten und grünen Netzwerken.

Studie

## Berlin: Die Zukunft des EU-Verfassungsvertrages



«Mit konkreten Vereinbarungen, die dem Verfassungsvertrag als Protokolle zugefügt werden, zum sozialen Schutz und für ein neues großes europäisches Projekt einer «Europäischen Gemeinschaft für erneuerbare Energien» kann dem weiteren Ratifikationsprozess ein neuer positiver Impuls gegeben werden.» Dr. Michaela Schreyer

Der Europäischen Union fehlt es derzeit an Schwung. Der mit so vielen Hoffnungen befrachtete Europäische Verfassungsvertrag ist blockiert, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sind ins Stocken geraten, und die Erweiterungsmüdigkeit greift inzwischen auf Parlamente und Regierungen über. Nach wie vor gibt es keinen tragfähigen Konsens zwischen den europäischen Staaten und Völkern, wohin die Reise gehen soll. Nur eines scheint klar: Es müssen neue Wege gegangen werden. Im Februar 2007 stellte die Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin eine von ihr beauftragte Studie über die Zukunft des Verfassungsvertrages vor. Die Autorin, Dr. Michaela Schreyer, ehemalige EU-Kommissarin, beschreibt darin Möglichkeiten, wie der Verfassungsprozess wiederbelebt und mit ihm neue Legitimität erzeugt werden kann. Sie schlägt vor, den vorliegenden Verfassungsvertrag in ein Verfassungsdokument im engeren Sinn sowie in einen «Politikvertrag» zu den konkreten Handlungsfeldern der Union aufzuteilen. Außerdem soll der Verfassungsvertrag um ergänzende Gemeinschaftsinitiativen wie die Einführung sozialer Mindeststandards und eine «Europäische Gemeinschaft für erneuerbare Energien» ergänzt werden. Diese flankierenden Initiativen in zentralen, die Bevölkerung direkt berührenden Politikfeldern sollen die Akzeptanz des Verfassungsvertrages bei den Bürgerinnen und Bürgern erhöhen.

Die Studie spricht sich gegen eine komplette Neuverhandlung des Vertrages sowie gegen einen «Mini-Vertrag» aus, der nur einen Teil der Reformen für die EU umsetzen würde, und formuliert konkrete Handlungsvorschläge für die EU-Präsidentschaft der Bundesregierung.

### Die Zukunft des Verfassungsvertrages

Eine Studie von Michaela Schreyer  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Schriftenreihe zu Europa Band 2  
Berlin 2007, 40 Seiten  
ISBN 978-3-927760-59-2

Download unter [www.boell.de](http://www.boell.de)

Tagung

## Bad Boll: Serbien und Kosovo. Gemeinsamkeiten und Differenzen auf dem Weg nach Europa

Die Zukunft des Kosovo und Serbiens war Thema einer gemeinsamen Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung, ihrer Landesstiftung Baden-Württemberg und der Evangelischen Akademie Bad Boll am 23. und 24. März 2007. Die Veranstaltung stand ganz im Zeichen des kurz zuvor veröffentlichten Vorschlags des UN-Vermittlers Ahtisaari über den völkerrechtlichen Endstatus des Kosovo, einer staatlichen Unabhängigkeit unter internationaler Aufsicht, in der der EU erstmals eine Schlüsselrolle zukommt. Biljana Kovacevic-Vucu, Menschenrechtlerin aus Belgrad wies darauf hin, dass Demokratie in Serbien noch immer mehr Fassade sei und dass der unbestimmte Status des Kosovo als zentraler Faktor der Transformationsblockade wirke. In Bezug auf die Situation der serbischen Minderheit im Kosovo zeigte sich in mehreren Diskussionen, dass interethnische Ressentiments und der politische Einfluss Belgrads eine demokratische Regelung der Minderheitenfragen schwer machen und deshalb der internationalen Gemeinschaft in dieser Frage eine zentrale Rolle zukomme.

Trotz teils unterschiedlicher Haltungen zur Statusfrage gab es Konsens hinsichtlich der Bedeutung der Integration sowohl Serbiens als auch des Kosovo in die EU. Als wichtige Maßnahmen wurden hierbei Visa-Erleichterungen und die Intensivierung der wirtschaftli-

chen Zusammenarbeit mit EU-Ländern genannt. Brüssel müsse jedoch an klaren Reformanforderungen festhalten. Darüber hinaus müsse die EU durch einen inneren Reformprozess integrierungstauglicher werden, als dies aktuell der Fall sei.

#### Podiumsdiskussion

### **Belgrad: Joachim Rücker über die Zukunft des Kosovo**

Am 23. November 2007 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in der serbischen Hauptstadt eine Podiumsdiskussion über die anstehende Statusentscheidung des Kosovo. Gäste waren der Leiter der UN-Verwaltung (UNMIK) im Kosovo, Joachim Rücker, der gemäßigte kosovoserbische Politiker Oliver Ivanovic und Sonja Biserko, die Vorsitzende des serbischen Helsinki-Komitees. Der erste öffentliche Auftritt des UNMIK-Chefs nach den Parlamentswahlen im Kosovo und zwei Wochen vor dem Ende des letzten internationalen Vermittlungsversuchs im Statuskonflikt war dabei von besonderer politischer Brisanz. Dies zeigte das außerordentliche Medieninteresse und auch das demonstrative Fernbleiben der serbischen Politelite. Rücker betonte, dass es auch nach einem möglichen Scheitern des letzten internationalen Vermittlungsversuchs zu keiner weiteren Verschiebung der Statusentscheidung kommen dürfe, da die Fortsetzung des unbestimmten Zustands der Provinz nur den Extremisten auf beiden Seiten in die Hände spielen würde. Oliver Ivanovic, Vorsitzender der einzigen gemäßigten «Serbischen Liste für Kosovo und Metohija», zeigte sich zwar als Gegner einer Unabhängigkeit, kritisierte aber die Regierung in Belgrad wegen der Propagierung eines Wahlboykotts, der zur weitgehenden Nichtbeteiligung der Serben an den Parlamentswahlen im Kosovo geführt habe. Die Kosovoserben hätten sich von Belgrad verlassen und vergessen gefühlt. Seine Kritik an den Belgrader Teilungsplänen für das Kosovo teilte Sonja Biserko. Ihrer Meinung nach war die Teilung von Beginn an Belgrader Strategie, teilweise habe sie bereits stattgefunden. So funktioniere der mehrheitlich serbische Norden weitgehend isoliert vom mehrheitlich albanischen Rest des Kosovo. Sie beklagte die fortschreitende Selbstisolierung Serbiens, in der insbesondere die demokratischen Kräfte auf die Verliererseite gerieten. Einen Hoffnungsschimmer sahen die drei Diskutanten in den gemeinsamen Ambitionen von Serben und Albanern für eine EU-Mitgliedschaft.



(l-r) Joachim Rücker, Chef der UN-Verwaltung (UNMIK) in Prishtina, und Oliver Ivanović, Vorsitzender der Serbischen Liste für Kosovo und Metohija

#### Dialogserie

### **Georgien/Istanbul: Aspekte des Georgisch-abchasischen Konfliktes**

Seit Jahren spielt das Regionalbüro Südkaukasus der Heinrich-Böll-Stiftung in Tiflis eine wichtige Rolle bei der Vermittlung und Organisation informeller Dialoge zum georgisch-abchasischen Konflikt. In regelmäßigen Treffen, an denen wichtige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft beider Konfliktparteien teilnehmen, werden die Aspekte des Konfliktes mit internationalen Gästen diskutiert. Für Transparenz und Öffentlichkeit sorgt die Veröffentlichung der Tagungsprotokolle und Radioübertragungen der Debatten. Als Teil dieser Dialogserie fand vom 12. bis 15. Juni 2007 in Istanbul eine internationale Konferenz über den aktuellen Stand des georgisch-abchasischen Konfliktes und die Auswirkungen eines möglichen georgischen NATO-Beitritts auf den Friedensprozess statt. Von besonderer Bedeutung war, dass es erstmalig zu einem direkten Austausch zwischen einem offiziellen NATO-Vertreter und der abchasischen Seite kam. Dabei wurde deutlich, wie stark die NATO ihre Kommunikationspolitik überdenken muss, damit die NATO-Annäherung Georgiens nicht konfliktverschärfend auf die georgischen Sezessionskonflikte wirkt. Dennoch war auf abchasischer Seite kein einheitliches «NATO-Feindbild» zu verzeichnen, vielmehr erhofft man sich von einer Einbindung Georgiens in mächtige internationale Organisationen auch eine «Disziplinierung» und Mäßigung der politischen Führung im Umgang mit den Konflikten. Die russische Sicht auf die NATO-Frage ließ erahnen, dass Russland seine ablehnende Position gegenüber einer georgischen NATO-Aufnahme in den nächsten Jahren (vor der Olympiade 2014 in Sochi) eher noch verhärten wird.

Eine Dokumentation der Tagung erscheint 2008 in russischer und englischer Sprache als Band 14 der Reihe «Aspekte des georgisch-abchasischen Konfliktes».

#### **Serbien nach den Kriegen**

Hrsg. von Jens Becker und Achim Engelberg in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung  
Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2008  
352 Seiten, 13 Euro  
ISBN 978-3-518-12482-6

Download unter [www.boell.ge](http://www.boell.ge)



### Kinofestival Südkaucasus: «Nationality: Human»

Mit großem Erfolg tourte von Mai bis Oktober 2007 das Dokumentarfilmfestival «Nationality: Human» durch 25 Ortschaften im Südkaucasus. Gezeigt wurden internationale Dokumentarfilme, die sich mit Menschenrechten und Konflikten auseinandersetzen, ausgewählt von einer internationalen Jury mit Vertreterinnen und Vertretern aller Regionen des Südkaucasus.

Schon allein die Tatsache, dass die Filme an Orten gezeigt wurden, an denen seit vielen Jahren keine öffentlichen Veranstaltungen mehr stattfanden, sorgte für Aufsehen. Ein Minibus brachte das Festivalteam und die nötige Technik zu den lokalen Organisatoren, die in Eigenregie für ein umfangreiches Begleitprogramm sorgten. Die Diskussionen mit Jugendlichen, Studenten und der älteren Generation nach den Filmvorführungen berührten viele Kernfragen, die mit den Konflikten im Südkaucasus verbunden sind: Bereitschaft zu Vergebung und Versöhnung zwischen Opfern und Tätern, Aufarbeitung von Konfliktsachen, mediale Konstruktion von Feindbildern oder die Situation von Kriegsveteranen.

Initiiert wurde das Festival von der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Open Society Foundation.

## 12. Deutsch-Russische Herbstgespräche Berlin: Potenziale ökologischer Modernisierung in Deutschland und Russland

Mittlerweile ist die Frage nach einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise dort angekommen, wo sie hingehört: im Zentrum der internationalen Politikdebatte. Deutschland und Russland spielen dabei eine wichtige Rolle. Während Deutschland gemeinsam mit seinen EU-Partnerländern eine politische Vorreiterrolle im Klimaschutz einnimmt, ist Russland weltweit eines der Länder mit der höchsten Energieintensität und einer der größten Exporteure von Erdöl und Erdgas.

Die 12. Deutsch-Russischen Herbstgespräche am 26. und 27. Oktober 2007, organisiert von der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Austausch e.V. und der Evangelischen Akademie zu Berlin, fragten nach den Potenzialen für eine ökologische Modernisierung in Russland und der möglichen Rolle, die die deutsch-russische Zusammenarbeit dabei einnehmen könnte.

Swjatoslaw Sabelin von der Sozialökologischen Union, eines der wichtigen russischen NGO-Netzwerke im Umweltbereich, zeigte sich enttäuscht über die «De-Ökologisierung» der russischen Politik der letzten Jahre. Im Wahlkampf spielten Umweltthemen keine Rolle, in den Programmen der wichtigen Parteien komme Klima- oder Naturschutz nicht vor. Auch seien gesetzlich vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfungen abgeschafft worden. Ein Großteil der Bevölkerung lebe unter Bedingungen extremer Luftverschmutzung.

Der Umweltjournalist Grigorij Pasko beklagte den mangelnden Zugang zu Umweltinformationen in Russland. Was die Eindämmung der Energieverschwendung im Wohnungsbau angehe, fehle es bislang vor allem an geeigneten Management- und Finanzierungskonzepten, so Rainer Linke, ein in Russland engagierter deutscher Unternehmer. Mit dem «Joint-Implementation»-Mechanismus des Kyoto-Protokolls wurde zwar ein Instrument geschaffen, das zu erheblichen Investitionssummen führen könnte – die Beschaffung der Gelder scheitere aber bislang an administrativen Hürden.

Als positives Ergebnis wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland wurde die Einführung ökologisch zertifizierter Forstwirtschaft in Russland angeführt, nachdem mehr und mehr westliche Unternehmen die Einhaltung von Umweltstandards bei ihren russischen Zulieferern verlangt hatten. Derartige Ergebnisse wirtschaftlicher Zusammenarbeit würden wertvolle Impulse für eine Modernisierung der russischen Wirtschaft setzen, betonte Claus Hipp, Präsident des Verbandes der deutschen Wirtschaft in Russland. Hier liege hervorragendes Potenzial für Kooperationen zwischen dem rohstoffreichen Russland und der auf dem Gebiet der Umwelttechnologie führenden deutschen Wirtschaft.



Grigorij Pasko, Umweltjournalist



Tobias Münchmeyer, Greenpeace Deutschland

# Wirtschaft, Arbeit und Soziales

**Globalisierung, die neue digitale Arbeitswelt, ein Wertewandel mit Tendenz zur Individualisierung, eine alternde und schrumpfende Bevölkerung – die Wirtschaft und der Wohlfahrtsstaat stehen vor Herausforderungen, die neu sind oder sich dramatisch zuspitzen. Aber es gibt auch Chancen. Wir verfügen über mehr Zeit, mehr Wissen und bessere Kommunikationsmittel als frühere Generationen. In der Konsequenz ist die Fähigkeit der Gesellschaft zur Selbstorganisation ganz erheblich gewachsen. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt die Weiterentwicklung grüner Kompetenz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und organisiert Kongresse, Tagungen und Diskussionen zu Fragen, deren Antworten unsere Zukunft unmittelbar berühren.**

Reihe

## **Berlin: Die Zukunft des Sozialen**

In der Reihe «Die Zukunft des Sozialen» räsionierten auch im Jahr 2007 prominente Vor- und Querdenker über die grundlegenden Fragen des sozialen Zusammenlebens in hochentwickelten Sozialstaaten. Am 20. Juni ging es z. B. um die Rückkehr der sozialen Unsicherheit und deren Auswirkungen auf Demokratie und gesellschaftliche Entwicklung. Professor Robert Castel, einer der führenden französischen Sozialwissenschaftler, beschrieb die aktuelle Organisation von Arbeit als einen Prozess der Reindividualisierung und Entkollektivierung: Indem sich Arbeitsbereiche immer stärker individualisierten, von den Beschäftigten eine immer höhere Mobilität und Anpassungsbereitschaft gefordert werde, steige die Konkurrenz der Beschäftigten untereinander, die durch den Einsatz von Leiharbeitern und die Verlagerung von Arbeit an Zuliefererbetriebe noch verstärkt werde. Gleichzeitig müsse sich der Einzelne immer häufiger selbst den Höhen und Tiefen der Konjunktur stellen und, etwa durch Weiterqualifizierung in Phasen der Arbeitslosigkeit, den eigenen Berufsweg selbst steuern. Wobei Castel nicht in Abrede stellte, dass Beschäftigte von dieser Individualisierung der Arbeit auch profitieren können. Doch nicht alle könnten das gleichermaßen, so Castel. Indem der stabile Status von Beschäftigung und damit der sozialen Sicherungssysteme, die auf solchen dauerhaften Beschäftigungsverhältnissen basierten, immer mehr in Frage gestellt werde, verliere das Prekariat immer häufiger den Charakter eines Provisoriums und werde für eine wachsende Gruppe von Menschen zum Dauerzustand.

Professor Paul Nolte von der Freien Universität Berlin machte in seiner kurzen Gegenrede drei Dinge deutlich: Für ihn ist die Individualisierung in erster Linie ein soziokultureller Prozess. Nicht der industrielle Kapitalismus, nicht das Arbeitsleben seien für diese Individualisierungsprozesse verantwortlich, kritisierte er, sondern die «individualistisch-expressive Revolution» der westlichen Gesellschaften seit den sechziger Jahren, zu deren Akteuren er neben der Frauen- auch die Ökologiebewegung zählt. Des Weiteren kritisierte Nolte die «Erwartungsexplosion» der vergangenen Jahre. Die Ansprüche an Sicherheit und soziale Versorgung seien gestiegen. Vieles sei gar nicht schlechter geworden, wir würden einfach nur genauer hinsehen, so Nolte. Entsprechend regte er an, in der Gegenwart so etwas wie die Rückkehr zum «Normalfall von Unsicherheit» zu sehen.

Ein Zurück zu den alten Sicherheiten gibt es nicht, darin waren sich alle Beteiligten in der anschließenden Diskussion einig. Doch wie weiter? Als «einen Teil der Lösung» plädierte Eckhart Hildebrandt vom Wissenschaftszentrum Berlin für eine stärkere Aufwertung der Nicht-Erwerbstätigkeiten. Gesellschaftlich notwendige und wertvolle Arbeit wie etwa das bürgerschaftliche Engagement oder die Arbeit in familiären Beziehungen würden zu wenig in die Frage der sozialen Sicherung miteinbezogen. Er sah angesichts der hohen Arbeitslosen- und Teilzeitquoten eine unzulässige Verengung der Perspektive auf die Erwerbsarbeit. Diesbezüglich äußerte sich Castel eher skeptisch. Neue Formen der Be-

---

### **Die Zukunft sozialer Sicherheit**

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Schriften zu Wirtschaft und Soziales Band 2  
Berlin 2007, 148 Seiten  
ISBN 978-3-927760-70-7

---

**Zur Lage der Welt 2008****Auf dem Weg zur nachhaltigen  
Marktwirtschaft?**

Hrsg. vom Worldwatch Institute in  
Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung  
und Germanwatch  
Münster 2008, 336 Seiten, 19,90 Euro  
ISBN 978-3-89691-743-0

schäftigung müssten in erster Linie dem Individuum wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit geben. Er bezweifelte, dass sie in dieser Hinsicht die Bedeutung der Erwerbsarbeit ersetzen könnten. Was die Sozialfürsorge anbelangt, so forderte Castel eine Sozialhilfe als Bürgerrecht, die nicht der Marktlogik des Tausches unterliegt.

Weitere Themen der Reihe waren staatliche Einflussnahme und Transferleistungen im Kontext sich verändernder Familien und Lebensgemeinschaften, die moralischen Konsequenzen aus dem Wirtschaftswachstum und die aktuelle Debatte um soziale Gerechtigkeit und zukünftige Formen der sozialen Grundsicherung in Europa.

**Schwerpunktthema: Grundeinkommen und Teilhabegesellschaft**

Das Für und Wider eines bedingungslosen Grundeinkommens wurde im Jahr 2007 kontrovers diskutiert. Die Heinrich-Böll-Stiftung begleitete die Debatte u. a. mit einem umfangreichen Internet-Dossier und einem Reader zum Thema.

**Helmut Wiesenthal: Glanz und Elend eines radikalen Konzepts  
Oder: Warum das Grundeinkommen nicht in unsere Zeit passt**

Für ein Tauglichkeitsurteil über das Grundeinkommen ist entscheidend, ob es mit den gegenwärtigen und zukünftigen Bedingungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt harmoniert. Diese sind bekanntermaßen durch die anhaltende Globalisierung der Wirtschaft und die Ablösung der klassischen Modernitätszentren USA, Japan und Europa durch die neuen Wachstumszentren China, Indien und Brasilien geprägt. Sie manifestieren sich im beschleunigten Technologie- und Strukturwandel sowie den dadurch gesteigerten Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen an die Arbeitskräfte in neuen und alten Industrieländern.

[...] Mit der Orientierungsalternative jenseits des Arbeitsmarkts und dem in Kauf zu nehmenden Sozialprodukt, d. h. Wohlstandsopfer, widerspricht das Grundeinkommen ungefähr allem, was Deutschland unter den aktuellen Bedingungen braucht und verkraften kann. Angesichts der insbesondere bei vielen Jugendlichen bestehenden Qualifikations- und Motivationsdefizite, der immer noch existierenden Schranken und Mobilitätshemmnisse im Gewerbe-, Sozial- und Arbeitsrecht sowie der Qualitätsprobleme im Bildungssystem bedarf es Reformen, die genau in die entgegengesetzte Richtung zielen. Woran es mangelt, sind nicht Rückzugsoptionen, sondern Inklusionsanreize – Anreize, die auf Seiten der Individuen Lust und Fähigkeiten wecken, dem rascher werdenden Wandel des Beschäftigungssystems zu folgen. Was fehlt, ist mehr, nicht weniger Bereitschaft, seine Erwerbschancen realistisch zu kalkulieren und sich mit komplexeren Erwerbsbiographien anzufreunden.

Dass unser Sozialstaat, so wie er gewachsen und in Krisenzeiten umgemodelt worden ist, kaum hilft, sich den neuen Bedingungen anzupassen, steht außer Frage. Das Grundeinkommen würde das nur verschlimmern. Während jede zusätzlich beschäftigte Arbeitskraft das Sozialprodukt erhöht (und Sozialtransfers spart), bringt jede per Grundeinkommen «stillgelegte» Arbeitskraft eine Einbuße am Sozialprodukt und drückt damit auf die Wachstumsrate der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Ein Grundeinkommen, das zum Austritt aus der Erwerbsarbeit reizt, untergräbt deshalb seine Finanzierungsbasis, egal ob sie durch höhere Einkommensteuern oder eine höhere Mehrwertsteuer gewährleistet sein soll. Es führt in denselben Teufelskreis wie die Arbeitslosenversicherung: Statt die Folgen eines Beschäftigungsrückgangs mit großzügigen Transferleistungen zu kompensieren, müssen die Transferzahlungen laufend den geringeren Beitragseinnahmen und den steigenden Haushaltsdefiziten angepasst werden.

Grundeinkommensbefürworter mögen als Kompromiss vorschlagen, zunächst mit einem bescheidenen Monatsbetrag anzufangen und diesen dann schrittweise aufzubessern. Doch sie befinden sich aus zwei Gründen im Irrtum. Zum einen dürften die Nettozahler selbst in «guten» Zeiten wenig Verzichtsbereitschaft zeigen. Die Solidaritätsbereitschaft

Dossier: «Grundeinkommen und Teilhabegesellschaft» unter [www.boell.de](http://www.boell.de)

Mit einer umfassenden Materialsammlung, Literaturhinweisen und diversen Links zum Thema.

der Bürgerinnen und Bürger hat – unter dem Stress hoher Berufsansforderungen und verschärfter Konkurrenz – eine andere normative Basis als zur Zeit breit verteilter Wohlstandsgewinne: Sie beruht auf der Reziprozitätsnorm des fairen Tauschs und setzt auf Seiten der Transferempfänger die grundsätzliche Bereitschaft zu Gegenleistungen voraus. Zumindest wird als Gegenleistung erwartet, sich aktiv um eine Begrenzung der Transferbedürftigkeit, konkret: ein eigenes Erwerbseinkommen, zu bemühen.

[...] Der enorme Finanzbedarf eines attraktiven Grundeinkommens stellt wohl sein größtes Handicap dar. Da die verfassungsrechtlich geschützten Rentenversicherungsansprüche nicht zur Gegenfinanzierung herangezogen werden können, wird das Umverteilungsvolumen für ein eher bescheidenes Niveau von monatlich 800 Euro auf 150 bis 200 Mrd. Euro pro Jahr geschätzt. Zur Finanzierung bleiben nur die Optionen der Einkommen- bzw. Verbrauchsbesteuerung.

Setzt man auf höhere Einkommen- bzw. Lohnsteuer, so ist in Kauf zu nehmen, dass zahlreiche an der Rentabilitätsgrenze wirtschaftende Kleinunternehmer und viele niedrig entlohnte Arbeitnehmer ihre Erwerbsarbeit aufgeben und ins Lager der Grundeinkommensbezieher wechseln. Darauf kann die Sozialpolitik nicht anders als durch Absenkung des Transferniveaus reagieren. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Betroffenen weder hinreichend organisations- noch konfliktfähig sein, um sich gegen die sukzessive Absenkung des Grundeinkommens zu wehren. Damit erhöht sich der soziale Exklusionsdruck, und es wächst wieder der Bedarf an «bedürftigkeitsgeprüften» Leistungen. Über kurz oder lang wären wir wieder dort, wo man anfing: BSHG und Hartz IV.

Die Alternative einer deutlichen Erhöhung der Verbrauchssteuern – es ist von einem Mehrwertsteuersatz von mehr als 40 % die Rede – dürfte dagegen am Widerstand der primär Begünstigten scheitern: Geringeinkommensbezieher haben allemal die Hauptlast höherer Preise zu tragen. Gewiss ließen sich Lebensmittel und Mieten weiterhin von der Steuererhöhung ausnehmen. Aber auch Unterhaltungs- und Mobilitätsgüter zählen zum kulturellen Existenzminimum. Vor dem Hintergrund eines ohnehin sehr bescheidenen Lebensstandards würde ihre Verteuerung als Provokation empfunden werden – trotz eines etwas höheren Einkommens. Außer einer unerwünschten Dämpfung des Konsumklimas brächte die radikale Mehrwertsteuererhöhung wiederum ein Mehr an Exklusionsdruck. [...]

## Konferenz

### Berlin: Ökologische Marktwirtschaft: Wie die Wende gelingen kann

Weltweit stehen Gesellschaften vor den Herausforderungen, Lösungen für Umweltprobleme und die Auswirkungen der Globalisierung zu finden. Seit dem Stern-Report und den neuesten IPCC-Berichten wird diskutiert, wie möglichst schnell, effektiv und kosteneffizient Klimagas und der Energie- und Ressourcenverbrauch reduziert werden können. Der Schlüssel liegt im Umbau des Wirtschaftens. Wie die Wende zu einer ökologischen Marktwirtschaft gelingen kann, haben die Heinrich-Böll-Stiftung und das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in einem Thesenpapier zusammengefasst, das sie auf einer gemeinsamen Tagung am 9. November 2007 im Berliner Abgeordnetenhaus vorstellten.

Als Voraussetzung für eine Wende wird die Kombination von Innovations-, Wirtschafts-, Steuer- und Umweltpolitik genannt. Durch Umweltpolitik kann ein Substitutions- und Innovationsdruck ausgelöst werden und eine ökologische Wirtschaftspolitik baut Markteintrittsbarrieren für ökologische Innovationen ab. Ökologische Innovationen wiederum können die Ressourceneffizienz steigern und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen verbessern. Als gesellschaftliche Treiber der Wende nennt das Papier selbstbewusste und kritische Konsumenten, aber auch private und institutionelle Kapitalgeber, ohne die es keinen Durchbruch für umweltverträgliche Produktion geben wird. Auch Versicherungen, speziell Rückversicherungen, Investmentfonds und Pensionsfonds können strategische Treiber sein.



Ute Brümmer, Referentin für Arbeit und Soziales, Heinrich-Böll-Stiftung, und Thomas Korbun, Institut für ökologische Wirtschaftsforschung

#### Grüne Marktwirtschaft

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Schriften zu Wirtschaft und Soziales Band 1  
Berlin 2007, 48 Seiten  
ISBN 978-3-927760-69-1

# Wissenspolitik

**Unser Bildungssystem ist auf die Herausforderungen der Zukunft nicht gut vorbereitet. Es ist auf die Bedürfnisse einer traditionellen Industriegesellschaft ausgerichtet, ist ineffizient und sozial selektiv. Die bildungs- und wissenschaftspolitische Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung orientiert sich am Wandel der Industrie- zur Wissensgesellschaft. Wissen wird zur Schlüsselressource. Die Heinrich-Böll-Stiftung sucht daher den Weg zu einer zukunftsfähigen Bildungspolitik, die den Menschen gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und zugleich den gewandelten Anforderungen des Wirtschaftssystems Rechnung trägt.**

Kommission

## Berlin: Empfehlungen für eine Schulreform

Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und nicht zuletzt viele Lehrkräfte und Eltern kritisieren die Qualitätsprobleme und unbefriedigenden Leistungen unserer Schulen. Sie fordern Reformen für mehr Eigenverantwortlichkeit der Schulen, damit Lernen erfolgreicher wird. Doch die negativen Entwicklungen in einzelnen Schulformen können durch innere Reformen allein nicht aufgefangen werden.

Damit ist die Frage nach der Schulstruktur wieder auf der Tagesordnung. Eine Schulreform sollte, anders als bei der Einführung der Gesamtschule in den siebziger Jahren, die Grenzen der Wirksamkeit von Reformplänen bedenken. Die «richtige Lösung» gibt es nicht, sondern lediglich regionale Lösungsansätze zu regionalen Problemen. Ziel sollte die bessere Integration von beruflicher und allgemeiner Bildung sein.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Jahr 2007 eine Schulkommission berufen. Sie soll Empfehlungen zur «Governance» von Schule erarbeiten und will diese noch im Jahr 2008 vorlegen. Mitglieder der Schulkommission sind: Sybille Volkholz, Sylvia Löhrmann, Priska Hinz, Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth, Prof. Dr. Martin Baethge, Prof. Dr. Helmut Fend, Cornelia Stern und Dr. Andreas Poltermann.

Tagungen

## Berlin: Für eine demokratische Schule

Lernen über Demokratie nimmt an deutschen Schulen Dank fachlicher Anbindung in Wissenschaft, Lehrerbildung und Curriculum eine gut abgesicherte Stellung ein. Empirische Evaluierungen bescheinigen den Schülerinnen und Schülern einen relativ guten Kenntnisstand über Politik, Institutionen und Prozeduren, dem ihre demokratischen Einstellungen allerdings nicht in gleichem Maße entsprechen. Das Lernen über Demokratie hat in nur unbefriedigendem Umfang ein Lernen für Demokratie zur Folge. Denn Lernen für Demokratie ist eher Erfahrungslernen, es vollzieht sich in der Erfahrung der Demokratie als Lebensform und als Lernen durch Demokratie.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat im Jahr 2007 mit Tagungen und Bildungsangeboten diese demokratiepädagogische Wende unterstützt. Die Demokratiepädagogik konzipiert eine demokratische Schulkultur – in der solches Lernen möglich ist – als anregungsreichen, experimentellen und fehlerfreundlichen Erfahrungsraum für kooperatives Handeln und Problemlösen unter den besonderen Bedingungen schulischen Unterrichts. Die demokratische Schule fördert eine forschende Einstellung zum Lernen und das forschende Entdecken und Erfinden. Und sie fördert die Übernahme von Verantwortung für andere und für die Gemeinschaft. Denn die demokratische Gemeinschaft ist, anders als der deutsche Sprachgebrauch nahelegt, durch Unterschiedlichkeit gekennzeichnet und muss durch Aushandeln und Verständigen zusammengehalten werden.



Brigitte Kather und Sascha Wenzel: Netzwerkkoordinatorin und Projektleiter des Berliner BLK-Modellprojekts «Demokratie lernen und leben» (RAA)

## Tagungen

**Berlin: Selbstbestimmung am Lebensende**

Mit Tagungen und zwei Büchern hat sich die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2007 an der Debatte über die gesetzliche Regelung der Patientenverfügung beteiligt. Strittig war und ist, ob es eine gesetzliche Regelung geben soll und wie eng die Grenzen für Patientenverfügungen gezogen werden sollten. Mit dem programmatischen Titel «Selbstbestimmung im Dialog» der Tagung vom 27. September gab die Stiftung die Richtung vor: die Patientenverfügung als kommunikatives Instrument in einer Situation eingeschränkter, von Ärztinnen und Ärzten zu gewährleistender Autonomie.

Patientenautonomie kann sinnvollerweise nur bedeuten, die höchstpersönliche Sicht eines Menschen auf seine Endlichkeit, sein Sterben und seinen Tod in einen kommunikativen Kontext mit dem Professionsverständnis von Ärztinnen, Ärzten und Pflegenden, ihrer Berufsethik und der staatlichen Verpflichtung zum Schutz des Lebens zu stellen. Der in Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten dokumentierte Wille zielt ja nicht auf den schnellen Tod, sondern auf den «guten Tod» als Teil unserer Vorstellung vom «guten Leben». Hierzu braucht es den Ausbau der Palliativmedizin und der Hospizarbeit, also eine institutionelle Absicherung einer vertrauensvollen Beziehung zwischen Patient, Angehörigen sowie Ärztinnen und Ärzten.

Das Interesse an einer solchen Vertrauensbeziehung liefert auch die Gründe, sich für eine liberale gesetzliche Ausgestaltung der Patientenverfügung auszusprechen.

In den Vorschlägen für eine enge Begrenzung der Reichweite von Patientenverfügungen schwingt ein erhebliches Misstrauen mit. Für dieses Misstrauen gibt es mannigfache Gründe in der Alltagswirklichkeit, nicht zuletzt aufgrund des Kostendrucks, dem sich Pflegeheime und Krankenhäuser ausgesetzt sehen. Nur sollte man die heutige Misere im Gesundheitswesen nicht zur Grundlage einer rechtlichen Normierung machen, darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Tagungen weitgehend einig. Hospizbewegung und Palliativmedizin jedenfalls sprechen sich sehr klar für das kompromisslose Verbot jeder Form aktiver Sterbehilfe aus, aber für eine Patientenverfügung ohne Reichweitenbegrenzung, weil es zu ihrer Berufsethik gehört, die Selbstbestimmung eines Patienten im Dialog zu respektieren.

## Projektpartnertreffen

**Rio de Janeiro: Networking zu Biopolitik**

Seit den achtziger Jahren gilt die Förderung der Biotechnologie in Brasilien als vielversprechende Maßnahme, um die Produktivität der Landwirtschaft zu steigern und den Agrexportsektor auszubauen. Auch in anderen Ländern Lateinamerikas ist die Biotechnologie seit Jahren auf dem Vormarsch.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen u. a. in Brasilien, Chile und Argentinien, die sich mit Gentechnologie (grüner Biotechnologie) und Reproduktionstechnologien (roter Biotechnologie) beschäftigen. Bislang sind diese Initiativen untereinander kaum vernetzt. Um dies zu ändern, organisierte die Heinrich-Böll-Stiftung im April 2007 ein Projektpartnertreffen in Rio de Janeiro, zu dem auch Vertreterinnen und Vertreter der Freien Software-Bewegung sowie Nano-Wissenschaftler eingeladen waren. Ziel war es herauszufinden, ob und wie sich Kräfte bündeln lassen, damit die Organisationen effektiver agieren können. Schnell war klar, dass es allein in der Frage der Patentierung von Wissen oder Saatgut eine Menge gemeinsamer Forderungen gibt. Auf großes Interesse stieß auch der fachliche Input zu den Entwicklungen in der Nanotechnologie. Diese blieb bislang in Südamerika weitgehend unbemerkt (und bisher fast unverstanden), gewinnt aber immer mehr an Einfluss. Die Tatsache, dass ohne hoch spezialisiertes wissenschaftliches Vorwissen diese Technologie nicht nutzbar ist, ja nicht einmal in ihrer Nützlichkeit oder eben auch Gefährlichkeit eingeschätzt werden kann, sorgte für rege Diskussionen.

Das aus dem Treffen hervorgegangene Kommunikationsnetzwerk und weitere Initiativen werden durch eine neu eingerichtete Arbeitsgruppe koordiniert, um die Kontinuität des Austausches zu gewährleisten.



Dr. Andreas Poltermann, Referent für Bildung und Wissenschaft der Heinrich-Böll-Stiftung

---

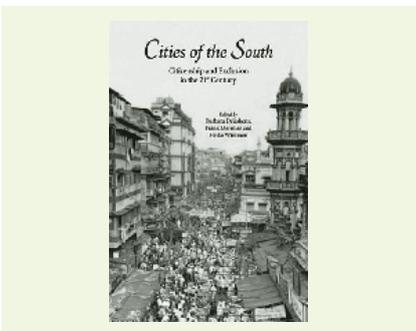
**Die Freiheit zu sterben. Selbstbestimmung durch Sterbehilfe und Patientenverfügungen**  
Berlin 2007, 112 Seiten, 6 Euro

**Selbstbestimmung im Dialog. Patientenautonomie – Vorsorge – Verantwortung**  
Berlin 2008, 124 Seiten, 6 Euro

---

# Migration und Interkulturelles Management

Das Konzept einer interkulturellen Demokratie wird derzeit von vielen in Frage gestellt. Die Heinrich-Böll-Stiftung hält daran fest und engagiert sich für eine offene Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher ethnischer, religiöser und kultureller Herkunft gut miteinander leben können. Im Dialog mit Vertretern und Vertreterinnen von Minderheiten setzt sich die Stiftung mit Fragen der Integrationspolitik auseinander und bildet strategische Allianzen für eine zeitgemäße Migrationspolitik. Auch intern pflegt die Stiftung einen produktiven Umgang mit Vielfalt und fördert die interkulturelle Kompetenz ihrer Mitarbeitenden.



## Cities of the South – Citizenship and Exclusion in the 21st Century

Published by Saqi Books  
London, Beirut, 330 pages

Autoren aus neun Ländern diskutieren die Rückwirkung von Globalisierungsprozessen auf traditionelle Konzeptionen von Staatsbürgerlichkeit in den Metropolen des Südens. Die Publikation ist Ergebnis der Konferenz «Cities and Globalization: Challenges for Citizenship», veranstaltet vom Beiruter Büro der Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institute Français du Proche Orient (IFPO).

Reihe

## Deutschland: Neue Allianzen für Integration

Migranten und Migrantinnen sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, dennoch nimmt ein Großteil von ihnen nur begrenzt am öffentlichen Leben teil. Die Veranstaltungsreihe «Neue Allianzen für Integration» fragte nach den Gründen für diese unzureichende Teilhabe, zeigte aber auch Beispiele von Menschen, die erfolgreich unsere Gesellschaft mit gestalten. Die Reihe fand ihren Abschluss in einer Konferenz am 30. November 2007 in Berlin. Dort wurden die Debatten und Ergebnisse der Fachworkshops der letzten beiden Jahre präsentiert. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration auf breiter Basis sei die Beseitigung politisch-rechtlicher und struktureller Barrieren, so das Fazit. Der Überbrückung sozialer und sprachlicher Handicaps durch das Bildungssystem wurde dabei eine Schlüsselrolle zugeteilt. Auch die Eigeninitiative der Migrantinnen und Migranten müsse besser unterstützt werden. Fördermaßnahmen und Unterstützungsprogramme (Sprachunterricht, Stipendien, Mentorenprogramme, Praktika) müssen differenzierter und zielgenauer ausgestaltet werden. Wie die Beispiele erfolgreicher Migrantinnen und Migranten zeigen, sind mit starkem Willen und großer Ausdauer auch Erfolge möglich. Diese «Erfolgsgeschichten» müssten breiter kommuniziert werden. Darüber hinaus sei ein grundlegender Perspektivenwechsel vonnöten: Integration dürfe nicht als Problem, sondern müsse als Chance gesehen werden. Hier seien vor allem neue Allianzen mit Akteuren in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, die den Perspektivenwechsel bereits erkannt und vollzogen haben.

Dialogreihe

## Deutschland: Grün trifft Grün



(l–r) Barbara John, Kuratoriumsmitglied der Muslimischen Akademie in Deutschland, und Amina Baghajati, Islamische Glaubengemeinschaft Österreichs

Grün ist die Farbe des Islam. In ihrer Reihe «Grün trifft Grün» sucht die Heinrich-Böll-Stiftung regelmäßig den Dialog mit Muslimen und Musliminnen. In Kooperation mit der Muslimischen Akademie in Deutschland lädt sie Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Politik sowie der muslimischen Gemeinde an einen Runden Tisch, um über aktuelle oder grundsätzliche Fragen der Integrationspolitik zu diskutieren. Im April 2007 ging es z. B. um verschiedene Modelle der Selbstorganisation von Muslimen am Beispiel Österreichs, Großbritanniens und Deutschlands. In einer öffentlichen Veranstaltung im November stritten prominente Frauen aus Politik, Zivilgesellschaft und Religionsverbänden über die immer wieder kontrovers diskutierten Geschlechterrollen in der muslimischen Gemeinschaft.

## Open Space

### Berlin: «Muslim + Deutsch = Na und ?!»

In Deutschland leben 3,5 Millionen Muslime. Mehr als 40 Prozent von ihnen sind unter 25 Jahre alt. Sie leben bereits in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland und kennen das Herkunftsland ihrer Eltern oder Großeltern oft nur aus Erzählungen. Längst sind sie inmitten der deutschen Gesellschaft angekommen. Über ihre Chancen und Herausforderungen in Deutschland diskutierten Muslime und Nichtmuslime im Februar 2007 auf einem Open Space der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Themen der Arbeitsgruppen fanden sich, gemäß dem Prinzip des Open Space, je nach Interessenlage. In der Gruppe «Interkulturelle Jugendarbeit» z. B. stellten Önder Kurt und Murat Lencper vom Verein Kiezboom ihre Arbeit im Berliner Wedding vor, einem sogenannten «Problembezirk». Ohne Aussicht auf Ausbildung oder Job bleibe den Jugendlichen dort häufig nur der Halt in der Clique, dort verbinden sich ähnliche Problemlagen und ähnlicher Style – HipHop-Kultur als Gemeinsamkeit und Chance. Zusammen mit Breakdance- und HipHop-Profis versucht Kiezboom in Tanz- und Musikworkshops Fähigkeiten und Talente zu entwickeln und zugleich Perspektiven und Vorbilder zu schaffen. «Wir möchten mit den Jugendlichen Ziele definieren und diese mit Disziplin verwirklichen», so Önder Kurt. Auf diese Weise würden auch scheinbar konservative Werte wie Pünktlichkeit und Pflichtbewusstsein vermittelt, die nicht zuletzt in der Schule nötig und erfolgversprechend seien. Der Islam spiele in der Jugendarbeit von Kiezboom eine geringe Rolle.

Über grundlegende Fragestellungen zum Islam ging es bei einem Workshop mit dem Theater- und Filmregisseur Neco Celik: Wann ist ein Muslim in Deutschland ein Muslim? Was ist das Entscheidende für das Muslim-Sein? Ist die Befolgung der fünf Säulen des Islam entscheidend, oder kommt es darauf an, wie man sich selber wahrnimmt? Kontrovers und persönlich wurde in diesem Workshop auch die Rolle des Koran und das Verständnis der Heiligen Muslimischen Schrift diskutiert.

Zum Abschluss präsentierten die Arbeitsgruppen ihre Ergebnisse der Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Claudia Roth, und debattierten – trotz des Diskussionsmarathons des Tages – heftig weiter über das Thema «Patriotismus von deutschen Muslimen». Auch wenn am Ende noch viele Fragen offenblieben, so nahmen die Teilnehmenden doch viele Anregungen und vor allem neue Kontakte mit nach Hause.

Die Veranstaltung fand im Rahmen der mehrtägigen internationalen Konferenz «Muslime als Staatsbürger» statt, einer Kooperation von Konrad-Adenauer-Stiftung, Bundeszentrale für politische Bildung und Heinrich-Böll-Stiftung, unterstützt von der Deutschen Welle und der US-Botschaft.

## Weitere Veranstaltungen – kurz gefasst:

**Transatlantische Fachkonferenz »The Migration-Security Nexus – in the light of the German EU-Presidency«:** Europäische und amerikanische Fachleute diskutierten im März 2007 in Berlin die aktuellen sicherheitspolitisch relevanten Gesetze in den USA und Europa sowie ihre Auswirkungen auf die Einwanderung und Integration von Immigrantinnen und Immigranten. Angesichts der EU-Präsidentschaft Deutschlands waren auch die künftigen Entwicklungen der europäischen Einwanderungspolitik im Kontext der Sicherheitspolitik ein wichtiger Aspekt der Diskussion. Die Konferenz fand in Kooperation mit dem Bamberger European Forum for Migration Studies (efms) und dem German Marshall Fund of the United States statt.

**Buchvorstellung:** Im Juli 2007 präsentierte Omid Nouripour auf der Galerie der Heinrich-Böll-Stiftung sein Buch «Mein Job – Meine Sprache – Mein Land». Der in Teheran geborene grüne Bundestagsabgeordnete schreibt, wie Integration gelingen kann. Er berichtet von eigenen Erfahrungen oder dem Arbeitsalltag von Sozialarbeitern. Er zeigt auf, wie sich Deutschland verändert hat, was die Politik versäumt hat und was jetzt getan werden muss.



Ab wann ist man ein Muslim? Workshop während der Konferenz «Muslime als Staatsbürger»

[www.migration-boell.de](http://www.migration-boell.de)

Die migrationspolitische Website der Heinrich-Böll-Stiftung präsentiert Dossiers zu aktuellen Themen, Vortragsmanuskripte von Konferenzen und vieles mehr.

# Nachwuchsförderung

## Studienwerk

**Die Heinrich-Böll-Stiftung fördert Studierende und Promovierende aller Fachrichtungen aus dem In- und Ausland und bietet neben materieller Unterstützung auch individuelle Beratung und Qualifizierung an. Ziel der Nachwuchsförderung ist es, Potenziale früh zu entdecken, diese zu fördern und junge Menschen dafür zu gewinnen, sich weltweit für die Ziele der Stiftung einzusetzen: für mehr Demokratie, Solidarität untereinander, ökologisches Handeln, nachhaltige Politik und Menschenrechte weltweit.**



**Dr. Karen Bandlow** studierte Europäische und Ostasiatische Kunstgeschichte und Sinologie in Freiburg, Chengdu/V.R. China, Heidelberg und London. Sie ist ehemalige Promotionsstipendiatin und untersuchte in ihrer Dissertation die Beziehung zwischen «Roy Lichtenstein und Ostasien». Forschungsaufenthalte führten sie in die USA, nach China, Japan und Singapur. Seit 2007 arbeitet sie am Institut für Kulturaustausch in Tübingen und ist Vorstandsmitglied im Alumni-Verein der Heinrich-Böll-Stiftung.

Die Heinrich-Böll-Stiftung kombiniert in der Nachwuchsförderung den Leistungsgedanken mit Chancengerechtigkeit. Neben hervorragenden Schul- bzw. Studienleistungen erwartet sie von ihren Stipendiatinnen und Stipendiaten, dass sie «über den eigenen Tellerrand schauen», dass sie Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen und sich gesellschaftspolitisch engagieren. Um junge Menschen schon früh zu erreichen, können sich inzwischen bereits Abiturienten und Abiturientinnen um ein Stipendium bewerben. Nach einem erfolgreich durchlaufenen Auswahlverfahren können sie bereits ab dem 1. Semester gefördert werden.

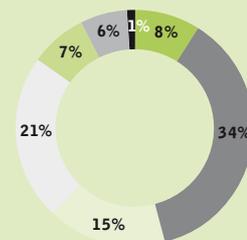
Aus rund 1300 Bewerbern und Bewerberinnen im Jahr 2007 wählte das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung in einem dreistufigen Auswahlverfahren 326 aus. An der Auswahl waren 25 Mitarbeitende der Stiftung, rund 140 Vertrauensdozenten und -dozentinnen sowie 40 Auswahlkommissionsmitglieder aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft beteiligt; unter ihnen auch Stipendiatinnen und Alumni der Stiftung. Die meisten Beteiligten engagierten sich ehrenamtlich und unterstützten die Stiftung tatkräftig in dem aufwändigen Auswahlprozess, der ohne sie nicht zu realisieren gewesen wäre.

## Förderschwerpunkte und Finanzierung

Im Jahr 2007 konnten insgesamt 769 Stipendiatinnen und Stipendiaten gefördert werden, davon 603 Studierende und 166 Promovierende. Die Stipendien wurden überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert: 670 Stipendien aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, 98 aus Mitteln des Auswärtigen Amtes (Internationales Programm) und eines aus Drittmitteln der Britta-Lohan-Gedächtnisstiftung. Die Dauer der Förderung variiert im Regelfall zwischen 1 ½ und 3 Jahren. Neben den Förderschwerpunkten in den Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Kunst- und Kulturwissenschaften baut die Stiftung ihre Förderung in bisher unterrepräsentierten Fachdisziplinen, wie z. B. Wirtschafts-, Rechts-, Technik-, Medien- und Naturwissenschaften, weiter aus. Frauen (im Jahr 2007 ca. 66 Prozent der Geförderten) und Menschen mit Migrationshintergrund (im Jahr 2007 ca. 18 Prozent) sind besondere Zielgruppen.

### Fächerverteilung

1 Kunst, Kunstwissenschaften	8%
2 Sprach- und Kulturwissenschaften	34%
3 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften	15%
4 Sozialwissenschaften	21%
5 Mathematik, Naturwissenschaften	7%
6 Humanmedizin	6%
8 Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	1%
9 Ingenieurwissenschaften	8%



## Internationaler Austausch

Internationale Begegnungsräume zu schaffen und den wissenschaftlichen Austausch zu fördern, ist ein vorrangiges Ziel der Stiftung. Das Studienwerk unterstützt Stipendiatinnen und Stipendiaten, die im Ausland studieren, forschen oder ein Praktikum absolvieren wollen. Besonders beliebt sind mehrmonatige Praktika in den Auslandsbüros der Stiftung. Im Jahr 2007 gingen insgesamt 207 Stipendiatinnen und Stipendiaten mit Unterstützung der Stiftung ins Ausland. Die beliebtesten Länder für Auslandsaufenthalte sind nach wie vor Frankreich und Großbritannien.

Das Studienwerk fördert auch Studierende und Graduierte aus dem Ausland, die in Deutschland ihr Studium aufnehmen oder promovieren wollen. Die meisten kommen aus Ost- und Mitteleuropa sowie den GUS-Staaten; unter den internationalen Stipendiatinnen und Stipendiaten machen sie etwa die Hälfte aller Geförderten aus.

## Ideelle Förderung

Das Studienwerk bietet seinen Stipendiatinnen und Stipendiaten mehr als nur finanzielle Unterstützung. Eigene Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten, neue Denkräume zu eröffnen und über Politik zu streiten, Vernetzung und internationalen Austausch zu fördern – dies sind zentrale Anliegen der ideellen Nachwuchsförderung in der Heinrich-Böll-Stiftung. Das Studienwerk ermuntert zur gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung, fördert die überfachliche Qualifizierung und die persönliche Entwicklung seiner Stipendiatinnen und Stipendiaten. Das umfangreiche Begleitprogramm für Stipendiaten und Ehemalige besteht aus 70 bis 80 bundesweit stattfindenden Einzelveranstaltungen im Jahr, darunter zahlreiche Treffen der von Stipendiaten selbst organisierten Arbeitsgruppen. Zu den Großveranstaltungen mit jeweils mehr als 100 Teilnehmenden gehören die halbjährlich stattfindenden Einführungsseminare, die einwöchige Sommerakademie «Campus» und das regelmäßige Treffen der Ehemaligen. Hinzu kommen Veranstaltungen der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin und ihrer Landesstiftungen.

Darüber hinaus erhalten die Stipendiatinnen und Stipendiaten individuelle Beratungen bezogen auf Studienplanung, Promotionsprojekt, Auslandsaufenthalte oder Karriereplanung. Vernetzungs- und Kontaktinitiativen runden das Programm ab. Dazu gehören regelmäßige Treffen und der Austausch untereinander, die virtuelle Kommunikation über das Intranet ([www.boell-studynet.de](http://www.boell-studynet.de)) sowie Praktika-Angebote, z. B. in den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung und in den Auslandsbüros.

## Wichtige Veranstaltungen im Jahr 2007

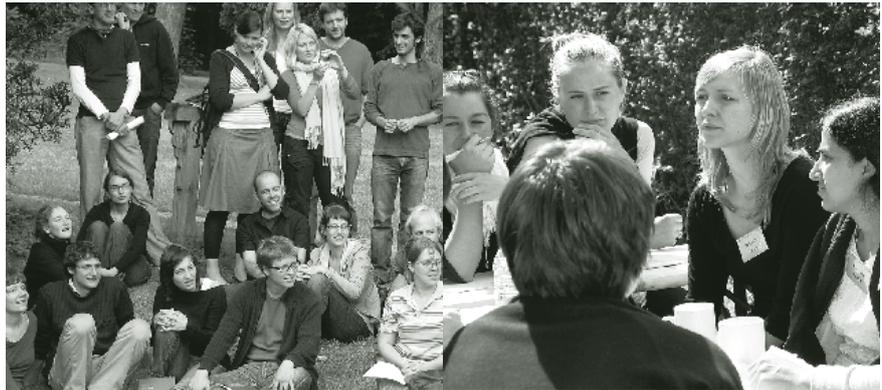
«Ansichten einer Stiftung» – in den für alle «Neuen» obligatorischen Einführungsseminaren nehmen die Stipendiatinnen und Stipendiaten erstmals Tuchfühlung mit der Stiftung auf und knüpfen Kontakte zu ihren Mitstipendiaten. Die Seminare stehen jeweils unter einem thematischen Schwerpunkt, im Jahr 2007 waren es «Nachhaltigkeit» und «Kunstförderung». Im Rahmen der politischen Debatte beantworteten Dr. Michael Schreyer und Edith Müller, beides Mitglieder im Aufsichtsrat der Heinrich-Böll-Stiftung, Fragen zur grünen Geschichte und Politik und berichteten von ihren persönlichen Erfahrungen in der politischen Auseinandersetzung.

Nicht mehr aus dem Veranstaltungsprogramm wegzudenken ist die alljährliche Sommerakademie in Bad Bevensen – der »Campus«. Im Sommer 2007 ging es um das Thema «Zukunft der Arbeit». Welche Vorstellungen von realen oder gewünschten Arbeitsverhältnissen haben wir? Was unterscheidet «Arbeit» von «Nichtarbeit» oder «Freizeit», und welche Alternativen zur Erwerbsarbeit könnte es geben, um die eigene Existenz zu sichern? Prof. Gerd Grözinger von der Universität Flensburg stellte das Modell einer «Arbeitszeitagentur» vor, die analog zur Bundeszentralbank politisch unabhängig flexible Kontingente der Arbeitszeit freigibt, so die Idee. Die Arbeitszeitagentur legt Durchschnittsarbeitszeiten fest, Firmen die mehr Arbeitszeit verbrauchen, leisten dafür eine Abgabe. Ausgangspunkt von Grözingers Überlegung ist die Tatsache, dass der hohen Arbeitslosigkeit auf der einen Seite, eine starke Belastung vieler Beschäftigten durch Mehrarbeit gegenübersteht.



Konzert mit Julius Himmler (Cello) in Bad Bevensen

Der «Campus» – alljährliche Sommerakademie in Bad Bevensen



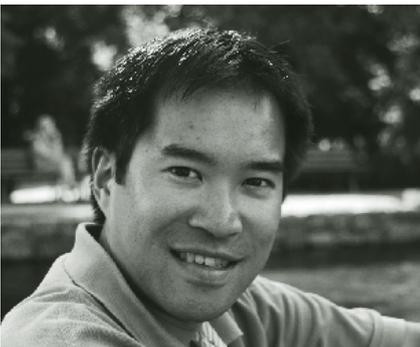
In den von den Stipendiatinnen und Stipendiaten während des Campus selbst organisierten Seminaren ging es u. a. um die Europäisierung der Arbeitswelt, um Prekarisierung und Überfluss, Hannah Ahrends «Vita activa» und um Geschlechterfragen in Beruf und Wissenschaft. Es gab zudem verschiedene Weiterbildungsmöglichkeiten; das Angebot reichte vom Diversity-Training bis hin zu Zeitmanagement- und Schreibtrainings. Abgerundet wurde der Campus durch ein Konzert in der Klosterkirche mit Werken von Vivaldi, Bach, Chopin, Saint-Saens – vorgetragen von der Stipendiatin Polina Kuchyk (Klavier) und dem Stipendiaten Julius Himmler (Cello) – und dem legendären «Kulturcampus»: zweieinhalb Stunden Programm der Stipendiaten – angefangen von einem Sketch «grüner Talente» bis hin zur Rezitation von Gedichten von Jandl und Morgenstern.

Zu den im Jahr 2007 neu ins Programm aufgenommenen Veranstaltungen gehört das Seminar «Fortschreibung: Das Leben Heinrich Bölls im Spiegel der bundesrepublikanischen Geschichte». Unter der kundigen Anleitung von Markus Schäfer aus dem Kölner Böll-Archiv beschäftigten sich die Stipendiatinnen und Stipendiaten, die aus sehr unterschiedlichen Fachrichtungen – von Maschinenbau bis Philosophie – kamen, mit Texten, Bild- und Ton-Dokumenten Heinrich Bölls sowie den Verfilmungen seiner Romane «Haus ohne Hüter» und «Gruppenbild mit Dame». Zu Gast waren außerdem Jochen Schubert vom Böll-Archiv sowie René Böll, der Sohn des Schriftstellers, mit einem Diavortrag mit persönlich-historischen und aktuellen Impressionen der irischen Landschaft rund um Bölls Feriendomizil auf der Insel Achill. Das abwechslungsreiche Seminar, zu dem u. a. ein Waldspaziergang mit Lesestationen zu Bölls Werken aus den sechziger Jahren gehörte, weckte bei den Teilnehmenden die Lust am Weiterlesen. Es wird künftig einen festen Platz im Veranstaltungsprogramm des Studienwerks einnehmen.

Neu im Jahr 2007 war auch das Seminar «Internationale Perspektiven», bei dem es um Fragen der internationalen Orientierung während des Studiums, aber auch im späteren Berufsleben ging. Seminarleiter waren Alumnae und Alumni, die selbst über vielfältige Auslandserfahrungen verfügen und den Studierenden Einblick in die Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung auf internationaler Ebene vermitteln konnten.

Dritte Neuheit im Programm ist eine Filmreihe, in der in unregelmäßigen Abständen Werke von Stipendiaten und Alumnae gezeigt werden. Den Auftakt machten im Jahr 2007 vier «Ehemalige»: Celeste Vargas zeigte ihren Film über die «Quilombola» im Nordosten Brasiliens, Anne Pütz ihre Arbeit über «Jesus Freaks», Bianca Schemel ihren Film «Fremde(n) Nachbarn», der vier ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiterinnen der DDR porträtiert, und Daniel Burgholz seinen Film «Brigadistas» über die letzten noch lebenden Kämpfer der internationalen Brigaden in Spanien.

Aufgrund der überaus positiven Resonanz der Vorjahre veranstaltete das Studienwerk auch im Jahr 2007 wieder ein Dokumentarfilmseminar. Dort konnten die Teilnehmenden eigene Filmideen realisieren und die Ergebnisse während der Sommerakademie präsentieren. Auch das Seminar zur Politikberatung, das einen Einblick in die unterschiedlichen Facetten des Beratungsbedarfes von Politik verschafft, wurde fortgeführt. Mit dabei waren diesmal u. a. Bärbel Höhn, MdB von Bündnis 90/Die Grünen, Ulrike Riedel, Staatssekretärin a.D., Dr. René Wildangel, Mitarbeiter der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und Alumnus, Dr. Michael Daxner, Berater der grünen Bundestagsfraktion und heute u. a.



Dr. Christian Chua ist ehemaliger Stipendiat und promovierte im Fach Soziologie/ Politische Ökonomie zum Thema «Chinese Big Business in Indonesia». Er absolvierte das Traineeprogramm der Deutschen Bank und beschäftigt sich heute als Experte in der Personalentwicklung u. a. mit der Förderung von Junior-Talenten und mit dem Relationship Management China. Daneben ist er Lehrbeauftragter im Fach Südostasienwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt/M. und an der Humboldt-Universität Berlin.



(l) Alumni-Salon: Weltcafe zum Thema  
«Klimawandel»  
(r) Einführungsseminar in Werftpfuhl

Mitglied im Fachbeirat Studienwerk, sowie Dr. Viola Neu von der Deutschen Gesellschaft für Politikberatung e.V.

Die Kooperation zwischen dem Studienwerk und den Landesstiftungen ermöglichte den Stipendiatinnen und Stipendiaten der Stiftung auch im Jahr 2007 wieder die Teilnahme an Workshops der Reihe «PolitikManagement». Die Reihe bietet praxiserprobte Konzepte für jene an, die ihre politische Arbeit professionalisieren wollen. Aufgebaut im Modulsystem vermitteln Workshops zu Vorstandsarbeit, Interviewtraining, Redenschreiben oder Konfliktmanagement das notwendige Know-how, um erfolgreich Politik zu gestalten.

### Promotionsförderung und Promotionskollegs

Beim jährlich stattfindenden Promovierendenforum präsentierten Promotionsstipendiaten und -stipendiatinnen der Heinrich-Böll-Stiftung ihre Forschungsarbeiten und stellten sich der Diskussion. Über den themenbezogenen Austausch hinaus ging es auch um praktische Fragen der Promotionsstipendiaten und -stipendiatinnen und um forschungsstrategische Fragen. Zwei Gruppen von Promovierenden organisierten zudem zwei anspruchsvolle öffentliche Fachtagungen zu den Themen «Inklusion/Exklusion: Theoretische Perspektiven» und «Psychiatrische Krankenakten als Material der Wissenschaftsgeschichte».

Neben der Förderung einzelner Doktorarbeiten initiiert das Studienwerk in Kooperation mit Hochschulen und jeweils einer Fachabteilung der Heinrich-Böll-Stiftung seit mehreren Jahren Promotionskollegs. Sie bieten den Promovierenden eine qualifizierte Ausbildung im Kollegteam, bringen sie in Kontakt mit Expertinnen und Experten aus dem Stiftungsumfeld und unterstützen somit den Politik-Wissenschafts-Transfer. Derzeit werden insgesamt fünf Kollegs gleichzeitig gefördert. Zwei davon wurden 2007 neu initiiert: An der Humboldt-Universität in Berlin das Kolleg «Die Zukunft der europäischen Stadt. Formen und Folgen von New Urban Governance» unter der Leitung von Prof. Dr. Häußermann (Humboldt-Universität Berlin) und Prof. Dr. Helbrecht (Universität Bremen); in Kassel promovieren seit April 2007 fünf Kollegiaten und Kollegiatinnen der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung zum gemeinsamen Themenfokus «Global Social Policies and Governance». Leiter dieses Kollegs sind Prof. Dr. Scherrer und Prof. Dr. Burchardt, beide von der Universität Kassel. Bereits seit 2005 arbeitet das Kolleg «Überwindung von Diktaturen und Aufbau von Zivilgesellschaften im Ost-West-Vergleich» mit großem Erfolg an der Universität Heidelberg. Die fünf Kollegiatinnen konzipierten im Herbst 2007 zwei viel beachtete internationale Konferenzen zu den Themen «Aufarbeitung der Diktatur – Diktat der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit» und «Diktaturüberwindung in Europa: Neue nationale und transnationale Perspektiven». Damit dokumentierten die Promovierenden, dass sie den anregenden Kontext, in dem sie promovieren, nicht nur für die eigene Weiterqualifikation, sondern auch für einen weiterführenden wissenschaftlichen Diskurs ausfüllen konnten.

Insgesamt sieben, von Stipendiatinnen und Stipendiaten selbst initiierte Arbeitsgruppen beschäftigten sich auch im Jahr 2007 mit Schwerpunktthemen der Stiftung, beispielsweise



**Melanie Hauenstein** studierte Entwicklungs- politik und Internationale Beziehungen und wurde mit einem Studienstipendium gefördert. Bei Arbeitsaufenthalten und Praktika in Nicaragua, Costa Rica, Berlin und New York sammelte sie Erfahrung im Bereich ländliche Entwicklung und Migration. Seit März 2005 arbeitet sie für die Friedensmission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, wo sie sich insbesondere für die ersten freien Wahlen seit über 40 Jahren im Kongo einsetzte.

se mit Migration, Wirtschaftspolitik oder der «Partizipatorischen Demokratie». Finanziell werden diese selbstorganisierten Arbeitsgruppen von der Stiftung unterstützt, müssen zuvor jedoch eine detaillierte und realistische Projektplanung vorlegen und erproben damit sogleich Techniken des Projektmanagements.

### Journalismus-Programme

Unter dem Titel «Medienvielfalt, anders: Junge Migrantinnen und Migranten in den Journalismus!» hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2007 ein Medien-Stipendienprogramm für junge Migranten und Migrantinnen auf den Weg gebracht. Unterstützt wird das Programm von der Berliner Tageszeitung *taz*, von Radiomultikulti (RBB), der Deutschen Welle, der Agentur «Zum goldenen Hirschen» und der Robert-Bosch-Stiftung. «Über Migranten berichten Medien täglich. Es wird Zeit, dass Medien auch von Journalisten mit Migrationshintergrund mitgestaltet werden. In Großbritannien oder Frankreich ist gesellschaftliche Vielfalt in Printmedien und am Bildschirm zur Prime-Time sichtbar. In Deutschland sind Migranten noch eine Ausnahmeerscheinung. Das wollen wir ändern.», so Stiftungsvorstand Ralf Fücks bei der Vorstellung des neuen Programms, das neben dem Stipendium auch ein umfangreiches Begleitprogramm sowie Praktika und Volontariate bei den beteiligten Medienpartnern beinhaltet. Es richtet sich gezielt an Abiturienten und Studierende aus Einwandererfamilien bzw. binationaler oder bikultureller Herkunft, die in den Journalismus wollen. Das im Herbst 2008 beginnende Qualifizierungsprogramm umfasst u. a. Kurse und Seminare zur Vermittlung journalistischer («handwerklicher») Kompetenz, Themenworkshops und Seminare zu Medienpolitik und berufsethischen Fragestellungen. Die Zusammenarbeit mit den beteiligten Medienpartnern ermöglicht den Stipendiaten eine praxisorientierte Anwendung der Programminhalte und einen Zugang zu journalistischen Netzwerken. Im ersten Auswahlverfahren im Jahr 2007 konnten bereits sieben Stipendiatinnen und Stipendiaten für die Teilnahme an dem Programm ausgewählt werden.

Bereits im zweiten Jahr beteiligte sich die Heinrich-Böll-Stiftung zudem an dem «Europäischen Journalisten-Fellowship»-Programm an der Freien Universität Berlin (Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft). Journalisten und Journalistinnen überwiegend aus Ost- und Mitteleuropa sowie aus den GUS-Staaten haben die Möglichkeit, ein Jahr lang in Berlin an einer Recherche zu arbeiten; die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte im letzten Jahr eine Journalistin aus Slowenien mit einem Stipendium.



**Dr. Sena Yawo Akakpo-Numado** schloss seine Promotion im Fach Pädagogik zum Thema «Mädchen- und Frauenbildung in den deutschen Afrika-Kolonien 1884–1914» mit einem Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung an der Ruhr-Universität Bochum ab. 2006 kehrte er nach Togo zurück. Als Dozent am Institut für Pädagogik der Universität von Lomé unterrichtet er heute Vergleichende Erziehungswissenschaft. Er ist außerdem Honorarlehrer am Goethe-Institut Lomé und Experte bei WANEP-TOGO (West African Network for Peace Building) für Friedenserziehung. Er setzt sich für mehr Bildung und Aufklärung unter Jugendlichen ein und für eine friedliche Demokratisierung in Togo.

### Alumni-Vernetzung

Das Studienwerk sucht den Kontakt zu seinen inzwischen rund 1800 ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten und fördert den Austausch und die Kooperation unter ihnen. Ein regelmäßig erscheinender Newsletter informiert die Ehemaligen über Neuigkeiten aus der Stiftung und über die Aktivitäten der Alumni. Der jährlich stattfindende Alumni-Salon widmete sich am 5. und 6. Oktober 2007 dem Thema «Klima-Wende: Brauchen wir eine Revolution?». Fast 100 ehemalige Stipendiaten beteiligten sich an einer lebhaften Debatte zu politischen Rahmenbedingungen und der Frage, was man selbst in Sachen Klimaschutz tun kann. Kennzeichen des Alumni-Salons war, wie in den Vorjahren, die aktive Teilnahme der Ehemaligen, die – ob als Moderatoren oder Interviewpartner im World-Café, als Stadtführerin, Fotograf oder DJ – den Alumni-Salon mit ihrer Expertise und Kreativität zum Erfolg führten.

Am Vorabend der Veranstaltung hatte sich bereits der Verein «Ehemalige StipendiatInnen der Heinrich-Böll-Stiftung» gegründet. Sein Ziel: Austausch und gegenseitige Unterstützung auch über die Förderdauer hinaus. Der Verein will einen «Denkraum» bieten, in dem sich die Ehemaligen gemeinsam mit gesellschaftspolitischen Themen beschäftigen. Neben der Vernetzungs- und inhaltlichen Arbeit wird der Verein die fachliche Expertise der Alumni und Alumnae dokumentieren und interessierten Institutionen anbieten. Darüber hinaus bieten sich die ehemaligen Stipendiatinnen und Stipendiaten auch den aktuell Geförderten als Mentoren an. Die Einrichtung eines «Solidarfonds» ist geplant, um in Not geratene Stipendiatinnen und Stipendiaten zu unterstützen.

### Internationales Parlaments-Stipendien-Programm

Auch im Jahr 2007 hielten sich nahezu 100 Hochschulabsolventen aus Frankreich, Mittel-, Ost- und Südosteuropa und den USA in Berlin auf, um in einem mehrmonatigen Praktikum bei einem Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Entscheidungsprozesse deutscher Politik kennenzulernen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Parlaments-Stipendien-Programms sehen ihren zukünftigen Karriereweg im Diplomatischen Dienst, in Politik und Verwaltung ihrer Heimatländer. Kernstück des Aufenthaltes in Deutschland sind die Studienseminare der sechs politischen Stiftungen. Das Studienwerk ist Koordinatorin der Seminare der Heinrich-Böll-Stiftung; durchgeführt werden sie von vier verschiedenen Landesstiftungen. Themen wie «Integrationspolitik am Beispiel Hamburgs», «NGOs als Korrektur der ‚Zuschauerdemokratie‘», «Interventionsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus» und Fragen zu deutsch-deutscher Identität boten ein breites Spektrum der inhaltlichen Auseinandersetzung.

### «Wozu Geisteswissenschaften?»

Brauchen wir die Geisteswissenschaften? Welchen Sinn und «Nutzen» haben sie heute in der Gesellschaft? Und was wäre, wenn es die Geisteswissenschaften nicht mehr gäbe? Diese und ähnliche Fragen standen im Mittelpunkt einer öffentlichen Fachtagung am 16. November 2007 in Berlin, die im Rahmen der alljährlichen Tagung der Vertrauensdozentinnen und -dozenten stattfand. Zum Ende des Jahres der Geisteswissenschaften versuchten die rund 60 Teilnehmenden eine erste Bilanz zu ziehen. Prof. Dr. Clemens Albrecht prognostizierte in seinem provokanten Einführungsvortrag den Geisteswissenschaften keine Zukunft; er kritisierte vor allem den Bedeutungsverlust der Geisteswissenschaften und die Ökonomisierungstendenzen in allen Gesellschaftsbereichen. Die anschließende Fishbowl-Diskussion, von der Wissenschaftspublizistin Dr. Hazel Rosenstrauch mit viel Esprit moderiert, kam jedoch zu einem anderen Schluss: Die Relevanz der Geisteswissenschaften sei groß, nur müssten sie sich diesem Anspruch auch selbstbewusst stellen. Kontrovers debatiert wurde hier, wie die Rolle der Geisteswissenschaften heute von ihren Repräsentanten beschrieben wird, welche Schnittstellen es mit anderen Disziplinen gibt und wie Machtverhältnisse innerhalb der Wissenschaften etabliert werden.

Der zweite Teil der Tagung blieb den Vertrauensdozenten und Auswahlkommissionsmitgliedern vorbehalten und stand im Zeichen interner Fragen wie beispielsweise dem Problem der Messung und Beurteilung von guten Studienleistungen.



Dr. Franziska Fichtmüller ist ehemalige Promotionsstipendiatin. Vor dem Studium der Pflegepädagogik arbeitete sie zunächst als Krankenschwester und als Lehrerin für Krankenpflege, da ihr in der DDR der Weg zum Abitur versperrt blieb. In ihrer Dissertation untersuchte sie die Wirkungszusammenhänge von Lehren und Lernen in den Pflegeausbildungen. Parallel dazu war sie mehrere Jahre als Dozentin in der Fort- und Weiterbildung von Pflegenden sowie in der Fortbildung von Pflegelehrkräften tätig. Sie arbeitet seit 2007 als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Medizin-/Pflegepädagogik und Pflegewissenschaft der Berliner Charité.



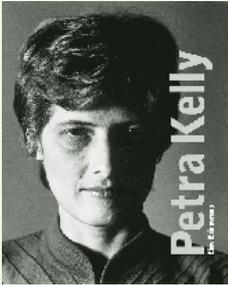
Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Rollenspiels zum Thema «Wirtschaftspolitik»

# Zeitgeschichte

**Die Interpretation historischer Ereignisse ist von großer politischer Bedeutung. Gerade kollektive bzw. nationale Identitäten gründen auf solchen Geschichtsdeutungen. Diese kritisch zu hinterfragen, darum bemüht sich die Heinrich-Böll-Stiftung regelmäßig in Veranstaltungen und Publikationen zur Erinnerungskultur und Gedächtnispolitik. Dazu gehört auch die Beschäftigung mit Nationalsozialismus und den Folgen anderer totalitärer Ideologien.**

Tagung und Publikation

## Berlin: Erinnerung an Petra Kelly anlässlich ihres 60. Geburtstages



Der Bildband zeigt anhand von zum Teil unveröffentlichten Fotos die wichtigsten Stationen aus dem Leben Petras Kellys (1947–1992). Auszüge aus Originaltexten Kellys machen nicht nur die persönlichen Motive für ihr politisches Engagement, sondern auch die Hoffnungen, Ängste und Kämpfe ihrer Zeit deutlich. Das Buch beinhaltet zudem sechs Essays zu Kellys Leben und Werk sowie Stellungnahmen von Weggefährten.

**Petra Kelly. Eine Erinnerung**  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Berlin 2007, 192 Seiten  
140 Fotografien, 20 Euro  
ISBN 978-3-927760-68-4

Petra Kelly war eine herausragende Persönlichkeit der deutschen Grünen, eine Ikone der weltweiten Antiatom- und Friedensbewegung und eine Vorkämpferin für Ökologie und Menschenrechte. Im November 2007 wäre sie 60 Jahre alt geworden. Für die Heinrich-Böll-Stiftung ein guter Anlass, sich an Petra Kelly und ihre Bedeutung für die Grünen zu erinnern. Die Stiftung würdigte sie mit einem großformatigen Fotoband, der anhand von, zum Teil unveröffentlichten Fotos die wichtigsten Stationen aus ihrem Leben zeigt.

Einen Blick zurück nach vorn warf die Tagung auf der Tagung «Grüne Metamorphosen – Zum 60. Geburtstag von Petra Kelly» vom 28. bis 29. November 2007. Was hätte uns Petra Kelly heute zu sagen? Könnte ihr Politikansatz noch Geltung beanspruchen?

Die internationale Reputation Petras Kellys als moralische Instanz ist ungebrochen hoch, soviel wurde in den Redebeiträgen ihrer Weggefährten schnell deutlich. Nicht nur ihre Themen wie z. B. die internationale Friedenspolitik oder ihr Einsatz für Tibet, sondern auch ihr moralischer Rigorismus und die Formen ihres politischen Handelns fanden und finden besonders in den angelsächsischen Ländern großen Anklang.

In Deutschland selbst geriet Petra Kelly Ende der achtziger Jahre zunehmend an den Rand der Grünen Partei. Was lag diesem Entfremdungsprozess zugrunde? Wie gestaltet sich das Verhältnis von Moral und Politik heute für eine Partei, die ihre Erfahrungen mit Regierungsverantwortung gemacht hat? Darauf versuchten verschiedene Podien eine Antwort zu geben. Stefan Gosepath, Professor für Praktische Philosophie und Politikwissenschaftler an der Universität Bremen, erläuterte das Verhältnis von Gesinnungs- und Verantwortungsethik, das als Paradigma heute noch für die Politik gültig sei. Krista Sager, MdB für Bündnis 90/Die Grünen, erklärte, eine Politik ohne moralische Grundierung sei letzten Endes unverantwortlich.

Der Frage nach dem Verhältnis von parlamentarischer Politik und sozialen Bewegungen gingen Marieluise Beck, MdB für Bündnis 90/Die Grünen, und Tobias Münchmeyer von Greenpeace nach. Sie versicherten zwar, dass beide Seiten aufeinander angewiesen seien, Münchmeyer warf der Politik aber vor, sie habe sich ihrer Verantwortung gegenüber den Anliegen der Nichtregierungsorganisationen entzogen.

Fachtagung

## Berlin: Trauma und Terror. Der Deutsche Herbst und seine Folgen

Bis heute ist die Debatte um den politischen Terrorismus der siebziger Jahre in der Bundesrepublik hoch emotionalisiert. Dreißig Jahre nach dem «Deutschen Herbst» fragte die Heinrich-Böll-Stiftung auf einer Fachtagung am 25. Oktober 2007 in Berlin nach dessen Ursachen und Folgen.

Italien, als ein Land mit ähnlichen Terrorererfahrungen, wurde zum Vergleich herangezogen. Großes Interesse fanden die Ausführungen von Angelo Bolaffi, dem Leiter des italienischen Kulturinstituts in Berlin. Er stellte die politische Gewalt der siebziger Jahre in Italien und den deutschen Terrorismus in ihren jeweiligen Kontext: In Italien kamen die Ursprünge aus der Arbeiterbewegung, die mit der linksradikalen proletarischen Bewegung eng verbunden war. In Deutschland waren es Außenseiter aus dem Bürgertum, die sich ideologisch als Internationalisten verstanden.

Auf dem Abschlusspodium ging es u. a. um die Frage, wie die Geschichte des deutschen Terrors helfen könne, mit dem internationalen islamistischen Terrorismus umzugehen. Die Antworten zeugten eher von einer gewissen Ratlosigkeit. Gerhard Baum, ehemaliger Bundesinnenminister, warnte vor der Ausrufung des permanenten Ausnahmezustands. Er räumte in seinen Ausführungen entscheidende Fehler im damaligen staatlichen Handeln ein und sprach sich engagiert gegen die vom heutigen Innenminister geplanten Maßnahmen zur Inneren Sicherheit aus.

Tagung

### **Berlin: Das Israelbild in Deutschland – der Sechstage-Krieg als Wendepunkt?**

Der Sechstage-Krieg vom 5. bis zum 10. Juni 1967 zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten Ägypten, Jordanien und Syrien hat nicht nur die politische Landkarte der Region verändert, auch Deutschlands Sicht auf Israel war danach eine andere. Viele sahen Israel nicht mehr als den bedrohten Staat der Opfer, sondern als neues Machtzentrum im Nahen Osten. Im Juni 2007 – vierzig Jahre nach dem Krieg – lud die Heinrich-Böll-Stiftung und der Zentralrat der Juden in Deutschland zu einer Tagung ins Berliner Centrum Judaicum, um über die Auswirkungen des Krieges auf das Israelbild in Deutschland zu diskutieren. Wie reagierte z. B. die deutsche Linke? Der grüne Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag verwies darauf, dass es damals verschiedenste, sich zum Teil ablehnende Gruppierungen gegeben habe, von der Linken könne also keine Rede sein. Während manche durchaus Solidarität mit Israel bekundeten, spielten antizionistische Argumente im damaligen Sozialistischen Deutschen Studentenbund eine große Rolle.

Die Abschlussdebatte unter dem Titel «Deutschland und Israel – (K)ein krisenresistentes Verhältnis» wurde Schauplatz eines politischen Schlagabtauschs, indem Dieter Graumann, Vizepräsident des Zentralrates der Juden, der DDR einen Traditionsantisemitismus vorwarf, der sich in der Israelfeindlichkeit der Linken heute fortsetze. Er sah für die Zukunft die Gefahr, dass Deutschland mehr und mehr auf Distanz zu Israel geht.

Europäische Sommer-Universität

### **Ravensbrück: Zwangsprostitution und Krieg**

Häftlingsbordelle in Konzentrationslagern waren Teil eines von der SS organisierten Bordellsystems – ein in der Geschichte der Konzentrationslager wenig beachtetes Phänomen. Die alljährliche Europäische Sommer-Universität der Gedenkstätte Ravensbrück, die u. a. von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt wird, beschäftigte sich vom 3. bis 7. September 2007 mit diesem Thema und spannte dabei den Bogen von der Zwangsprostitution weiblicher KZ-Häftlinge in Europa, den asiatischen Zwangsprostituierten unter japanischer Besatzung während des Zweiten Weltkrieges bis in die Gegenwart. Einige der Opfer, darunter auch Frauen aus Korea und Japan, sogenannte «comfort women», die in japanischen Lagern inhaftiert und missbraucht wurden, erzählten von ihren leidvollen Erfahrungen.

Um den Begriff «Zwangsprostitution» schärfer zu fassen, wurde heftig darüber diskutiert, welcher Entscheidungsspielraum den Frauen in diesen extremen Gewaltsituationen zukomme. Auch Fragen des juristischen Umgangs im internationalen Kontext und damit verbunden die Rolle des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wurden aufgeworfen. Die Abschlussveranstaltung stand ganz im Zeichen aktueller Konfliktherde. So berichtete Lotte Leicht von Human Rights Watch über die prekäre Lage der Frauen in Darfur, die extrem unter sexueller Gewalt zu leiden haben.

Diskussion

### **Kapstadt: Vergangenheitsbewältigung in Südafrika und Deutschland**

Das Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit in Südafrika ist nach wie vor groß. Über 100 Besucher drängten sich im Juli 2007 in das Nelson Mandela Gateway Auditorium in Kapstadt, um die Vorträge von Marianne Birthler und Verne Harris zu hören. Marianne Birthler, seit 2000 Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheits-

dienstes, berichtete von den Erfahrungen, die Deutschland seit 1989 mit der Aufarbeitung und Dokumentation des DDR-Regimes und der Stasi-Akten gemacht hat, erzählte aber auch persönliche Erlebnisse aus der Zeit des (kollabierenden) DDR-Regimes.

Verne Harris, einer der engagiertesten Köpfe auf dem Gebiet der Aufarbeitung der Vergangenheit in Südafrika, übernahm den südafrikanischen Part und machte keinen Hehl aus seiner Kritik am Umgang mit der Dokumentation der Vergangenheit in seinem Land.

In der Diskussion mit dem Publikum ging es u. a. um das Verhältnis zwischen «Frieden und Versöhnung» und «Gerechtigkeit» in beiden Ländern. Kann es eine Schlussstrich-Regelung geben? Wie können die Dokumente zu Forschungszwecken verwendet und gleichzeitig die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen gewahrt werden?

Organisiert wurde die Diskussion von der Heinrich-Böll-Stiftung und dem südafrikanischen Institute for Justice and Reconciliation (IJR). Die Veranstaltung zeigte, dass es für beide Länder beim Thema Vergangenheitsbewältigung enormes Potential für Meinungs- und Erfahrungsaustausch und für ein gegenseitiges Voneinander-Lernen gibt. Eine Folgeveranstaltung für 2008 ist geplant.

#### Fachtagung

#### **Berlin: Kruzifixe, Karikaturen und Kopftuch: Demokratie und religiöser Pluralismus im transatlantischen Vergleich**

Die amerikanisch-religiöse Rhetorik in der Politik stößt in Europa auf Unverständnis. Das moderne Europa versteht sich als ein Hort religiöser Toleranz, die Aufklärung gilt als einer ihrer Gründungsmythen. Dabei wird übersehen, dass in vielen europäischen Ländern die Trennung von Staat und Kirche nie konsequent durchgeführt wurde. Bis heute werden christliche Kirchen im öffentlichen Leben oft bevorzugt behandelt. Wie säkular ist Europas politische Kultur tatsächlich? Eine Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung am 8. November 2007 versuchte einen transatlantischen Vergleich zu ziehen. Während Marcia Pally, Publizistin und Kulturwissenschaftlerin, New York University, USA, auf die Tradition des religiösen Pluralismus in der amerikanischen Gesellschaft seit der Gründungsperiode hinwies und besonders am Beispiel der amerikanischen Muslime auf den Unterschied zwischen Assimilation und Partizipation einging, stellte Susanne Lanwerd, Religionswissenschaftlerin aus Berlin, Säkularisierung als Mythos des europäischen staatlichen Selbstverständnisses vor. Sie problematisierte besonders eine Reduktion aufklärerischen Denkens, das selbst in Intoleranz umschlagen kann.

Im zweiten Panel kamen Vertreterinnen und Vertreter religiöser Minderheiten selbst zu Wort. Sie berichteten von den Schwierigkeiten der Integration und Anerkennung. Eine wiederholte Forderung von Seiten des Publikums war die nach besserer Integration von Minderheiten.

#### Workshop-Reihe

#### **Deutschland: Analyse der parlamentarischen Arbeit von Neonazis**

In immer mehr deutschen Landtagen und Kommunalparlamenten sitzen bekennende Neonazis und rechtsextreme Parteien. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht absehbar. Wie und weshalb knüpfen Rechtsextreme mit wachsendem Erfolg an das Alltagsbewusstsein vieler Menschen an? Entspricht es den Tatsachen, wenn die NPD auf ihre gute Verankerung vor Ort verweist? Stimmt es, dass sich Rechtsextreme in der parlamentarischen Arbeit in der Regel als völlig unfähig erweisen? Untersuchungen zu diesen Fragen gibt es zwar, allerdings nicht flächendeckend. Die Heinrich-Böll-Stiftung will die Analyse gezielt vorantreiben. Zusammen mit dem sächsischen Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung und der Initiative NiP Sachsen (Nazis in den Parlamenten) organisiert sie seit 2007 eine Workshop-Reihe, um Standards zur Analyse rechtsextremer parlamentarischer Arbeit zu erarbeiten. Denn die bloße Tabuisierung der NPD nützt nichts, wenn rechtsextreme Inhalte nicht als solche erkannt werden. Erst dann können entsprechende Gegenstrategien eingesetzt werden.

Die Untersuchungsergebnisse zur Arbeit der NPD in einzelnen Bundesländern und deren Landesparlamenten sowie auf kommunaler Ebene werden im Jahr 2008 veröffentlicht.

# Kommunalpolitik

**Städte sind die entscheidenden Träger von Wirtschaftskraft und sozialer Integration. Sie sind Motor der geistig-kulturellen Entwicklung. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft hängt darum ganz wesentlich von der Kraft der Städte ab, die aktuellen ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationen konstruktiv zu gestalten. Die Heinrich-Böll-Stiftung erarbeitet Empfehlungen für Politik und Gesellschaft, wie die Handlungsfähigkeit der Städte gesichert und der Wandel gemeistert werden kann.**

Konferenz

## **Berlin: «Banlieue Europa»**

Soziale Deklassierung, ethnisch-kulturelle Diskriminierung und räumliche Isolation führen in Frankreichs Banlieues immer wieder zu Unruhen von Jugendlichen. Auch in Deutschland verbinden sich soziale Ausgrenzung, das Agieren der Polizei und ethnisch geprägte Jugendkulturen immer öfter zu explosiven Mischungen. Häufig wird dies als Scheitern der Integrationspolitik interpretiert. Die Konferenz «Banlieue Europa» hat im November 2007 im Drei-Länder-Vergleich zwischen Frankreich, Großbritannien und Deutschland die Zusammenhänge zwischen Ausgrenzung junger Menschen, Stadtstruktur, Integrationspolitik und Jugendkulturen untersucht. In der Diskussion der rund 160 Teilnehmenden mit Politikern, Wissenschaftlern und Bürgeraktivisten wurde deutlich, dass Jugendunruhen u. a. als Ausdruck eines enttäuschten Zugehörigkeitsgefühls und eines paradoxen staatsbürgerlichen Selbstbewusstseins zu sehen sind. Großbritannien scheint mit seiner Kombination aus kompromissloser Anti-Diskriminierungspolitik und kommunalen Programmen, die den sozialen Zusammenhalt stärken, am erfolgreichsten zu sein. Das alles nützt aber nichts, wenn man wie in Frankreich die Kommunen als zuständige Institution am langen Arm verhungern lässt. Deutschland tut in jedem Fall gut daran, von den guten und schlechten Beispielen der europäischen Nachbarn zu lernen, so das Fazit der Tagung.

ZukunftWerkStadt5

## **Ruhrgebiet: Essen meets Europe – Kultur findet statt**

Die Stadt Essen hat sich stellvertretend für das Ruhrgebiet erfolgreich als «Kulturhauptstadt Europas 2010» beworben. Mit dem Titel sind große Hoffnungen auf einen umfassenden Wandel der Region verbunden. Die «ZukunftWerkStadt» der Heinrich-Böll-Stiftung beschäftigte sich am 30. März 2007 im Schauspiel Essen mit der Frage, wie Kultur eine Stadt im Strukturwandel bzw. eine Krisenregion regenerieren kann. Gäste aus anderen Kulturhauptstädten boten reichlich Anschauungsmaterial: Ulrich Fuchs, Projektleiter der Kulturhauptstadt Linz 2009, schilderte, wie die Ernennung zur Kulturhauptstadt die Entwicklung von der Industriestadt zur Kulturstadt aktuell unterstützt. Ina Klaasen vom Rotterdamer Kulturamt zeigte, wie der Titel «Kulturhauptstadt» in der verarmten Hafenstadt einen Selbstfindungsprozess als «Stadt der vielen Erzählungen» initiiert hat. Auch Beatriz Garcia, Direktorin des Forschungsinstituts «Impacts 08», berichtete von einem kompletten Imagewandel, den Glasgow vollzogen habe. Auch das Ruhrgebiet müsse mit Hilfe der Kreativwirtschaft den ökonomischen und demographischen «Turnaround» schaffen, so Dieter Gorny, künstlerischer Direktor der Ruhr 2010 GmbH. Er sah darin eine letzte Chance für das Ruhrgebiet, eine Dramatik, die nicht alle Podiumsgäste teilten.

Fachgespräch

## **Berlin: Kommunalpolitischer Dialog «Im grünen Bereich»**

Neu im Programm der Stiftung ist die Reihe «Kommunalpolitischer Dialog», die sich an grüne kommunalpolitische Entscheidungsträger und -trägerinnen richtet. Den Auftakt



### **Banlieue Europa. Jugendunruhen – Stadt – Migration**

Schriftenreihe Demokratie Band 3  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Berlin 2007, 64 Seiten  
ISBN 978-3-927760-73-8

machte im November eine Veranstaltung zum Dauerbrenner «Zukunft kommunaler Daseinsvorsorge». Die Gewährleistung von Dienstleistungen im öffentlichen Auftrag ist durch die EU-Wettbewerbspolitik und die kommunale Finanzkrise in vielen Sektoren unter Druck geraten. Die Teilnehmenden stimmten überein, dass eine direkte Einflussnahme auf die kommunalen Leistungsangebote schwieriger geworden sei, betonten aber gleichzeitig den positiven Effekt einer stärkeren Wettbewerbsorientierung und Effizienz. Die Konsequenz lautete, dass Kommunen wettbewerbsfähige Strukturen in der Daseinsvorsorge brauchen, die Zielbestimmung aber durch die Politik im Dialog mit dem Bürger möglich sein müsse.

Fachgespräch

### **Berlin: «Teile und Beteilige»? – Neues Regieren in fragmentierten Städten**

#### **Stadt – Land – Grün**

Handbuch für alternative Kommunalpolitik  
Hrsg. von Rita A. Hermann & Gerald Munier in  
Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung  
im Verein zur Förderung kommunalpolitischer  
Arbeit – AKP  
Bielefeld 2008, 320 Seiten, 16,80 Euro  
ISBN 978-3-9803641-5-7

Über drei Milliarden Menschen leben in Städten bzw. Ballungsgebieten. Ein Fachgespräch der Heinrich-Böll-Stiftung und der Habitat Unit der TU Berlin im Juni 2007 legte den Schwerpunkt auf die Entwicklung in Lateinamerika. Dort leben mittlerweile drei von vier Menschen in Städten und seit langem gibt es Versuche, die Entwicklung der expandierenden Städte mit Teilnehmungsmodellen zu steuern und demokratisch zu legitimieren. Rund 80 Fachleute und Studierende aus Deutschland und Lateinamerika debattierten auf der zweitägigen Veranstaltung über Möglichkeiten, durch Partizipation einen sozial gerechten Konsens über die Ziele der Stadtentwicklung zu erreichen.

Eindrücke von städtischer Segregation vermittelte Stefan Lanz von der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder am Beispiel der Elendsviertel von Rio de Janeiro. Paula dos Santos aus dem Planungsministerium in Brasilia setzte dem Beispiele gelungener Integration, gerade durch die Stärkung von Bürgerbeteiligung, entgegen. In der Diskussion wurde deutlich, dass Partizipation an (stadt)politischen Entscheidungen in Lateinamerika sehr viel stärker einen Wert an sich bedeutet. Sie wird als Teil bürgerschaftlicher Teilhabe und gelebter Demokratie gefordert und auch gelebt.

Webdossier zum Fachgespräch unter  
[www.boell.de/alt](http://www.boell.de/alt)

Pilotprojekt

### **Palästina: Umweltprogramm auf kommunaler Ebene**

Die politische Entwicklung in den palästinensischen Gebieten hat zu einer weitgehenden Lähmung staatlichen Handelns geführt. Zwar fanden in den letzten Jahren Gemeindewahlen in der Westbank und im Gaza-Streifen statt, doch angesichts unklarer Kompetenzen kann von einer kommunalen Selbstverwaltung kaum die Rede sein. Der Handlungsbedarf ist aber gerade in umweltrelevanten Angelegenheiten in den letzten Jahren erheblich gewachsen. Im Rahmen eines gemeinsam mit den politischen Stiftungen und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) erarbeiteten Programms zur Förderung der Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene entwickelte das Büro der Heinrich-Böll-Stiftung in Ramallah zusammen mit der Gemeinde Bani Zeid Al-Gharbiya ein Pilotprojekt, in dem es um die partizipatorische Erarbeitung eines kommunalen Umweltprogramms und eines Aktionsplanes geht. Werden die lokalen Umweltprobleme, die den Menschen auf den Nägeln brennen, in einem partizipativen Prozess identifiziert und Wege zu ihrer Behebung und Vermeidung gemeinsam entwickelt, dann – so die Annahme – sind die Chancen zur erfolgreichen Bewältigung wesentlich größer als wenn «von oben» ein Maßnahmenprogramm verordnet wird.

Nach einer Bestandsaufnahme der Umweltprobleme in der Gemeinde erarbeiteten örtliche Umweltgruppen, Verbände und Fachleute Vorschläge für ein kommunales Umweltprogramm, das sich an den Kriterien der Dringlichkeit und Machbarkeit orientierte. In öffentlichen Versammlungen, Kommissionen und Treffen mit den Gemeinderäten standen die Vorschläge zur Diskussion. Anregungen zur Prioritätensetzung, zur Problembeseitigung und künftigen Problemvermeidung wurden mit der Bevölkerung kontrovers debattiert. Schließlich entstanden ein Umweltprogramm und ein Aktionsplan, der konkrete Schritte vorsieht. Der Aktionsplan und die Erfahrungen aus Bani Zeid Al-Gharbiya werden mittels Broschüren und Postern auch anderen Gemeinden zur Verfügung gestellt.

# Kunst und Kultur

**Die Entstehung und Vermittlung literarischer und künstlerischer Werke zu fördern – auch das ist für die Heinrich-Böll-Stiftung ein elementarer Bestandteil ihrer politischen Bildungsarbeit. In Podiumsdiskussionen und Konferenzen geht es insbesondere um die politische Dimension von Kunst und Kultur, ihr seismografisches Vermögen und zeitdiagnostisches Potenzial.**

Lesungen

## «Wo ist Böll?» – Eine Spurensuche anlässlich Heinrich Bölls 90. Geburtstag

Im Jahr 2007 wäre Heinrich Böll 90 Jahre alt geworden. Für die Heinrich-Böll-Stiftung ein willkommener Anlass, sich auf Spurensuche zu begeben. Gemäß dem Motto: «Böll entdecken, heißt immer noch, ihn zu lesen», initiierte und unterstützte die Stiftung mehrere Veranstaltungen, die Böll über seine Texte vorstellten. Darunter eine Lesung in Duisburg, wo der Schauspieler und Regisseur Vadim Glowna (er spielte 1977 den Erhard Schweigert in der Verfilmung von Bölls Roman «Gruppenbild mit Dame») Szenen aus Bölls Irischem Tagebuch vortrug und damit zugleich an ein weiteres Jubiläum erinnerte: dem 50. Jahrestag des Erscheinens dieser überaus populären Reisebeschreibung.

In einer gut besuchten Matinée im Kölner Schauspielhaus gingen u. a. Jürgen Becker, Konrad Beikircher, Liane Dirks, Hugo Hamilton und Günter Wallraff der Frage nach der Aktualität des Autors nach. Bei einer Lesung in der romanischen Kirche Maria im Kapitol wurde eine Textcollage mit Auszügen aus Reden, Erzählungen und Romanen präsentiert.

Die Stiftung beteiligte sich darüber hinaus an einer Tagung des deutsch-irischen Zentrums der Universität von Limerick/Irland zu den biographischen, werkgeschichtlichen und literarischen Betrachtungen und Analysen des Irischen Tagebuchs. Zudem wurden auch im Jubiläumsjahr drei neue Bände der von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützten «Kölner Ausgabe» ediert, sodass inzwischen 18 von 27 Bänden vorliegen. Sie laden dazu ein, Böll in ausführlich kommentierter Form neu zu begegnen. Nicht zuletzt erinnerte die Stiftung auch mit einem neugestalteten und erweiterten Webdossier an ihren Namensgeber.

## Lahore/Pakistan: Wettbewerb für Nachwuchsschriftsteller

«Frauen in Pakistan» war das Thema eines vom Büro Lahore der Heinrich-Böll-Stiftung in Pakistan ausgeschriebenen Wettbewerbs für Gedichte und Kurzgeschichten anlässlich der Staatsgründung vor 60 Jahren und des 90. Geburtstages von Heinrich Böll. Schirmfrau war Nasira Iqbal, die Schwiegertochter des berühmten pakistanischen Staatsphilosophen und Dichters Mohammad Allamah Iqbal.

Von den über 600 Einsendungen wurden die 20 besten Beiträge ausgewählt. Siegerin des Wettbewerbs wurde die 20-jährige Mira Sethi mit ihrem Gedicht «My First Love». Es handelt von zwei Freundinnen, die aufgrund von kulturellen und Klassenunterschieden im Streit auseinandergehen. Nach Ghazi Salahuddin, einem der wichtigsten Intellektuellen des Landes und Jurymitglied des Wettbewerbes, markiert der Beitrag einen zentralen Konflikt der pakistanischen Gesellschaft: die Polarisierung zwischen überlieferten islamischen Traditionen und liberalen demokratischen Werten. «Es geht darum, im Dickicht der Ereignisse Slogans zu entwickeln, die ein Gefühl auf den Punkt bringen und die sowohl von einem paschtunischen Geldwechsler, einem Bürokraten in Islamabad als auch einem Schafhirten in Balutschistan verstanden werden können.»

Die fehlende Kommunikation der Generationen war ein weiteres zentrales Thema vieler Wettbewerbsbeiträge. Sie wurde von den Autorinnen und Autoren als Grund für körperliche Übergriffe, Magersucht und Selbstmord unter Teenagern genannt.

In einer einwöchigen Schreibwerkstatt in Lahore unter der Leitung des deutschen Schriftstellers Norman Ohler und in Anwesenheit von René Böll erhielten die Nachwuchstalente die Möglichkeit, ihre Texte weiterzubearbeiten sowie Schreibtechniken und Er-



(l-r) Thomas Böhm im Gespräch mit Hugo Hamilton. Auf dem Sofa: Günter Wallraff, Konrad Beikircher, Helge Malchow, Angela Spitzig, Liane Dirks und Jürgen Becker



Schreibwerkstatt in Lahore, Pakistan

Die prämierten Geschichten und Gedichte wurden vom Verlag Oxford University Press zum 8. März 2008, dem Internationalen Frauentag, in Buchform publiziert.

zähltraditionen Europas und Südasiens kennenzulernen. Die jungen Autorinnen und Autoren, die sehr engagiert und offen die Diskussion um die Zukunft des Landes mitbestimmen wollen, schlossen sich im Laufe der Schreibwerkstatt zu der Gruppe Bol zusammen. In der Landessprache Urdu bedeutet dies soviel wie «Sprich», angelehnt an den Vers des Dichters Faiz «Sprich, denn deine Lippen sind frei».

Die jungen Dichterinnen und Dichter könnten somit durch ihre Protestpoesie einen kleinen Beitrag zur Lösung der «Krise der Imagination» beitragen.

Tagung

### **Berlin: Kultur in neuer Mission? Roundtable zur Auswärtigen Kulturpolitik**

Deutschland hat nach dem 2. Weltkrieg viel in seine kulturellen Außenbeziehungen investiert. Unter Zuständigkeit des Auswärtigen Amtes entstand ein vielgestaltiges Netz von Mittlerorganisationen, die sich weltweit um Kulturaustausch bemühen. Stipendienprogramme, Autorenlesungen, Kunstausstellungen und wissenschaftliche Tagungen sind heute wichtige Foren der Begegnung.

Der Konsens darüber, was Auswärtige Kulturpolitik leisten soll und welche Erträge von ihr zu erwarten sind, ist jedoch brüchig geworden. Soft power, public diplomacy und interkultureller Dialog werden als neue Leitbegriffe einer künftigen Außenkulturpolitik gehandelt, die Sicherheitspolitik und Standortpolitik zugleich sein soll.

Mit der Frage nach der künftigen Ausrichtung der Kulturpolitik beschäftigte sich am 29. März 2007 auch ein hochkarätig besetztes Expertengespräch der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Teilnehmenden waren sich einig, dass die Außenkulturpolitik gut daran tue, lern- und anpassungsfähig zu bleiben. So verwies Kurt-Jürgen Maaß, Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), auf eine hauseigene Studie zum Stand der deutsch-amerikanischen Kulturbeziehungen, die offenbarte, dass trotz 500 damit befasster Organisationen und Initiativen der Graben zwischen Deutschland und den USA wesentlich tiefer sei, als wir das wahrhaben wollen. Mit anderen Worten: Schiere Masse bringt nichts, es kommt auf die Qualität der Dialogformate an.

Bei aller Ungesicherheit der Ergebnisse – soll deshalb die Außenkulturpolitik auf klare Zielvorgaben verzichten? Nein, meinte Volker Rittberger, Politikwissenschaftler an der Universität Tübingen. Es liege durchaus in unserem Interesse, bestimmte Leitbilder und Werte in die Außenkulturpolitik einfließen zu lassen. Eine wichtige Aufgabe bestünde darin, einem «homogenisierenden Kulturbegriff» und dessen politischer Instrumentalisierung entgegenzuwirken: «Die Ahmadinedschads dieser Welt neigen dazu, Auseinandersetzungen zu kulturalisieren, um auf diese Weise eine Scheinhomogenität in ihrer Bevölkerung herbeizuführen.»

Uschi Eid, ehemalige Staatssekretärin für Zusammenarbeit und Entwicklung und heute grüne Vertreterin im Unterausschuss Kulturpolitik, mahnte an, dass es bislang keine systematische Evaluationsstrategie für die Auswärtige Kulturpolitik gebe. Wilfried Grolig, Direktor der Abteilung für Kultur und Erziehung im Auswärtigen Amt, verwies auf erstmalige Zielvereinbarungen mit den Mittlerorganisationen. Hans-Georg Knopp, seit 2006 Generaldirektor des Goethe-Instituts, betonte die Langfristigkeit von Projektpartnerschaften, die für den Erfolg unabdingbar sei. In der Europäischen Vereinigung der Nationalen Kulturinstitute EUNIC erkannte er erste Schritte auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außenkulturpolitik. Entscheidend für das «Bohren dicker Bretter» sei jedoch die Veränderung unserer «mentalen Geographie», die künftig stärker an Vermischungsprozessen denn an nationalen Grenzen orientiert sein müsse.

Podiumsdiskussion

### **Berlinale Talent Campus: Im Auge des Betrachters**

Seit einigen Jahren ermöglicht die Heinrich-Böll-Stiftung jungen Filmschaffenden die Teilnahme am Talent Campus der Berliner Filmfestspiele. Künftig will die Stiftung auch die Kooperation zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) und Filmemachern stärker fördern. Ein erster Schritt war die Podiumsdiskussion «In the Eye of the Storm –



Diskussion beim Berlinale Talent Campus, u. a. mit Stiftungsvorstand Ralf Fücks und Bianca Jagger, Menschenrechtsaktivistin

Filmmakers in Troubled Areas» am 13. Februar 2007 in Berlin, wo engagierte Filmschaffende aus Indien, Israel und dem Kongo u. a. mit der Menschenrechtsaktivistin Bianca Jagger zusammentrafen. Thema war die wünschenswerte, aber oft nicht ganz einfache Zusammenarbeit zwischen Filmemachern und Nichtregierungs- oder Hilfsorganisationen. So sah Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international, NGOs in einem Dilemma zwischen aufklärerischem Aktivismus und den Marketingerwägungen im Wettbewerb um mediale Aufmerksamkeit, öffentliche Zuwendungen und private Spenden. Als Konfliktstoff für die Zusammenarbeit zwischen NGOs und Filmemachern entpuppt sich mitunter auch der Wunsch nach inhaltlicher Einflussnahme seitens der NGOs.

Rakesh Sharma aus Bombay illustrierte dagegen, wie einfach NGOs und Filmschaffende im Bereich der Distribution kooperieren können. Seine Mammut-Dokumentation «Final Solution» (2003) über den Hindu-Nationalismus konnte – trotz des Verbots in Indien – über NGOs und deren Netzwerke heimlich vervielfältigt und verteilt werden. «Pirate and circulate» – ein Vorgehen, das durchaus Schule machen könnte.

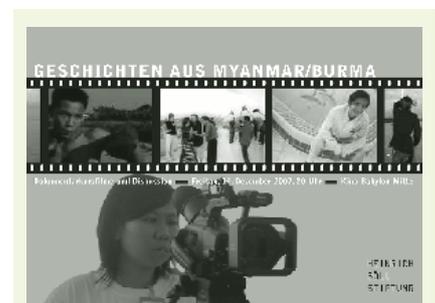
### Kurzfilme

#### Berlin: «Geschichten aus Burma/Myanmar»

In Burma gibt es zwar eine verhältnismäßig rege Spielfilmproduktion, Dokumentarfilme werden jedoch kaum gedreht. Unter der Leitung der anglo-burmesischen Filmemacherin Lindsey Merrison und unterstützt von der Heinrich-Böll-Stiftung fördert die Yangon Film School (YFS) in Burma dieses bislang vernachlässigte Genre. Seit ein paar Jahren finden in der YES regelmäßig mehrwöchige Workshops statt, in denen die Teilnehmenden das filmische Handwerk für Dokumentationen lernen. Bei der Umsetzung ihrer Ideen werden sie von erfahrenen Filmtutoren unterstützt.

Im Jahr 2007 hat die Stiftung in Kooperation mit der Yangon Film School einen Kurzfilmwettbewerb initiiert. Die jungen Filmschaffenden sollten den Alltag ihres Landes einfangen. Das Berliner Kino Babylon Mitte zeigte im Dezember 2007 die vier mit dem «Heinrich Böll Documentary Award» prämierten Filme. Sie erzählten von den Anstrengungen eines jungen Boxers, von der vom Aussterben bedrohten Ramayana-Theatertruppe, vom Leben eines blinden Gitarristen und dem Wettbewerb der Robenweberinnen, der jährlich während des Dazaundain-Festes stattfindet.

Im Anschluss an die Filmvorführung berichtete Lindsey Merrison, von der Yangon Film School von der Entstehung und Produktion der Filme unter den sehr schwierigen Bedingungen in Yangon. Die Preisträgerinnen und Preisträger des Wettbewerbs wurden darüber hinaus zum Talent Campus der Berlinale 2008 eingeladen.



Kurzfilme aus Burma/Myanmar im Berliner Kino Babylon

### Diskussionsreihe

#### Berlin: Von Kreativen und Kriegen – Der Spielstand im zweiten Jahr

Der Spielstand, die im Herbst 2006 begonnene Veranstaltungsreihe in den Berliner Sophiensälen, konnte auch im Jahr 2007 mit einer ganzen Reihe illustrierter Gäste aufwarten: Im Februar diskutierten die Schriftsteller Hans Christoph Buch, Annette Peht und Burkhard Spinnen unter dem Titel «Fluch der Könige» über ihr politisches Selbstverständnis und die medialen Mechanismen, mit denen einzelne Autoren auf den Thron der Meinungsführerschaft gehoben werden.

Im Mai ging es um die Kreativen und die Frage, warum etwa die «digitale Bohème» (Holm Friebe) in der Arbeitsmarktdiskussion noch eher randständig behandelt wird. Während Melissa Logan mit einer Art Powerpoint-Karaoke das Betriebsgeheimnis um ihr Kunst-Pop-Design-Projekt «Chicks On Speed» lüftete, forderte Adrienne Goehler tiefgreifende Veränderungen in der Praxis der Arbeitsagenturen, um die gemischten Kalkulationen der künstlerischen Freiberufler zu normalisieren.

Im September durfte die Stiftung mit Michael Schirner einen echten Guru der visuellen Kommunikation begrüßen. Zusammen mit der Kulturwissenschaftlerin Elke Gaugele und dem Straßenkünstler Nomad diskutierte er über die unterschiedlichen Wege, wie bildliche Botschaften im urbanen Raum platziert und wahrgenommen werden. Im November versuchte der letzte Spielstand des Jahres, der Chiffre des «Nicht-Kriegs» auf die Spur zu



Spielstand «Es lebe die Bohème»: Johannes Raether, Berliner Künstler

kommen. Cornelia Vismann und Niels Werber ging es um eine theoretische Grundlegung: Wie könnten wir unser analytisches Instrumentarium im Hinblick auf die aktuellen «neuen» Kriege schulen? Und können künstlerische Projekte an dieser Sensibilisierungsarbeit mitwirken? Katya Sander und Ashley Hunt präsentierten ihre bereits auf der documenta 12 gezeigte Videoinstallation «9 Scripts From A Nation At War», und Karin Mlodoch, Projektkoordinatorin von HAUKARI e.V., beschrieb den Alltag des Ausnahmezustands im Nordirak.

Projekt

### **Kassel: «Hinein sehen» – Ein hunderttägiges Experiment auf der documenta 12**

Am Anfang jeder documenta steht ein Anspruch, und der war im Falle des Kuratorenteams Buerge/Noack gewaltig. So sollte die im Jahr 2007 gezeigte Kunst auch für Besucher ohne spezielle Kunstexpertise erfahrbar sein, die Schwellenangst bildungsferner oder marginalisierter Gruppen möglichst abgesenkt werden. Konsequenterweise wurden die Besucherführungen nicht mehr als reine Dienstleistung oder Weitergabe autorisierten Wissens konzipiert. Neben ihrer Tätigkeit als Besucherbetreuer durften die Kunstvermittlerinnen und -vermittler auch eigene Vorhaben initiieren. Sieben dieser Projekte wurden durch die Heinrich-Böll-Stiftung gefördert. So zum Beispiel der gemeinsame documenta-Besuch von Jugendlichen, Arbeitslosen, Migranten, kranken oder behinderten Menschen. Der Austausch über die Ausstellung und die Diskussion über die Rolle von Kunst als politischem Medium wurden in verschiedensten Formaten (Berichte, Fotos, Filme, mp3, Comics) dokumentiert, die zum Teil auf den «Lunch Lectures» in der documenta-Halle präsentiert wurden.

Bei diesem hunderttägigen Experiment ging es auch um die Frage, ob die Beschäftigung mit zeitgenössischer Kunst den Betrachtern Anstöße zur Reflexion der eigenen Lage geben kann. Kann sie gar dazu beitragen, auf zuvor Übersehenes, politisch nicht Behandeltes hinzuweisen? Eine Dokumentation der Ergebnisse ist für Herbst 2008 geplant.

Israelisch-deutsche Literaturtage

### **Tel Aviv: «Israel ist von Europa, aber nicht in Europa» (Dan Diner)**

Wechselseitige Skepsis prägt das Verhältnis zwischen Europa und Israel. Der zweite Libanonkrieg im Sommer 2006 ließ dies erneut auf beiden Seiten sichtbar werden. Hier wie dort schufen sich Unverständnis und Enttäuschung Raum über den jeweils Anderen und bestimmten das in den Medien gezeichnete Bild.

Die israelisch-deutschen Literaturtage vom 2. bis 7. Juni 2007 in Tel Aviv widmeten sich diesem nicht ganz einfachen Verhältnis und spürten den gesellschaftlichen Befindlichkeiten nach. Welches Bild entwerfen junge Autorinnen und Autoren von ihrer Welt?

Israelische und europäische Autoren gaben Kostproben aus ihren Werken und diskutierten über die Möglichkeiten von Verständnis, Annäherung und gegenseitiger Kritik. Versteht z. B. der deutsche Schriftsteller Peter Schneider die Kurzgeschichte «Cinderella» von seinem Schriftstellerkollegen Sayed Kashua, in der ein palästinensischer Israeli tagsüber eine jüdische Identität annimmt, um sich nachts in einen umtriebigen Araber zu verwandeln? Und kann sich Kashua wiederum in die Rolle des «Mauerspringers» aus Schneiders gleichnamiger Erzählung versetzen, der die Mauer bewusst ignoriert und sich zwischen Ost und West bewegt, als gäbe es sie gar nicht? Sind Schriftsteller nicht zu sehr in ihren jeweiligen Diskursen verhaftet?

Zwei Abende widmeten sich generationsübergreifend den Einstellungen zu Krieg und Armee. Sasa Stanisic (Leipzig/Graz), Schriftsteller bosnischer Herkunft, ließ mit Auszügen aus seinem Roman «Wie der Soldat das Grammophon repariert» den Jugoslawienkrieg wieder aufleben. Shimon Riklin (Tel Aviv) beschreibt in «Wild North» die Abstumpfung und Zermürbung der Soldaten im Krieg. Auf die Frage, wie sich Stanisic den Erfolg seines Buches in über 20 Ländern erklärt, wurde er nachdenklich. Könnte es sein, dass es an der wachsenden globalen Gemeinschaft von Kriegsbedrohten liegt, und dass das Interesse am Leid anderer Völker deshalb wächst?



Israelisch-deutsche Literaturtage in Tel Aviv

# Heinrich-Böll-Haus Langenbroich

**Weltweit vertreten Künstlerinnen und Künstler Positionen zu politischen und gesellschaftlichen Themen, ungeachtet der vorherrschenden Meinung und trotz Repressalien und Verfolgung. Durch ihren Einsatz für die Freiheit des Geistes leisten sie einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung und zum Erhalt von Demokratie und Menschenrechten. Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt dieses Engagement im Sinne ihres Namensgebers durch ihr Stipendienprogramm im Verein Heinrich-Böll-Haus Langenbroich e.V.**

«Wo ist Böll?» – fragte das ZEIT-Magazin anlässlich des 90. Geburtstages Heinrich Bölls im letzten Jahr. Diese Frage hat sich im Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich nie gestellt! Gäste aus aller Welt, die für einige Monate im Böll-Haus leben und arbeiten, fühlen sich dem Schriftsteller oft sehr nahe. Für viele Autoren aus Ländern, in denen die Gedankenfreiheit wenig gilt, ist Heinrich Böll ein Beispiel, wie ein Schriftsteller sich für «das höchste Ziel engagieren kann: das spirituelle Wachstum des Menschen und den Kampf um seine Freiheit und seine Träume», so der kubanische Autor und ehemalige Langenbroich-Stipendiat Amir Valle.

In bewährter Zusammenarbeit mit der Stadt Düren und dem Land Nordrhein-Westfalen konnten seit 1989 mehr als 130 Gäste aus 37 Ländern in das ehemalige Sommerhaus der Familie Böll eingeladen werden. Der Aufenthalt in Langenbroich ermöglicht ihnen, für einige Zeit ungestört und finanziell abgesichert, frei von staatlicher Kontrolle oder Verfolgung kreativ zu arbeiten. Durch die Vermittlung von Lesungen und Ausstellungen verhilft das Böll-Haus den Künstlern auch zu Kontakt mit der Öffentlichkeit. So präsentierte die Reihe «Kosmos Literatur» die Langenbroich-Stipendiaten z. B. während der Aachener Literaturtage. Darüber hinaus fanden Lesungen und Ausstellungen u. a. in Köln, Berlin, in Schloss Sacrow in Potsdam sowie an verschiedenen Schulen statt. Auch auf dem traditionellen Sommerfest des Vereins Heinrich-Böll-Haus Langenbroich stellten sich die Autorinnen und Autoren mit ihren Texten vor. Die karibisch-afrikanische Band «Fulani MC» spielte zum Tanz auf und bildete den Rahmen für die Fotoausstellung von Maxwell Sibanda.

## Stipendiatinnen und Stipendiaten im Jahr 2007

**Maxwell Sibanda**, Schriftsteller, Journalist und Fotograf aus Simbabwe (Jahrgang 1968). Bis September 2003 war Sibanda Kulturredakteur bei der Daily News in Harare, dann stürmten bewaffnete Polizisten auf Anordnung von Präsident Mugabe die Redaktion, und die einzige unabhängige Tageszeitung in Simbabwe wurde geschlossen. Sibanda, der auch für Reporter ohne Grenzen arbeitete, musste Simbabwe verlassen. Seither lebt er in Europa, unterstützt von dem europaweiten Netzwerk für politisch verfolgte Schriftsteller. Auf Deutsch erschienen bislang: «D'Zimbabwe – Haus aus Stein» (Leykam-Verlag, Graz 2006); «Simbabwe mit spitzer Feder – Politische Karikaturen seit der Unabhängigkeit» (Ausstellungskatalog, Kulturreferat München 2006).

**Bashana Abeywardene**, Schriftsteller und Journalist aus Sri Lanka (Jahrgang 1972). Bashanas erste Gedichte entstanden noch während seiner Schulzeit und reflektieren den Schrecken des Bürgerkrieges. 1991 begann er als Journalist zu arbeiten. Bashana gehört zu den Gründungsmitgliedern der Zeitschrift Huru, die seit 1993 erscheint. Mitte der neunziger Jahre gründete sich die «Huru Action Group», die sich für Frieden mit den Tamilen und für Pressefreiheit einsetzt. Der Mord an dem tamilischen Journalisten Sivaram Dharmaratnam, einem engen Weggefährten Bashanas, im April 2005 machte schlagartig deutlich, dass die freie Meinungsäußerung in Sri Lanka Lebensgefahr bedeutet. Auch Bashana Abeywardene wurde mit dem Tod bedroht und musste fliehen.



Dürens Bürgermeister Paul Larue beim Sommerfest in Langenbroich

Bewerbungen an:  
Heinrich-Böll-Stiftung, Frau Sigrun Reckhaus  
Antwerpener Str. 19, 50672 Köln  
T 0221-283 4850 F 0221-510 2589  
E [reckhaus@boell.de](mailto:reckhaus@boell.de)



Maxwell Sibanda



Sharnush Parsipur

**Sharnush Parsipur**, Schriftstellerin aus dem Iran (Jahrgang 1946). Sie arbeitete bereits während ihres Soziologiestudiums für das staatliche iranische Fernsehen. 1974 legte sie aus Protest gegen die Hinrichtung zweier Künstler ihren Posten als Redakteurin nieder. Kurz darauf wurde sie wegen ihrer öffentlichen Kritik am Schah-Regime für ein Jahr inhaftiert. Unter der islamischen Regierung wurde Parsipur für die Veröffentlichung der Erzählsammlung «Zanan bedun-e mardan» (dt. «Frauen ohne Männer») erneut inhaftiert und blieb ohne weitere Angabe von Gründen für fast fünf Jahre im Gefängnis. Dort entstand 1983 ihr Roman «Tuba – und die Bedeutung der Nacht» (Unionsverlag 1995). 1994 entschloss sie sich, in die USA zu gehen, wo sie noch heute lebt.

**Daniel Bănulescu**, Schriftsteller aus Rumänien (Jahrgang 1960). Nach einem Ingenieursstudium arbeitete er u. a. als Korrektor, Reporter und Nachtwächter. Der erste Gedichtband «Ziua în care am fost publicat» (dt. «Der Tag, an dem ich publiziert wurde») konnte 1987 als Beilage der Zeitschrift *Convingeri Comuniste* erscheinen. Den Ruf des «Enfant terrible» der rumänischen Gegenwartsliteratur zementierte er mit seinem ersten Roman «Te pup în fund, conducător iubit!» (1994, dt. «Ich küsse dir den Hintern, geliebter Führer!», Edition per procura 2005), für den er den Preis der Vereinigung Rumänischer Schriftsteller erhielt. Eine Auswahl seiner Gedichte in deutscher Übersetzung ist unter dem Titel «Schrumpeln wirst du wirst eine exotische Frucht sein» (Edition per procura, 2003) erschienen. Der Band wurde 2005 mit dem Preis für Europäische Poesie der Stadt Münster ausgezeichnet.



(l–r) Bashana Abeywardene, Maxwell Sibanda und Apti Bisultanov

**Apti Bisultanov**, Schriftsteller aus Tschetschenien (Jahrgang 1959). Er studierte an der Philologischen Fakultät der Tschetschenisch-Inguschischen Staatsuniversität in Grozny und war als Dozent, Redakteur und Herausgeber tätig. 1986 erschien sein erster Gedichtband «Noch – ze – tschö» (dt. «Pflug – Feuer – Haus»). Der Titel assoziiert das Wort «Nochtschitschö», das soviel wie «Land der Tschetschenen» bedeutet. 1988 folgte der Gedichtband «Zcha Illi» (dt. «Das Lied») und 1991 der dritte Band *Tkesan Indare* (dt. «Schatten eines Blitzes»), der eine Serie von Gedichten enthält, die den Opfern der Deportation unter Stalin gewidmet sind. Bisultanov erhielt 1992 den Tschetschenischen Volkspreis für Literatur. Von Anfang an unterstützte er die Unabhängigkeitsbewegung, 1999 wurde er Vizepräsident für Soziales in Tschetschenien. Seit 2002 lebt Bisultanov in Berlin, 2003 erhielt er den Preis der Poets of All Nations Foundation. Auf Deutsch erschienen: «Schatten eines Blitzes» (Kitab-Verlag 2004); «Etüden des Abschieds» (Rheinsberger Bogen 24, 2007)



Viatcheslav Kuritsyn

**Viatcheslav Kuritsyn**, Schriftsteller aus Russland (Jahrgang 1965). Er arbeitete als freier Journalist, Literaturkritiker und Kurator in Moskau. Dort gilt Kuritsyn als einer der markantesten Figuren der literarischen Welt, als «genialer Wilder» und Wegbereiter der modernen russischen Literatur. Als sich die Illusion seiner Generation zerschlug, das Land neu zu ordnen, zog sich Kuritsyn aus dem Kulturbetrieb zurück, widmete sich seiner künstlerischen Arbeit und veröffentlichte eine Zeitlang unter Pseudonym. 2003 wurde er als Co-Autor des Romans «Monat Arcachone» für den «Nazionalnij Bestseller»-Preis nominiert. Im Herbst 2005 erschien sein Buch «Kuritsyn-Weekly» – ein Kompendium seiner Kritikertätigkeit und Chronik der Sturm-und-Drang-Jahre Russlands, für das er 2005 den renommierten «Andrej-Belyi-Preis» erhielt. Heute lebt er als freier Schriftsteller in St. Petersburg.

**Jakub Sarwas**, Komponist, Dirigent und Musiker aus Polen (Jahrgang 1977). Seine musikalische Ausbildung begann er an der Staatlichen Musikschule in Gliwice und schloss sie 1996 (Hauptinstrument: Akkordeon) ab. Von 1996–2001 studierte er Komposition, Dirigieren und Musiktheorie an der Musikakademie in Kattowitz. Sein Aufbaustudium absolvierte Sarwas an der Staatlichen Hochschule für Musik in Köln. Er ist Mitglied der Polnischen Gesellschaft für Zeitgenössische Musik, des Verbandes der Polnischen Komponisten und der Gleiwitzer Gesellschaft für Musik. Darüber hinaus ist er Gründer des «Sarwas Project» und des «Sarwas Ensemble», mit dem er als Komponist, Dirigent und musikalischer Leiter arbeitet. Er komponiert Kammermusik, symphonische, elektronische und elektroakustische Musik, Schauspiel- und Film-Musik.

# Preise

**Die Heinrich-Böll-Stiftung vergibt mehrere Preise: den Friedensfilmpreis, den Hannah-Arendt-Preis und alle zwei Jahre den Petra-Kelly-Preis. Mit dem Kelly-Preis werden Menschen und Vereinigungen ausgezeichnet, die sich auf besondere Weise für die Achtung der Menschenrechte, für das gewaltfreie Lösen von Konflikten und den Schutz unserer Umwelt einsetzen. Er wird wieder im Jahr 2008 vergeben.**

## Friedensfilmpreis 2007 an «Goodbye Bafana» von Bille August

Bille Augusts Charakterdrama «Goodbye Bafana» wurde im Februar 2007 mit dem 22. Friedensfilmpreis der Berliner Filmfestspiele ausgezeichnet. Der Film zeigt die Wandlung eines rassistischen Gefängniswärters, der 20 Jahre lang einen prominenten Gefangenen bewacht: Nelson Mandela.

«Hineingeboren in das System der Apartheid, die er als vernünftig und gottgegeben mitträgt, sucht der Gefängniswärter James Gregory nach bürgerlicher Sicherheit in seiner Familie und nach beruflicher Karriere: Überzeugt von der Grausamkeit der Schwarzen und ihren Absichten, die Weißen aus Südafrika verjagen zu wollen, wird er in einer neuen Aufgabe als Zensor mit dem Häftling Nelson Mandela und dessen Mitgefangenen auf der berühmten Gefängnisinsel Robben Island konfrontiert.

Beeindruckt von der Gedankenwelt und der Menschlichkeit Mandelas und der brutalen Gewalt, der die Häftlinge tagtäglich ausgesetzt sind, beginnt im Kopf und im Herzen James Gregorys ein Prozess der Veränderung, der ihn und seine Familie vor existentielle Herausforderungen stellt.

Ein Film, der auf einer wahren Geschichte beruht und uns zeigt, dass auch im starren System und unter großem Druck Zivilcourage wachsen kann, die aus einem Mittäter einen selbstständig denkenden und handelnden Menschen werden lässt: eine Ermutigung», so die Begründung der Jury.

Der Friedensfilmpreis ist mit 5.000 Euro und einer Plastik des Künstlers Otmar Alt dotiert. Das Preisgeld stellt die Heinrich-Böll-Stiftung. Die Schirmherrschaft liegt bei der Internationalen Vereinigung der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), Trägerin des Friedensnobelpreises 1985.



«Goodbye Bafana» (2007) von Bille August erzählt von der schicksalhaften Beziehung zwischen dem zu lebenslanger Haft verurteilten schwarzen Anti-Apartheid-Kämpfer Nelson Mandela und seinem weißen Gefängniswärter James Gregory.

## Hannah-Arendt-Preis 2007 an Tony Judt

Der Hannah-Arendt-Preis für politisches Denken ging im Jahr 2007 an den in New York lebenden und lehrenden britischen Historiker Tony Judt. In ihrer Begründung würdigte die Jury Tony Judt als eine Persönlichkeit, die sich in der öffentlichen Debatte über Europa und den Westen auf vielfältige Weise engagiert: als Historiker, der wisse, dass historische Ereignisse nicht ohne ihre vielfältigen Kontexte verstanden werden können, als politischer Denker, der seine Sicht auf die Geschehnisse der Zeit in die öffentliche Kontroverse einbringt, und schließlich als politischer Essayist, der streitbarer Zeuge seiner Zeit sei.

Judts Blick auf Europa gehe dabei in vielerlei Weise über die Realität nationalstaatlichen Denkens hinaus. Er frage nach einem Europa der Vielfalt im Unterschied zu einem Europa der «Identität», dabei die unterschiedlichen Geschichten berücksichtigend, die jedes europäische Land einbringt und die seine Stellung zu dem «Projekt» Europa prägen.

Die Jury würdigte außerdem seinen Einsatz für ein besseres Verständnis Europas im amerikanischen Raum, ein Verständnis das nicht von unüberbrückbaren Gegensätzen, sondern von einer streitbaren Auseinandersetzung über eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft ausgehe.

Der mit 7.500 Euro dotierte Preis wurde am 30. November 2007 von Bremens Bürgermeisterin Karoline Linnert an Tony Judt überreicht, die Laudatio hielt der ungarische Philosoph und Publizist Gaspar M. Tamas. Der Preis wird vom Senator für Bildung und Wissenschaft der Freien Hansestadt Bremen und der Heinrich-Böll-Stiftung finanziert.



Tony Judt (geb. 1948) ist britischer Historiker, Essayist und Hochschullehrer. Er studierte Geschichte am King's College in Cambridge (England). Derzeit leitet er das Remarque-Institut an der New York University in New York City.

# Grüne Akademie

**Die Grüne Akademie ist ein unabhängiges Forum zur Erörterung aktueller wie grundlegender politischer Fragen. Sie pflegt die thematische Vernetzung ihrer rund 60 Mitglieder und den Dialog zwischen Wissenschaft und Grüner Politik. Dazu arbeitet sie in unterschiedlichen Formaten: Vorträge, Tagungen, «Werkstattgespräche» und Veröffentlichungen.**



## Bildung für den Bedarf?

Zum Stellenwert von Natur- und Ingenieurwissenschaften im Bildungssystem  
Schriftenreihe Bildung und Kultur Band 1  
Hrsg. von der Grünen Akademie in der  
Heinrich-Böll-Stiftung  
Berlin 2007, 72 Seiten  
ISBN 978-3-927760-72-1

Im November 2007 endete die auf zwei Jahre angelegte Vorlesungsreihe «Grenzgänge», die in Kooperation mit dem Menschenrechtszentrum der Universität Potsdam durchgeführt wurde. Die Reihe fragte nach der chronisch unzureichenden Verzahnung der Geistes- und Naturwissenschaften: Wo verlaufen die humanmedizinischen, ethischen, verfassungsrechtlichen oder politischen Grenzen zwischen Fortschrittsoptimismus und Machbarkeitswahn, zwischen der Gestaltbarkeit und der Unverfügbarkeit menschlichen Lebens? Die Beiträge sind nachzulesen unter [www.gruene-akademie.de](http://www.gruene-akademie.de).

Zu manchen politisch brisanten Themen veranstaltet die Grüne Akademie sogenannte «Werkstattgespräche», deren Resultate in den Schriftenreihen der Heinrich-Böll-Stiftung oder unter [www.boell.de](http://www.boell.de) veröffentlicht werden. Im Jahr 2007 gab es drei davon, zwei im Januar zu den Themen «Bildung nach Bedarf?» und «Frauenhandel und Freier», das dritte im Juni zum Thema «Bedingungsloses Grundeinkommen».

Die Tagung «Vertrauen – Repräsentation – Partizipation» im September 2007 beschäftigte sich mit dem Vertrauensverlust politischer Parteien und ihren Handlungsoptionen, insbesondere die der Grünen. Claus Offe, Hertie School of Governance Berlin, sah die Qualitätskriterien für Politik durch politische Parteien verletzt. Politik stelle keine Fragen (wie sie sollte), sondern gebe ungefragt Antworten, untergeordnet dem selbst geschaffenen Sachzwang einer «Modernisierungspolitik». Dadurch entstehe «ein Vakuum an Motiven» für diese Politik, und infolge dessen ein Vertrauensverlust beim Wähler. Vertrauen aber sei der «Zement der Demokratie».

Willfried Maier, GAL Hamburg und Vorstand der Grünen Akademie, beleuchtete die Frage nach der aristotelischen Autorität der Eliten: Sie sei unter Druck geraten, weil die Eliten sich wie Privatpersonen verhielten. Öffentliche Autorität aber müsse man erwerben, nicht zuletzt, indem ein Ethos der öffentlichen Klasse vertreten werde. Statt als Konsum- und Kommunikationspolitik müsse sich Politik «als Tätigkeit eines stolzen Menschen» anbieten können, um als Praxis glaubwürdig und integrativ sein zu können.

Im Panel über das Verhältnis der Grünen zu den sozialen Bewegungen betonten Dieter Rucht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, und Felix Kolb, Bewegungstiftung, die zwischen Parteien und Bewegungen bestehende strukturelle Arbeitsteiligkeit und ihre unterschiedliche System- und Handlungslogik, die nur punktuell versöhnt werden können. Wenn Kooperation gewollt werde, müssten beide Seiten um sie werben. Bewegungsaktivisten habe inzwischen ein skeptisches Verhältnis gegenüber den Grünen, weil diese heute nicht auf «Änderung der Verhältnisse» ausgerichtet seien, sondern auf «Einrichten in den Verhältnissen» und auf das Verständnis von Opposition als Übergangsphase zur nächsten Regierungszeit. Für das Verhältnis zwischen Partei und Bewegungen werde entscheidend sein, ob die Grünen in den nächsten Jahren zeigen, dass sie für Politikwechsel auch auf Mobilisierung der Bewegungen vertrauen. Paula Riester, Sprecherin der Grünen Jugend, sah hierin eine wichtige Rolle für die Grüne Jugend.

In der Abschlussrunde vertrat Parteienforscher Joachim Raschke die Ansicht, die Grünen müssten künftig ihre koalitionspolitischen Optionen erweitern. Das müsse aber über die Länder vorbereitet werden, damit ein «Lagerwechsel» nicht zum riskanten Manöver werde. Hier korrigierte Volker Ratzmann, Fraktionsvorsitzender der Berliner Grünen: Eine Koalition mit der Union sei nicht sinnvoll als «Lagerwechsel» interpretiert. So wie die SPD bei Koalitionsbildungen ihre Verortung in der linken Mitte nicht aufgeben, könnten auch die Grünen unter bestimmten Voraussetzungen als «linkes Projekt» über die Lagergrenzen weg mit der Union koalieren. Entscheidend sei, ob man sich auf konkrete Aufgaben einigen könne – und ob sich beide Partner genügend Raum für die politische Profilierung in einer Koalition ließen.

## Transformation des Politischen durch Gender Mainstreaming? Eine kritische Revision aus frauenpolitischer Sicht

Schriften der Grünen Akademie Band 8  
Berlin 2007, 64 Seiten  
ISBN 978-3-927760-65-3

# Green Campus – Weiterbildung, Politik, Management

Unter dem Dach von GreenCampus vereinen sich die Weiterbildungsangebote der Heinrich-Böll-Stiftung und ihrer Landesstiftungen. GreenCampus bietet Qualifizierung, Wissen und Beratung für Einzelpersonen, Organisationen und Unternehmen an und leistet damit einen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Kompetenzen, die für die politische Arbeit und gesellschaftliche Partizipation notwendig sind. Dabei legt GreenCampus Wert auf ein gelungenes Zusammenspiel aus Theorie und praxisnaher Aufbereitung und schlägt so die Brücke vom «Wissen zum Handeln».

## Professionell im Politikalltag

Seit Anfang 2007 ist GreenCampus mit einem breiten Angebot an Weiterbildungsformaten auf dem Markt. Mit einem Netzwerk an professionellen Trainerinnen und Trainern vermittelt GreenCampus Profis und Einsteigern gleichermaßen das Handwerkszeug für ihre individuellen Herausforderungen. Kernbereiche der Angebote sind Politikmanagement, Gender, Diversity und Nachhaltigkeit.

Zusammen mit den Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung entwickelte GreenCampus im Jahr 2007 das «Politikmanagement-Zertifikat». Es ist vor allem für politisch Engagierte interessant, die sich umfassend qualifizieren und ihre Fähigkeiten weiterentwickeln wollen. Aktuell gibt es über 20 thematisch und methodisch aufeinander abgestimmte Module aus den Bereichen Kommunikation, Organisation und Gender, die sich entsprechend der persönlichen Interessen und des individuellen Qualifizierungsbedarfs kombinieren lassen. So können beispielsweise Seminare zu erfolgreicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, zu Projekt- und Zeitmanagement oder auch Argumentations- und Gender-Trainings besucht werden. Die Seminare können auch unabhängig vom Weiterbildungszertifikat gebucht werden.

GreenCampus bietet sowohl Einzelpersonen als auch Organisationen passgenaue Bestellseminare an. Sie garantieren einen optimalen Zuschnitt auf die Bedürfnisse des Kunden und machen Weiterbildung zu einer maßgeschneiderten Dienstleistung. Inhaltlich reichen die Workshops von Kampagnen- und Medientrainings, Lobbying, Diversity Management bis hin zu Gesprächsführung in der Mitgliederwerbung.

Seit dem Start von GreenCampus fanden bereits zahlreiche Workshops für Fraktionen, Landesverbände, den Bundesverband der Grünen, Parteien im europäischen Ausland, aber auch für Wirtschaftsverbände, beispielsweise aus dem Bereich Erneuerbare Energien, statt.

Ab 2008 wird GreenCampus in Zusammenarbeit mit dem Green European Institute auch Capacity-Building-Programme im europäischen Ausland durchführen.

## Einige Stimmen zu GreenCampus:

«Das Coaching von GreenCampus vermittelte uns ein tiefes Verständnis für unsere bevorstehende Arbeit im Parlament.» (Dr. Katerina Jacques, Mitglied im tschechischen Parlament)

«Absolut praxisbezogenes Seminar mit Übungsteilen die Aha-Erlebnisse auslösen. Sehr zu empfehlen für alle, die politisch agieren.» (Dr. Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes Windenergie BWE)

«Auch als erfahrene Politikerin habe ich gute Erkenntnisse zur Gestaltung des Direktwahlkampfes bekommen. Die Mischung zwischen praxisnaher Aufbereitung und Theorie stimmt.» (Kordula Schulz-Asche, Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Hessen)



Christian Neuner-Duttenhofer  
Leiter von GreenCampus

Das gesamte Programm unter  
[www.greencampus.de](http://www.greencampus.de)

# Archiv Grünes Gedächtnis

Das Archiv Grünes Gedächtnis dient der historischen Überlieferung der Partei Bündnis 90/Die Grünen und sammelt die Quellen zur Geschichte der Neuen Sozialen Bewegungen. Es ist das Gedächtnis der Partei und zugleich der Ort, an dem Transparenz hergestellt wird. Alle im Archiv gesammelten Unterlagen werden unter Berücksichtigung der notwendigen Schutzregeln der interessierten Öffentlichkeit und der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung gestellt.



11. Mai 1983, Alexanderplatz in Ostberlin. Petra Kelly, Lukas Beckmann und einige andere Grüne entrollen ein Transparent mit der Forderung nach Abrüstung in Ost wie West.

**Erschließungsarbeiten.** Anlässlich Petra Kellys 60. Geburtstag im November 2007 veröffentlichte die Heinrich-Böll-Stiftung den Bildband «Petra Kelly. Eine Erinnerung». Für die Publikation sichtete und erschloss das Archiv umfangreiche Dokumente und Fotografien. Darüber hinaus verzeichnete es die ausgehende Korrespondenz des Bundestagsbüros von Petra K. Kelly und ihre Arbeitsmaterialien, die wichtige Aufschlüsse über die internationalen Netzwerke der Anti-Atom- und Friedensbewegung ermöglichen, sowie einen Teilbestand an Dokumenten, der ihr politisches Engagement in der Friedensbewegung in den siebziger Jahren widerspiegelt.

Bearbeitet wurden zudem die Archivbestände der Bundestagsabgeordneten Monika Knoche und Rita Griebhaber. Mit der Erschließung der Akten der Arbeitskreise I (Wirtschaft, Finanzen, Bildung und Wissenschaft, Forschung und Technologie, Telekommunikation, Tourismus) und II (Umwelt, Raumordnung und Verkehr) fand auch die Bearbeitung der Archivalien der Bundestagsfraktion von 1994 bis 1998 eine Fortsetzung.

**Archivbibliothek.** Seit 2006 kann die Zeitschriftensammlung des Archivs in der Datenbank der Staatsbibliothek Berlin online recherchiert werden. Im vergangenen Jahr hat das Archiv einen eigenen Online-Katalog gestartet. Bis zum Jahresende konnten dort ca. 10.000 Titel, das ist etwa die Hälfte des gesamten Bibliotheksbestands, recherchiert werden. Hierfür bearbeitete das Archiv im Jahr 2007 ca. 5.000 Datensätze. Diese Arbeit wird in den kommenden Jahren fortgesetzt.

**Archivnutzung.** Die Zahl derer, die im Jahr 2007 Einsicht in die archivierten Unterlagen genommen haben, ist im Vergleich zum Vorjahr um ca. 10 Prozent gestiegen. Rund die Hälfte davon waren Doktorandinnen und Doktoranden – wir dürfen auf die wissenschaftlichen Ergebnisse einer neuen Generation von Grünen-Forscherinnen und -Forschern gespannt sein.

**Veranstaltungen.** Große Resonanz fand der 3. Workshop der Reihe «Archive von unten» zum Thema «Bewegungsarchive im elektronischen Zeitalter». Weitere Veranstaltungen des Archivs waren ein Workshop zur archivischen Behandlung von Zeitzeugeninterviews und ein Filmabend zu frauenpolitischen Wahlkampfsots mit der Filmemacherin Helke Sander.

**Jahrbuch «Grünes Gedächtnis 2008».** Petra Kelly war anlässlich ihres runden Geburtstages auch ein Schwerpunkt der zweiten Ausgabe des Jahrbuchs des Archivs. Der Aufsatz «Petra Kelly: The Other Green» der amerikanischen Politikwissenschaftlerin Ruth Bevan befasst sich mit der politischen Theorie Kellys.

Der zweite Forschungsbeitrag ist eine Zusammenfassung einer Doktorarbeit von Andrea Humphreys, die das Archiv zweimal, aus Australien kommend, für ihre Studien aufgesucht hat. Sie untersucht anhand der Geißler-Fischer-Debatte um die Verantwortung für Auschwitz im Sommer 1983 die Berufung auf die Geschichte, insbesondere die des Nationalsozialismus und des Holocaust. Neben historisch-politischen Beiträgen bietet das Jahrbuch historische Dokumente, stellt einzelne Archivierungsprojekte vor und neue Literatur von und über die Grünen.



Grünes Gedächtnis 2008  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Berlin 2007, 112 Seiten  
ISBN 978-3-927760-76-9

# Aus der Stiftung

## Grundsteinlegung des neuen Stiftungshauses

Anfang Juli 2007 wurde die Kellerplatte des neuen Stiftungshauses installiert, Anlass für ein kleines Fest zur symbolischen Grundsteinlegung. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, gaben dem Bau ihre Wünsche mit ins Fundament, ebenso der Schweizer Architekt Piet Eckert. «Wir vergessen nicht, wem wir die Möglichkeit zu verdanken haben, ein eigenes Gebäude zu errichten: dem Deutschen Bundestag, der uns dafür Haushaltsmittel zu Verfügung gestellt hat, und den Steuerzahlern, die diese Mittel aufbringen», so der Vorstand. «Wir begreifen das als Verpflichtung, nicht nur sparsam und effektiv mit diesen Mitteln umzugehen, sondern der Gesellschaft einen möglichst großen Gegenwert zurückzugeben – interessante Angebote der politischen Bildung, spannende Veranstaltungen, lesenswerte Publikationen, vorwärtsweisende Studien und ein Weiterbildungsangebot für alle politisch Interessierten.» Das neue Haus soll Weltoffenheit, Transparenz und Umweltfreundlichkeit ausstrahlen – Werte, für die auch die Stiftung steht. Und nicht zuletzt soll es den Mitarbeitenden bessere Arbeitsmöglichkeiten bieten.



Vorstand und Geschäftsführung mit Frank Sprenger von der Firma Kirchner bei der Grundsteinlegung am 9. Juli 2007

## Wettbewerb «Kunst am Bau»

Acht renommierte Künstlerinnen und Künstler beteiligten sich an dem Wettbewerb «Kunst am Bau», zu dem die Heinrich-Böll-Stiftung eingeladen hatte. Für die künstlerische Gestaltung des Neubaus wurden 50.000 Euro ausgelobt. Als Gewinner ging der Berliner Künstler Via Lewandowsky hervor. In der Begründung der Jury heißt es: «Lewandowskys grüner Treppenläufer mit der fotografischen Applikation der Luftaufnahme einer Schafherde setzt ein starkes ästhetisches Zeichen. Die sich bewegende Herde wird je nach Standpunkt zu einem neuen Motiv. Das Kunstwerk korrespondiert mit dem Gebäude und verwandelt die Treppe in einen Ort mit eigener ästhetischer und kommunikativer Qualität. Die Herde steht als Metapher für die Verantwortung Einzelner in der Gruppe. Veränderung und Impulse gehen oft gerade von jenen aus, die der Herde ein Bewusstsein für andere Richtungen vermitteln. Das Bildmotiv bricht sich ironisch mit dem Zweck einer politischen Stiftung, deren Aufgabe es ist, politische Bildung zu betreiben und damit meinungsbildend zu wirken.» Lewandowskys Installation «Treppenläufer» wird die 11 m breite Treppe zur Beletage im Eingangsbereich im neuen Stiftungshaus der Heinrich-Böll-Stiftung auskleiden. Mit der Eröffnung des Stiftungshauses wird sie öffentlich zugänglich sein.

## 20 Jahre Heinrich-Böll-Stiftung

Am 18. November 1987 versammelten sich rund 400 Personen aus dem grün-alternativen und christlichen Spektrum im Saal der Kölner Flora-Terrassen, um eine gemeinnützige Stiftung ins Leben zu rufen. René Böll, der Sohn des Nobelpreisträgers, formulierte damals als erster Redner die Ziele der Stiftung, deren Vorstand er dann angehörte: Die Stiftung solle das politische und gesellschaftliche Wirken seines Vaters fortsetzen, Freiräume für politisch Andersdenkende schaffen, Projekte in der Dritten Welt unterstützen und möglichst auch «eigene Utopien» entwickeln. In den Vorstand wurden damals neben René Böll u. a. auch die Theologin Dorothee Sölle, der Vorsitzende des Zentralrats der Sinti und Roma, Romani Rose, und der Zukunftsforscher Robert Jungk gewählt. Mittlerweile sind 20 Jahre vergangen. Die Stiftung – längst als parteinahe Stiftung der Grünen anerkannt – ist seither enorm gewachsen, nicht nur was die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Projekte und Auslandsbüros betrifft; auch die inhaltliche Agenda hat sich kontinuierlich erweitert. Die Stiftung ist zu einem Faktor im öffentlichen, politischen und kulturellen Leben der Republik geworden. Im November 2007 feierte die Heinrich-Böll-Stiftung ihr 20-jähriges Gründungsjubiläum im kleinen Rahmen auf ihrer Mitgliederversammlung.

Die heutige Heinrich-Böll-Stiftung ist 1997 aus dem Stiftungsverband Regenbogen hervorgegangen, der Dachverband der drei grünen Stiftungen Buntstift (Göttingen), Frauen-Anstiftung (Hamburg) und Heinrich-Böll-Stiftung (Köln) war.

# Finanzen und Personal

Das Management eines Betriebs oder einer Institution wird vielfach gleichgesetzt mit der Position des Managers. Weil es unter Managern schwarze Schafe gibt, ist auch Management gründlich in Verruf geraten. Ein Imagewechsel tut not. Daher fragen sich globale Wirtschaftsunternehmen heute, was sie von Non-Profit-Unternehmen lernen können, die selbst bei Erfolg lange Zeit als veraltet galten, weil sie moderne Managementmethoden oder ihren «Return on Investment» (ROI) nicht verinnerlicht hatten. Vorbildcharakter hat vor allem der Kanon an Werten und Grundüberzeugungen, von denen sich Non-Profit-Unternehmen leiten lassen – soziale Verantwortung leben bedeutet immer noch etwas anderes als markenbezogene Corporate Social Responsibility.

Mit unserer Weiterbildungsakademie GreenCampus, die seit dem letzten Jahr wertebasierte Beratung, Fortbildung und Qualifikation für NGOs sowie Politikerinnen und Politiker bereithält, bieten wir auch Wirtschaftsunternehmen einen Quereinstieg zu Strategiebildung und innovative Denkanstöße an.

Ab Juli 2008 wird die Heinrich-Böll-Stiftung in ihrem neuen Haus in der Schumannstraße, vis-à-vis dem Deutschen Theater, Quartier beziehen. Mit der Beletage, dem Konferenz- und Tagungszentrum, verbessern sich die Bedingungen für unsere politische Bildungsarbeit um ein Vielfaches. Das Gebäude wird zentrale Grundwerte der Stiftung wie Nachhaltigkeit, Transparenz und demokratische Kultur vorbildlich umsetzen.

Mit einem Primärenergieverbrauch von 55.7 [kWh/qmNGF,a] liegt der Energieverbrauch weit unter den Werten selbst modernster Bürogebäude. Trotz des hohen Glasanteils an der Fassade, der zugleich Helligkeit und Modernität des Stiftungshauses prägt, sind Gebäudehülle, Baumaterialien und Gebäudetechnik so optimal aufeinander abgestimmt, dass eine ausgezeichnete Energiebilanz realisiert werden kann. Auch das thermodynamisch wirksame Lüftungskonzept in den Büroetagen, bei dem die natürliche Luftzirkulation über das Dach des Atriums und den Flur hoch effizient ausgenutzt werden, ist eine kluge und ungewöhnliche Lösung im energiebewussten Bauen. Gleichzeitig hat die Stiftung großen Wert auf ein gesundes und behagliches Arbeitsumfeld gelegt.

Öffentlicher Raum ist immer auch Raum für Kunst. Als Sieger des Wettbewerbs «Kunst am Bau» ging der Berliner Künstler Via Lewandowsky hervor. Er überzeugte die Jury mit seiner Installation «Treppenläufer», einer künstlerischen Gestaltung des breiten Treppenaufgangs zum Konferenzzentrum.



Dr. Birgit Laubach, Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Mitgliederversammlung der Heinrich-Böll-Stiftung besteht aus 49 Mitgliedern. Ihr gehörten zum Stichtag 31.12.2007 vier Abgeordnete der grünen Bundestagsfraktion und zwei Funktionsträger der Partei Bündnis 90/Die Grünen an. Im zweiköpfigen Vorstand der Stiftung ist kein Funktionsträger von Partei oder einer Fraktion; in den aus neun Personen bestehenden Aufsichtsrat wurde ein Funktionsträger und eine Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen gewählt.

## Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Heinrich-Böll-Stiftung e. V. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2006 bis zum 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands des Vereins.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht über-

wiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat mit Ausnahme der folgenden Einschränkung zu keinen Einwendungen geführt:

Vermögensgegenstände und Schulden der rechtlich unselbständigen Auslandsbüros des Heinrich-Böll-Stiftung e.V. werden nicht bilanziert.

Mit dieser Einschränkung entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Mit der genannten Einschränkung steht der Lagebericht in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 10. September 2007

PricewaterhouseCoopers  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

### Vorläufige Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007

	Lfd. Jahr (2008) Planzahlen	Berichtsjahr (2007) Vorläufige Zahlen	Vorjahr (2006) Testierte Zahlen
Erträge Globalmittelhaushalt *	14.192.000	12.820.792	12.936.322
Erträge anderer Zuwendungsbereiche ** davon Zuwendungen für das Bauvorhaben: 4.865.490 Euro (Vj. 3.260.582 Euro)	27.986.000	28.855.794	26.079.351
Erträge Auflösung des Sonderpostens	350.000	311.910	358.164
<b>Summe der Erträge</b>	<b>42.528.000</b>	<b>41.988.496</b>	<b>39.373.837</b>
Personalaufwand	7.600.000	7.155.252	7.031.983
Abschreibungen	350.000	311.910	356.643
Sächliche Verwaltungskosten ***	2.355.000	2.253.736	2.409.324
Investitionen davon Investitionen in das Bauvorhaben: 4.865.490 Euro (Vj. 3.260.282 Euro)	2.316.000	5.001.468	3.481.593
Fachausgaben bezogen auf die Globalmittel des BVA	1.438.000	1.212.031	1.288.289
Weiterleitung von Zuwendungen aus dem Globalmittelhaushalt	2.094.000	2.063.797	1.987.237
Fachausgaben bezogen auf die anderen Zuwendungen	8.106.000	6.473.709	5.534.732
Weiterleitung von BMZ-Projektmitteln	18.269.000	17.516.593	17.284.036
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>42.528.000</b>	<b>41.988.496</b>	<b>39.373.836</b>
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
Vereinerträge	100.000	90.667	72.523
Vereinaufwendungen	70.000	66.292	57.612
Abschreibungen auf die Betriebs- und Geschäftsausstattung des Vereins	-	102	434
<b>Vereinergebnis</b>	<b>30.000</b>	<b>24.273</b>	<b>14.477</b>
<b>Jahresfehlbetrag/Überschuss</b>	<b>30.000</b>	<b>24.273</b>	<b>14.477</b>

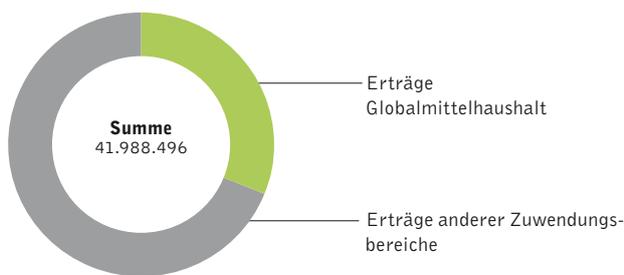
\* enthält die Erträge aus Globalmitteln des BVA, Verwaltungskostenzuschüssen anderer Zuwendungsgeber und die sonst. Einnahmen

\*\* enthält Projektmittel des BMZ, des AA, der EU sowie die Mittel für die Studienförderung des BMBF und AA

\*\*\* einschl. der Rückstellungen für Risiken

BMI: Bundesministerium des Inneren ■ BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ■ AA: Auswärtiges Amt ■ BMBF: Bundesministerium für Bildung und Forschung ■ BVA: Bundesverwaltungsamt

#### Erträge 2007



#### Aufwendungen 2007



Die Heinrich-Böll-Stiftung e.V. finanziert sich fast ausschließlich aus öffentlichen Zuwendungen. Im Berichtsjahr 2007 haben sich die Erträge ohne Baumittel gegenüber dem Vorjahr geringfügig um rd. 1 Mio. Euro (entspricht 3 Prozent) auf 37,1 Mio. Euro erhöht. Der Zuwachs kam insbesondere der Studienförderung und der internationalen Tätigkeit der Stiftung zugute. Gewachsen sind auch die Mittel, die bei der EU akquiriert worden sind (um 379 T Euro auf 1.076 T Euro).

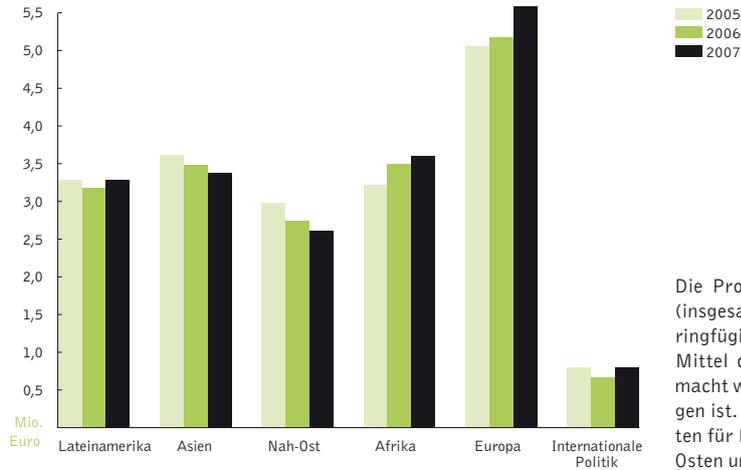
Auf der Ausgabenseite zeigt sich, dass das moderate, mittelfristig angelegte Sparprogramm der Stiftung weiterhin Früchte trägt. Während die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig gestiegen sind, sind die Sachausgaben vor allem wegen des Wegfalls einmaliger Belastungen um rd. 150 T Euro gesunken. In den Neubau des Stiftungshauses, das Mitte 2008 fertig gestellt sein wird, konnten 4,9 Mio. Euro investiert werden (3,3 Mio. Euro in den Vorjahren).

Dem Vereinsvermögen konnte erneut ein kleiner Überschuss (rd. 24 T Euro) zugeführt werden. Das Vereinsvermögen stellt aber weiterhin nur einen geringfügigen Anteil von etwa 0,9 Prozent am Gesamtvermögen dar. Die weitere Tätigkeit der Stiftung auf dem aktuellen Niveau ist durch eine mittelfristige Finanzzusage seitens des Zuwendungsgebers gesichert. Die Stiftung verfügte im Jahr 2007 immer über eine ausreichende Liquidität.

**Vorläufige Bilanz zum 31. Dezember 2007**

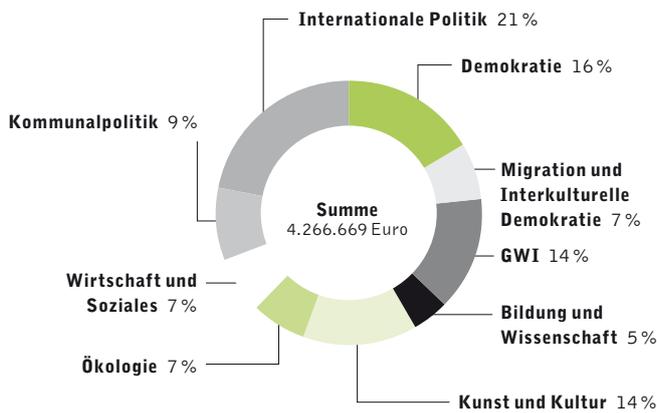
<b>Aktiva</b>	<b>Berichtsjahr 2007</b>	<b>Vorjahr 2006</b>
<b>Anlagevermögen</b>		
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten, zuwendungsfinanziert	53.670	49.268
geleistete Anzahlungen, zuwendungsfinanziert	–	–
<b>Sachanlagen</b>		
Grundstücke, einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken, zuwendungsfinanziert	3.864.784	3.947.958
Betriebs- und Geschäftsausstattung, zuwendungsfinanziert	369.879	463.049
Betriebs- und Geschäftsausstattung, Verein	2	103
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau, zuwendungsfinanziert	5.948.052	1.032.261
<b>Finanzanlagen</b>		
Kautionen	1.450	1.418
<b>Umlaufvermögen</b>		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	666.431	723.064
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	3.220.499	2.227.659
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
	364.884	197.468
<b>Summe</b>	<b>14.489.651</b>	<b>8.642.248</b>
<b>Passiva</b>		
<b>Vereinsvermögen</b>		
Rücklagen	101.591	101.591
Jahresergebnis	24.273	–
<b>Sonderposten aus Zuwendungen</b>		
Sonderposten aus Zuwendungen zum Anlagevermögen	10.098.550	5.323.048
Sonderposten aus Zuwendungen zu Kautionen	1.450	1.418
<b>Rückstellungen</b>		
Steuerrückstellungen	20.100	21.990
Sonstige Rückstellungen	516.900	384.200
<b>Verbindlichkeiten</b>		
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber Projektpartnern	290.482	465.508
aus BMZ-Mitteln	5.000	1.511
aus AA-Mitteln	43	–
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Zuwendungsgebern</b>		
gegenüber der EU	50	9.920
gegenüber dem BMZ	29.109	60.273
gegenüber dem AA	–	2.660
gegenüber dem BVA	–	–
Sonstige Verbindlichkeiten	106.044	143.289
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>		
gegenüber der EU	331.767	656.911
gegenüber dem BVA	2.901.970	530.722
gegenüber dem BMZ	884	–
gegenüber dem BMBF	39.082	914.592
gegenüber sonstigen	22.356	24.615
<b>Summe</b>	<b>14.489.651</b>	<b>8.642.248</b>

### Internationale Zusammenarbeit 2007



Die Projektmittel für die Aufgaben der internationalen Zusammenarbeit (insgesamt 19,4 Mio Euro) sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr geringfügig gestiegen (0,55 Mio. Euro oder rd. 3 Prozent). Die Kürzung der Mittel des Auswärtigen Amtes im Vorjahr konnte wieder rückgängig gemacht werden, so dass das Volumen hier wieder auf 1,1 Mio. Euro angestiegen ist. Die akquirierten Mittel der Europäischen Union (771 T Euro) konnten für Projekte in Europa, Afrika, Lateinamerika, im Nahen und Mittleren Osten und im Kaukasus eingesetzt werden.

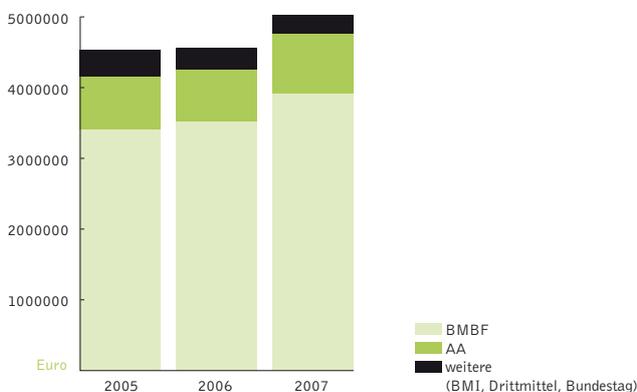
### Fachmittel 2007



Für die politische Bildungsarbeit im Inland hat die Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2007 rund 1,2 Mio. Euro an Fachmitteln verausgabt. Der Großteil davon, ca. 75 Prozent, fließen in Veranstaltungen und Projekte. Die prozentuale Verteilung der Mittel auf die Themen ist aus der Grafik ersichtlich. Außerdem werden Fachmittel für Projekte der Weiterbildungsakademie Green-Campus und der Grünen Akademie sowie für Publikationen verausgabt.

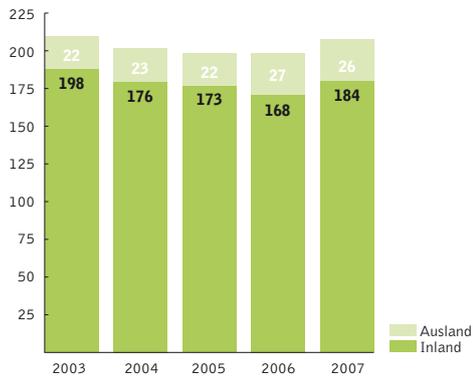
2,1 Mio. Euro leitete die Stiftung im Jahr 2007 für die regionale politische Bildungsarbeit an die Landesstiftungen weiter.

### Stipendienmittel nach Mittelgebern



Der politische Einsatz für Nachwuchsförderung hat sich gelohnt: Seit 2005 sind die Stipendienmittel um 12 Prozent angestiegen. Im Jahr 2007 konnte die Heinrich-Böll-Stiftung insgesamt 326 deutsche und internationale Studierende und Promovierende neu fördern. Unser Studienwerk erhält dafür Zuwendungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und vom Auswärtigen Amt (AA) sowie von der Britta-Lohan-Gedächtnisstiftung. Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung an dem Internationalen Parlaments-Stipendien-Programm des Deutschen Bundestages und führt selbst ein ambitioniertes Begleitprogramm für die Stipendiatinnen und Stipendiaten durch.

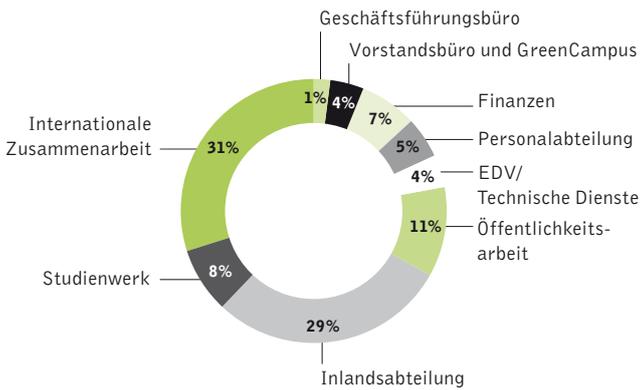
### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Heinrich-Böll-Stiftung



Die Heinrich-Böll-Stiftung hat derzeit 184 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hinzukommen 26 ins Ausland entsandte Beschäftigte.

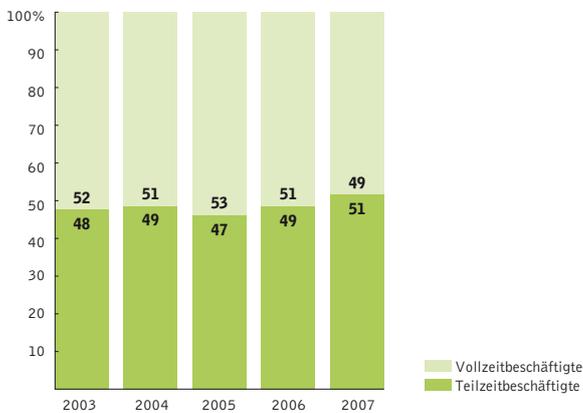
Engagement, Erfahrung und Kompetenzen der Mitarbeitenden sind für den Erfolg der Stiftung entscheidend. Neben der Personalauswahl legt die Stiftung größten Wert auf attraktive Arbeitsbedingungen. Dazu zählen die ausdrückliche Unterstützung von Work-Life-Balance, die Erweiterung von Gestaltungsspielräumen sowohl für eigenständiges Arbeiten als auch für partizipative Arbeitsformen und eine offene Diskussionskultur.

### Verteilung der Personalkosten



72 Prozent der Personalkosten fließen in die fachliche Arbeit (Fachabteilungen Inland, Internationale Zusammenarbeit, Studienwerk, Vorstandsbüro und GreenCampus). 11 Prozent stehen für die Umsetzung von Projekten der Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung, dazu gehören Publikationen, der Internetauftritt der Stiftung sowie die Veranstaltungsbetreuung. Die Managementabteilungen Personal, Finanzen und EDV sowie der Geschäftsführungsbereich nehmen 17 Prozent der Personalkosten in Anspruch.

### Work-Life-Balance

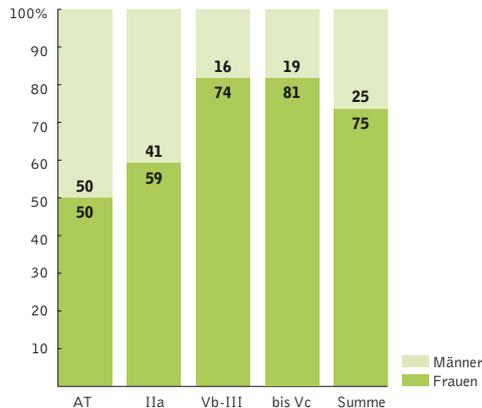


Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Heinrich-Böll-Stiftung selbstverständlicher Bestandteil der Personalpolitik. Die Stiftung verfügt über ein flexibles Arbeitszeitsystem, das den Mitarbeitenden weitreichende Spielräume in der Gestaltung ihrer Arbeitszeit lässt. In Abstimmung mit den betrieblichen Belangen kann auch von zu Hause aus gearbeitet werden – 30 Telearbeitsplätze standen im Jahr 2007 zur Verfügung.

51 Prozent der Beschäftigten arbeiten Teilzeit. Für größere private Vorhaben, wie zum Beispiel längere Auslandsreisen oder eigene Buchprojekte, besteht die Möglichkeit, sich beurlauben zu lassen bzw. ein Sabbatical zu nehmen.

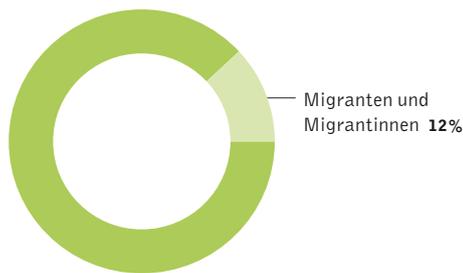
Die Heinrich-Böll-Stiftung führt seit 2007 ein Gesundheitsprojekt durch, um u.a. Gesundheitsgefährdungen in der Stiftung zu ermitteln. Darüber hinaus werden Kurse in Yoga, Qi Gong und Atemarbeit angeboten.

### Anteil der Frauen und Männer in den Tarifgruppen in Prozent



Die Gemeinschaftsaufgabe «Geschlechterdemokratie» ist per Satzung für alle Arbeitsfelder der Stiftung festgeschrieben und wird auch in der Personalpolitik verwirklicht. So sind Frauen mit 50 Prozent im außertariflichen Bereich und mit 60 Prozent in den mittleren Führungspositionen deutlich stärker vertreten als in vergleichbaren Organisationen. Gleiches gilt für die Auslandsbüros.

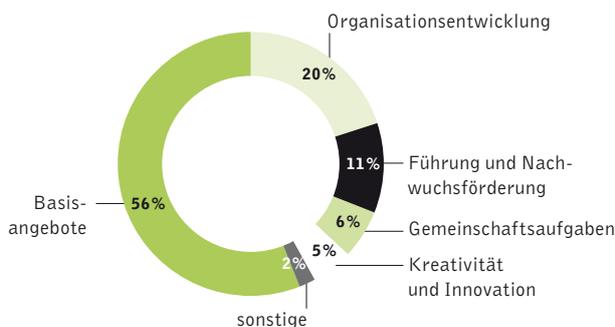
### Anteil von Migrantinnen und Migranten in Prozent



Anfang 2007 hat die Heinrich-Böll-Stiftung die Charta der Vielfalt unterzeichnet. Damit hat sie sich unter anderem verpflichtet, die Vielfalt der Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Stiftung wertzuschätzen, einen respektvollen Umgang miteinander zu pflegen sowie eine Personalpolitik zu verfolgen, die die vielfältigen Talente der Beschäftigten fördert.

12 Prozent der bei der Heinrich-Böll-Stiftung Beschäftigten sind Migrantinnen und Migranten, bei den ins Ausland entsandten Beschäftigten sind es 23 Prozent. Die Stiftung hat damit ihre in der Satzung verankerte Zielvorgabe von mindestens 10 Prozent erfolgreich umgesetzt.

### Personalentwicklung



Zur Umsetzung ihrer Ziele beschäftigt die Heinrich-Böll-Stiftung hoch qualifizierte und engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie setzt dabei auf die Vielfalt ihrer Beschäftigten, d.h. auf unterschiedliche Erfahrungen und Fähigkeiten, sei es in Bezug auf Ausbildung oder Berufs- und Lebenserfahrung.

Zur Weiterbildung bietet die Stiftung Fortbildungen auf verschiedenen Ebenen an:

- Basisqualifikationen, die Grundlage für den jeweiligen Arbeitsplatz sind, u.a. EDV-Schulungen, Zuwendungsrecht und Fremdsprachenkenntnisse.
- Organisationsmanagement, dazu gehört u.a. Projekt- und Qualitätsmanagement sowie Teamentwicklung.
- Führung und Nachwuchsförderung, um Führungskompetenzen zu fördern und Mitarbeitende auf Führungspositionen vorzubereiten.
- Veranstaltungen und Trainings zur Wahrnehmung der Gemeinschaftsaufgaben «Geschlechterdemokratie» und «Migration/Interkulturelle Demokratie».
- Förderung von Kreativität und Innovation, um die politische Bildungsarbeit kontinuierlich weiterzuentwickeln.

# Gremien

Stand: März 2008

**Mitgliederversammlung** Dr. Katajun Amirpur, Hartmut Bäumer, Klaus Baumgärtner, Lukas Beckmann, Birgitt Bender, Dr. Maritta Bieberstein von Koch-Weser, Franziska Branter, Kajo Breuer, Volker Bulla, Gisela Erler, Prof. Dr. Rainer Forst, Ulrike Gauderer, Prof. Ines Geipel, Prof. Dr. Joachim Gessinger, Jürgen Gneiting, Martin Grimm, Dr. Gasan Gusejnov, Anja Hajduk, Britta Haßelmann, Michael Henke, Christiane Howe, Mechtild M. Jansen, Dr. Christa Karras, Ute Koczy, Dr. Hermann Kuhn, Undine Kurth, Joost Lagendijk, Steffi Lemke, Prof. Dr. Dirk Messner, Dr. Matias Mieth, Brigitte Moritz, Edith Müller, Klaus Müller, Özcan Mutlu, Prof. Dr. Ursula Neumann, Astrid Rothe-Beinlich, Jürgen Suhr, Dirk Scheelje, Stefanie Schiffer, M. Max Schön, Michaele Schreyer, Michael Schwandt, Kristina Steenbock, Dr. Ellen Ueberschär, Dr. Elisabeth von Thadden, Alena Wagnerova-Köhler, Henriette Wägerle, Virginia Wangare Greiner, Dr. Yfaat Weiss

**Aufsichtsrat** Barbara Assheuer, Reinhard Bütikofer, Jürgen Gneiting, Anja Hajduk, Christiane Howe, Edith Müller, Dr. Andreas Poltermann, Michaele Schreyer, Kristina Steenbock,

**Frauenrat** Maren Bock, Gülay Caglar, Dr. Andrea Ferber, Ulrike Gauderer, Judy Gummich, Prof. Dr. Birgit Meyer, Irene Reifenhäuser (Sprecherin)

**Koordinationsgremium des Freundeskreises** Mechtild M. Jansen, Helga Metzner

**Mitglieder Grüne Akademie** Prof. Dr. Gabriele Abels, Tarek Al-Wazir, Biggi Bender, PD Dr. Mechthild Bereswill, Marianne Birthler, Prof. Dr. Angelo Bolaffi, Prof. Dr. Christina von Braun, Prof. Dr. Claudia von Braunmühl, Prof. Dr. Hubertus Buchstein, Mercedes Bunz, Prof. Dr. Thomas Christaller, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Prof. Dr. Simone Dietz, Dr. Thea Dückert, Rainer Emschermann, Anke Erdmann, Prof. Dr. Rainer Forst, Ralf Fücks, Karsten Gerlof, Prof. Dr. Arnim von Gleich, Adrienne Göhler, Cristina Gómez Barrio, Prof. Dr. Stefan Gosepath, Dr. Sigrid Graumann, Prof. Dr. L. Horst Grimme, Prof. Dr. Hariolf Grupp, Melanie Haas, Rebecca Harms, Dr. Dietrich Hermann, Dr. Jeanette Hofmann, Dr. Rahel Jaeggi, Pico Jordan, Dr. Otto Kallscheuer, Bertram Keller, Sybille Knapp, Dr. Felix Kolb, Dr. Regina Kreide, PD Dr. Georg Krücken, Prof. Dr. Rainer Kuhlen, Prof. Dr. Bernd Ladwig, Dr. Susanne Lanwerd, Dr. Reinhard Loske, Dr. Willfried Maier, Christoph Meertens, Prof. Dr. Christoph Menke, Johannes Moes, Prof. Dr. Frank Nullmeier, Ralph Obermayer, Dr. Andreas Poltermann, Prof. Dr. U. K. Preuß, Prof. Dr. Lothar Probst, Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Ulrike Riedel, Manuela Rottmann, Dieter Rulff, Krista Sager, Prof. Dr. Thomas Saretzki, Prof. Dr. Birgit Sauer, Joscha Schmierer, Thomas Schramme, Dr. Christine Schwarz, Peter Siller, PD Dr. Rudolf Speth, Dr. Tine Stein, Rena Tangens, Dr. Ellen Ueberschär, Sybille Volkholz, Matthias Wagner, Prof. em. Helmut Wiesenthal

**Fachbeirat Nord-Süd** Dr. Muriel Asseburg, Prof. Dr. Marianne Braig, Dr. Achim Brunnengräber, Dr. Tobias Debiel, Ulf Engel, Sonja Grigat, Ingrid Hoven, Sebastian Kasack, Lotte Leicht, Sabine Meyer, Roger Peltzer, Dr. Shalini Randeria, Wolfgang Schmitt, Dr. Imme Scholz, Dr. Karl-Heinz Stecher

**Fachbeirat Europa/Transatlantik** Juan Behrend, Reinhard Bütikofer, Dr. Ulrike Guérot, Milan Horáček, Joost Lagendijk, Dr. Helmut Lippelt, Brigitte Luggin, Ulrike Lunaček, Ludwig Mehlhorn, Winfried Nachtwei, Susanne Nies, Marc Oliver Pahl, Stefanie Schiffer, Joscha Schmierer, Ulrich Schneckener, Jan Seifert, Jaroslav Šonka, Rainer Steenblock, Dr. Elisabeth Weber

**Fachbeirat Studienwerk** Theresia Bauer, Prof. Dr. Timm Beichelt, Prof. Dr. Dr. Michael Daxner, Kai Gehring, Ulrike Gote, Prof. Dr. Uta Klein, Prof. Dr. Gerhard Kockläuner, Prof. Dr. Hans J. Lietzmann, Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Prof. Sigrid Metz-Göckel, Dr. Peer Pasternack, Dr. Simone Schwanitz

**Stipendiatische Vertreterinnen und Vertreter** Ni Cheng, Eyüp Volkan Cidam

# Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

**Augsburg** Dr. Stefan **Böschen**, Universität Augsburg

**Bamberg** Prof. Dr. Rainer **Drewello**, Otto-Friedrich-Universität Bamberg

**Bayreuth** Dr. Erdmute **Alber**, Universität Bayreuth; Prof. Dr. Bernd **Müller-Jacquier**, Universität Bayreuth

**Berlin** PD Dr. Jörn **Ahrens**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Susanne **Baer**, LL.M., Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Anja **Bandau**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Hartmut **Böhme**, Humboldt-Universität zu Berlin; Raymond **Boy**, Filmbüro NW e.V.; Dr. Achim **Brunnengräber**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. María do Mar **Castro Varela**, Alice Salomon Fachhochschule Berlin; Dr. Sergio **Costa**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Hansjörg **Dilger**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Kerstin **Dörhöfer**, Universität der Künste Berlin; PD Dr. Angelika **Ebrecht-Laermann**, Sigmund-Freud-Institut; Dr. Norbert **Epstein\***; Prof. Dr. Trevor **Evans**, Fachhochschule Wirtschaft Berlin; Dr. Ursula **Ferdinand**, Technische Universität Berlin; Dr. Karin **Fiege**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Ursula **Flecken**, Planergemeinschaft; Prof. Dr. Barbara **Fritz**, Freie Universität Berlin; Dr. Sigrid **Haase**, Universität der Künste Berlin; Prof. Dr. Cilja **Harders**, Freie Universität Berlin; PD Dr. Susanne **Heim**, Edition Judenverfolgung; Dr. Dagmar **Heymann\***; Christian **Hochfeld**, Öko-Institut e.V.; PD Dr. Elke **Holst**, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung; Dr. Michi **Knecht**, Humboldt-Universität zu Berlin; Dr. Marianne **Kriszio**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Dorothea **Kübler**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Bernd **Ladwig**, Freie Universität Berlin; Dr. Angela **Lammert**, Akademie der Künste; Dr. Corinna **Langelotz**, Charité-Universitätsmedizin Berlin; Prof. Dr. Bernd **Lutterbeck**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Birgit **Mahnkopf**, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; Dr. Nazir **Peroz**, Technische Universität Berlin; PD Dr. Danyel **Reiche**, Freie Universität Berlin; Prof. Dr. Birgit **Rommelspacher**, Alice Salomon Fachhochschule Berlin; Dr. Rosalinde **Sartorti**, Freie Universität Berlin; Dr. Helga **Satzinger\***; Prof. Dr. Elvira **Scheich**, Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Dorothea **Schmidt**, Fachhochschule für Wirtschaft Berlin; Dr. Renate **Schubert**, Akademie der Künste; Dr. habil. Annedore **Schulze\***; Dr. Eva **Sternfeld\***; Mg. Elzbieta **Sternlicht**, Universität der Künste Berlin; Dr. Louise Helen **Stewart-Ladewig\***; Prof. Dr. Roderich **Süßmuth**, Technische Universität Berlin, Günter **Unterburger\***; Prof. Dr. Christina **von Braun**, Humboldt-Universität zu Berlin; Prof. Dr. Hans-Jürgen **Weiß**, Freie Universität Berlin; Dr. Gabriele **Wohlauf**, Deutsches Technikmuseum

**Biberach** Prof. Dr. Gotthold **Balensiefen**, Fachhochschule Biberach, Hochschule für Bauwesen und Wirtschaft

**Bielefeld** Prof. Dr. Klaus **Dammann**, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Anke **Fesenfeld**, Fachhochschule der Diakonie Bielefeld; Prof. Dr. Cornelia **Giebeler**, Fachhochschule Bielefeld; Dr. Paul **Mecheril**, Universität Bielefeld; Anina **Mischau**, Universität Bielefeld; Prof. Dr. Ursula **Müller**, Universität Bielefeld; Dr. Marlene **Müller**, Universität Bielefeld

**Bochum** PD Dr. Beate **Fieseler**, Ruhr-Universität Bochum; Prof. Dr. Ilse **Lenz**, Ruhr-Universität Bochum; Dr. Isabel **Richter\***; Prof. Dr. Lieselotte **Steinbrügge**, Ruhr-Universität Bochum

**Bonn** Prof. Dr. Andreas **Pangritz**, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität

**Braunschweig** Prof. Dr. Bettina **Wahrig**, Technische Universität Carolo-Wilhelmina Braunschweig

**Breitenbrunn** Dr. Christel **Walter**, Staatliche Studienakademie Breitenbrunn

**Bremen** Prof. Dr. Klaus **Boehnke**, Jacobs University Bremen; Prof. Dr. Juliane **Filser**, Universität Bremen; Prof. Dr. Karin **Gottschall**, Universität Bremen; Prof. Dr. Elfriede **Löchel**, Universität Bremen; Prof. Dr. Maya **Nadig**, Universität Bremen; Prof. Dr. Frank **Nullmeier**, Universität Bremen; Prof. Dr. Konstanze **Plett**, LL.M., Universität Bremen; Prof. Dr. Heinz-Peter **Preußner**, Universität Bremen; Prof. Dr. Lothar **Probst**, Universität Bremen; Dr. Cecile **Sandten**, Universität Bremen

**Brüssel** Dr. Nico **Beger\***

**Chemnitz** Prof. Dr. Günter **Voß**, Technische Universität Chemnitz

**Coburg** Prof. Dr. Gaby **Franger-Huhle**, Fachhochschule Coburg

**Cottbus** Prof. Dr. Marie-Theres **Albert**, Brandenburgische Technische Universität Cottbus; Prof. Dr. Sabine **Pickenhain**, Brandenburgische Technische Universität Cottbus

**Darmstadt** Prof. Dr. Marlies **Fröse**, Evangelische Fachhochschule Darmstadt; Prof. Dr. Beate **Krais**, Technische Universität Darmstadt; Dr. Renate **Ruhne**, Technische Universität Darmstadt

**Dortmund** Prof. Dr. Sigrid **Metz-Göckel**, Universität Dortmund

**Dresden** Prof. Dr. Udo **Becker**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Birgit **Benkhoff**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Lothar **Böhnisch**, Technische Universität Dresden; Annemarie **Müller**, M.A., Ökumenisches InformationsZentrum; Prof. Dr. Johannes **Rohbeck**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Bernhard **Schlag**, Technische Universität Dresden; Prof. Dr. Gerd **Schwerhoff**, Technische Universität Dresden; Dr. Johannes **Siemens**, Technische Universität Dresden

**Düsseldorf** Prof. Dr. Simone **Dietz**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf; Prof. Dr. Frank **Liedtke**, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

**Duisburg** Prof. Dr. Thomas **Heberer**, Universität Duisburg-Essen

**Eberswalde** Prof. Dr. Hans Peter **Benedikt**, Fachhochschule Eberswalde; Prof. Dr. Pierre **Ibisch**, Fachhochschule Eberswalde

- Erfurt** Prof. Dr. Ronald **Lutz**, Fachhochschule Erfurt; Prof. Dr. Jamal **Malik**, Universität Erfurt; Prof. Dr. Theresa **Wobbe**, Universität Erfurt
- Erlangen** Prof. Dr. Andrea **Pagni**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Prof. Dr. Christoph **Pflaum**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Dr. des. Gerd **Sebald**, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
- Essen** Dr. Lydia Dela **Apedjinou\***; Dr. Christine **Hatzky**, Universität Duisburg-Essen; Dr. Karen **Jaehrling**, Universität Duisburg-Essen; Prof. Dr. Anne **Schlüter**, Universität Duisburg-Essen
- Esslingen** Prof. Dr. Birgit **Meyer**, Hochschule Esslingen
- Flensburg** Prof. Dr. Gerd **Grözing**, Universität Flensburg; Prof. Dr. Martina **Weber**, Universität Flensburg
- Frankfurt a. M.** Prof. Dr. Ursula **Apitzsch**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Margrit **Brückner**, Fachhochschule Frankfurt am Main; Prof. Dr. Rainer **Forst**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Dr. Regina **Kreide**, Johann Wolfgang Goethe Universität; Prof. Dr. Helma **Lutz**, Johann Wolfgang Goethe Universität; Dr. Andreas **Nölke**, Johann Wolfgang Goethe-Universität; Prof. Dr. Uta **Ruppert**, Johann Wolfgang Goethe-Universität
- Frankfurt/Oder** Prof. Dr. Timm **Beichelt**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder); Janine **Nuyken**, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)
- Freiburg i. B.** Prof. Dr. Elisabeth **Cheauré**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Prof. Dr. Reinhard **Markowetz**, Katholische Fachhochschule Freiburg; Prof. Dr. Britta **Schinzel**, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau; Michael **Schlömer\***
- Gießen** Prof. Dr. Adalbert **Evers**, Justus-Liebig-Universität Gießen; Prof. Dr. Marianne **Friese**, Justus-Liebig-Universität Gießen; Renate **Niekant**, Justus-Liebig-Universität Gießen
- Göttingen** Dr. Sabine **Horn**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. med. Michael M. **Kochen**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. med. Nicolai **Miosge**, Georg-August-Universität Göttingen; Prof. Dr. Ilona **Ostner**, Georg-August-Universität Göttingen; Dr. Ulrich **Schwardmann**, Georg-August-Universität Göttingen; PD Dr. Thorsten **Unger**, Georg-August-Universität Göttingen
- Greifswald** Prof. Dr. Hubertus **Buchstein**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; PD Dr. phil. Dr. rer. med. habil. Mariacarla **Gadbusch Bondio**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald; Prof. Dr. Konrad **Ott**, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald
- Halle/Saale** Prof. Dr. Thomas **Bremer**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Dr. rer. nat. Karamba **Diaby**, Jugendwerkstatt Frohe Zukunft Halle-Saalkreis e.V.; Prof. Dr. Gesine **Foljanty-Jost**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Isabell **Hensen**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Frithjof **Meinel**, Hochschule für Kunst und Design Halle; Prof. Dr. Werner **Nell**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Thomas **Olk**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Ursula **Rabe-Kleberg**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Prof. Dr. Pia **Schmid**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Dr. Kai-Uwe **Schnapp**, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Hamburg** Prof. Dr. Beate **Binder**, Universität Hamburg; Dr. Irmtraut **Gensewich**, Universität Hamburg; Dr. Sabine **Höhler\***; Dr. Karin **Hörner**, Universität Hamburg; Trudel **Karcher**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Yolanda M. **Koller-Tejeiro**, Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg; Dr. Werner **Konitzer**, Hamburger Institut für Sozialforschung; Prof. Dr. Ullrich **Laaser**, Universität Hamburg; Prof. Dr. Ursula **Neumann**, Universität Hamburg; Dr. Bettina **Paul**, Universität Hamburg; Dr. Jan **van Aken**, Universität Hamburg; Dr. Corinna **Voigt-Kehlenbeck**, Gender Institut Hamburg/Steinkimmen/Oldenburg; Prof. Dr. Wolfram **Weiß**, Universität Hamburg
- Hannover** Susanne **Eser**, Büro für kulturelle Unvernunft. Kunst-Forschung-Wissenschaft; Prof. Dr. Gudrun-Axeli **Knapp**, Gottfried-Wilhelm-Leibniz Universität Hannover; Prof. Dr. Bettina **Oppermann**, Gottfried-Wilhelm-Leibniz Universität Hannover; Prof. Dr. Brigitte **Reinwald**, Gottfried Wilhelm Leibniz Universität Hannover; Prof. Dr. med. Carla **Rosendahl**, Evangelische Fachhochschule Hannover
- Heidelberg** Dr. Hüseyin **Aguicenoglu**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Dorothea **Fischer-Hornung**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Prof. Dr. Frauke **Gewecke**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Elsbeth **Kneuper\***; Prof. Dr. Jekatherina **Lebedewa**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg; Dr. Steffen **Sigmund**, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
- Hildesheim** Prof. Dr. Gazi **Caglar**, Fachhochschule Hildesheim/Holzwinden/Göttingen; Prof. Dr. Leonie **Wagner**, Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst, Fachhochschule Hildesheim/Holzwinden/Göttingen
- Jena** Prof. Dr. Wolfgang **Behlert**, Fachhochschule Jena; Prof. Dr. Thomas **Sauer**, Fachhochschule Jena
- Karlsruhe** Jun. Prof. Dr. Havva **Engin**, Pädagogische Hochschule Karlsruhe
- Kassel** Prof. Dr. Wolfgang **Jonas**, Universität Kassel; Dr. Ulrike **Loch**, Universität Kassel; Prof. Dr. Clarita **Müller-Plantenberg**, Universität Kassel; Prof. Dr. med. Aylâ **Neusel**, Universität Kassel; Prof. Dr. Christoph **Scherrer**, Universität Kassel; Dr. Helen **Schwenken**, Universität Kassel
- Kiel** Prof. Dr. Uta **Klein**, Fachhochschule Kiel; Prof. Dr. Gerhard **Kockläuner**, Fachhochschule Kiel
- Klagenfurt** Prof. Dr. Christina **Schachtner**, Universität Klagenfurt
- Köln** Dr. Elke **Beduhn**, Rechtsanwälte Decruppe & Kollegen; Prof. Dr. Boris **Braun**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Ursula **Bredel**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Wolf-Dietrich **Bukow**, Universität zu Köln; Prof. Dr. Cornelius **Nestler**, Universität zu Köln; Dr. Gerda **Schüler**, Universität zu Köln
- Konstanz** Prof. Dr. Rainer **Kuhlen**, Universität Konstanz
- Landau** Heide **Gieseke**, Universität Koblenz-Landau
- Leipzig** Dr. phil. Christa **Grimm**, Universität Leipzig; Dr. Regina **Metze**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Ilse **Nagelschmidt**, Universität Leipzig; Prof. Dr. Stefan **Troebst**, Universität Leipzig
- Lüneburg** Anne **Dudeck**, Universität Lüneburg; Prof. Dr. Sabine **Hofmeister**, Universität Lüneburg; Prof. Dr. Maria-Eleonora **Karsten**, Universität Lüneburg; Prof. Dr. Gerda **Lischke**, Universität Lüneburg

- Magdeburg** Prof. Dr. Gerald **Warnecke**, Otto-von-Guericke Universität Magdeburg
- Mainz** Prof. Peter **Kiefer**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Wolfgang **Riedel**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Prof. Dr. Harald **Schleicher**, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
- Mannheim** Prof. Dr. Bernhard **Ebbinghaus**, Universität Mannheim; Prof. Dr. Ernst-Ludwig **von Thadden**, Universität Mannheim
- Marburg** Prof. Dr. Susanne **Maurer**, Philipps-Universität Marburg; Dr. Sabine **Toppe**, Philipps-Universität Marburg
- Merseburg** Prof. Dr. Wolfgang **Berg**, Hochschule Merseburg
- München** Prof. Dr. Helga **Bilden\***; Prof. Dr. Constance **Engelfried**, Hochschule München; Dr. Gabriele **Hooffacker**, Journalistenakademie; Prof. Dr. Heiner **Keupp**, Ludwig-Maximilians-Universität München; Walter **Sehrer**, M.A., Münchner Projektgruppe für Sozialforschung; Prof. Dr. Carmen **Tatschmurat**, Katholische Stiftungsfachhochschule München
- Münster** Dr. Anke **Strüver**, Westfälische Wilhelms-Universität Münster
- Neubiberg** Prof. Dr. Franz **Kohout**, Universität der Bundeswehr Neubiberg
- Neuss** Angela **Wagner\***
- Nürnberg** Dr. Heidi **Hofmann**, Ev. Fachhochschule Nürnberg
- Oldenburg** Prof. Dr. Ilse **Dröge-Modelmog**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Gesa **Lindemann**, Universität Oldenburg; Prof. Dr. Bernd **Siebenhüner**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg; Prof. Dr. Silke **Wenk**, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
- Paderborn** Prof. Dr. Michael **Hofmann**, Universität Paderborn
- Passau** Prof. Dr. Siegfried **Graf**, Universität Passau; Prof. Dr. Susanne **Schröter**, Universität Passau
- Potsdam** Prof. Dr. Joachim **Gessinger**, Universität Potsdam; Prof. Dr. Erhard **Stölting**, Universität Potsdam; Prof. Dr. Kerstin **Stutterheim**, Hochschule für Film und Fernsehen «Konrad Wolf» Potsdam-Babelsberg
- Rostock** Prof. Dr. Peter A. **Berger**, Universität Rostock; Dr. Gudrun **Heinrich**, Universität Rostock; Dr. Heike **Kahlert**, Universität Rostock; Prof. Dr. Hans-Jürgen **von Wensierski**, Universität Rostock
- Saarbrücken** Prof. Dr. Holger **Buck**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Prof. Dr. Klaus **Kraimer**, Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes; Dr. Christine **Schwarz**, Institut für Sozialforschung und Sozialwirtschaft (iso) e.V.
- Stuttgart** Dr. rer. nat. Ralph O. **Schill**, Universität Stuttgart
- Trier** PD Dr. Michael **Schönhuth**, Universität Trier
- Tübingen** Prof. Dr. Gabriele **Abels**, Universität Tübingen; Prof. Dr. Regine **Gildemeister**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Prof. Dr. Thomas **Hauschild**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Prof. Dr. Barbara **Lange**, Eberhard-Karls-Universität Tübingen; Dr. Karin **Widmayer\***
- Ulm** Prof. Dr. Franziska **Lamott**, Universität Ulm
- Utrecht** Dr. Christoph **Baumgartner**, Universiteit Utrecht
- Wien** PD Dr. Cornelia **Klinger**, Institut für die Wissenschaften vom Menschen; Prof. Dr. Helmut **Lethen**, Internationales Forschungszentrum Kulturwissenschaften Wien
- Wiesbaden** Prof. Dr. Silvia **Kontos**, Fachhochschule Wiesbaden; Prof. Dr. Oja Eleonore **Ploil**, Fachhochschule Wiesbaden
- Wilhelmshafen** Dr. Michaela **Kuhnhenne**, Fachhochschule Ostfriesland/Oldenburg/Wilhelmshafen
- Wismar** Prof. Dr. Jost **Kramer**, Hochschule Wismar, University of Technology, Business and Design
- Witten** Prof. Dr. Martin **Schnell**, Private Universität Witten/Herdecke
- Wuppertal** Prof. Dr. Hans J. **Lietzmann**, Bergische Universität Wuppertal; Dr. Gertrud **Oelerich**, Bergische Universität Wuppertal

\* keine Hochschulangaben

## Mitglieder der Auswahlkommission des Studienwerks der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Doris Bachmann-Medick ■ Prof. Dr. Anja Bandau ■ Prof. Dr. Christine Bauhardt ■ Prof. Dr. Timm Beichelt ■ Prof. Dr. Klaus Boehnke ■ Paula Bradish ■ Prof. Dr. Margrit Brückner ■ Dr. Ralph Bürk ■ Prof. Dr. María do Mar Castro Varela ■ Dr. Christian Chua ■ Dr. Karamba Diaby ■ Prof. Dr. Hansjörg Dilger ■ Sandra Dümer ■ Prof. Dr. Christel Eckart ■ Dr. Waltraud Ernst ■ Prof. Dr. Albert Evers ■ Prof. Dr. Anke Fesenfeld ■ Prof. Dr. Juliane Filser ■ Dr. Gernot Folkers ■ Prof. Dr. Birgit Geissler ■ Prof. Dr. Joachim Gessinger ■ Prof. Dr. Gerd Grözinger ■ Dr. Ines Hartwig ■ Hannah Hempell ■ Prof. Dr. Sabine Hofmeister ■ PD Dr. Markus Höffer-Mehlmer ■ Dr. Gisela Holfter ■ Dr. Elke Holst ■ Dr. Gabriele Hooffacker ■ Michael Jainzik ■ Dr. Uta Klein ■ Prof. Dr. Claudia Kraft ■ Prof. Dr. Dorothea Kübler ■ Dr. Carmen Leicht-Scholten ■ Dr. Hans-Albert Lennartz ■ Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl ■ Dr. Alexandra Lübcke ■ PD Dr. Margreth Lünenborg ■ Prof. Dr. Paul Mecheril ■ Christoph Meertens ■ Dr. Willfried Maier ■ Dr. Birgit Möller ■ Janine Nuyken ■ Prof. Dr. Bettina Oppermann ■ Prof. Dr. Wolfgang Riedel ■ Prof. Dr. Uta Ruppert ■ Prof. Dr. Christoph Scherrer ■ Prof. Dr. Joachim Schulze ■ Dr. Christine Schwarz ■ Edda Stelck ■ Prof. Dr. Kerstin Stutterheim ■ Dr. Ulrike Stutz ■ Prof. Dr. Caja Thimm ■ Prof. Dr. Stefan Troebst ■ Prof. Dr. Hans-Jürgen von Wensierski ■ PD Dr. Dorothee Wierling ■ Dr. René Wildangel ■ Prof. Dr. Theresa Wobbe

# Adressen

Stand: Mai 2008

## Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstraße 8  
10117 Berlin  
T 030-2853 40 F 030-2853 41 09  
E [info@boell.de](mailto:info@boell.de) W [www.boell.de](http://www.boell.de)

## Die Landesstiftungen der Heinrich-Böll-Stiftung

### Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg e.V.

Rieckestraße 26, 70190 Stuttgart  
T 0711-2633 94 10 F 0711-2633 94 19  
E [info@boell-bw.de](mailto:info@boell-bw.de) W [www.boell-bw.de](http://www.boell-bw.de)

### Petra-Kelly-Stiftung – Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in Bayern e.V.

Reichenbachstraße 3a, 80469 München  
T 089-24 22 67 30 F 089-24 22 67 47  
E [info@petra-kelly-stiftung.de](mailto:info@petra-kelly-stiftung.de) W [www.petra-kelly-stiftung.de](http://www.petra-kelly-stiftung.de)

### Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Kottbusser Damm 72, 10967 Berlin  
T 030-612 60 74 F 030-618 30 11  
E [info@bildungswerk-boell.de](mailto:info@bildungswerk-boell.de) W [www.bildungswerk-boell.de](http://www.bildungswerk-boell.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg

Charlottenstraße 30, 14467 Potsdam  
T 0331-280 07 86 F 0331-29 20 92  
E [info@boell-brandenburg.de](mailto:info@boell-brandenburg.de) W [www.boell-brandenburg.de](http://www.boell-brandenburg.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung Bremen

Plantage 13, 28215 Bremen  
T 0421-35 23 68 F 0421-35 23 89  
E [ruedel.boell@arcor.de](mailto:ruedel.boell@arcor.de) W [www.boell-bremen.de](http://www.boell-bremen.de)

### Umdenken – Politisches Bildungswerk

**Heinrich-Böll-Stiftung Hamburg**  
Max-Brauer-Allee 116, 22765 Hamburg  
T 040-389 52 70 F 040-380 93 62  
E [info@umdenken-boell.de](mailto:info@umdenken-boell.de) W [www.umdenken-boell.de](http://www.umdenken-boell.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung Hessen

Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a. M.  
T 069-23 10 90 F 069-23 94 78  
E [info@hbs-hessen.de](mailto:info@hbs-hessen.de) W [www.hbs-hessen.de](http://www.hbs-hessen.de)

### Bildungswerk Mecklenburg-Vorpommern in der Heinrich-Böll-Stiftung

Mühlenstraße 9, 18055 Rostock  
T 0381-492 21 84 F 0381-492 21 56  
E [post@boell-mv.de](mailto:post@boell-mv.de) W [www.boell-mv.de](http://www.boell-mv.de)

### Archiv Grünes Gedächtnis

Eldenaer Straße 35  
10247 Berlin  
T 030-285 34-260 F 030-285 34-52 60  
E [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de)

### Stiftung Leben Und Umwelt Niedersachsen

Warmbüchenstraße 17, 30159 Hannover  
T 0511-301 85 70 F 0511-301 85 714  
E [info@slu-boell.de](mailto:info@slu-boell.de) W [www.slu-boell.de](http://www.slu-boell.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Huckarder Straße 12, 44147 Dortmund  
T 0231-914 40 40 F 0231-91 44 04 44  
E [info@boell-nrw.de](mailto:info@boell-nrw.de) W [www.boell-nrw.de](http://www.boell-nrw.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung Rheinland-Pfalz

Martinstr. 2, 55116 Mainz  
T 06131-90 52 64 F 06131-90 52 69  
Hauptstraße 21, 67280 Ebertsheim  
T 06359-96 18 00 F 06359-80 73 55  
E [mainz@boell-rlp.de](mailto:mainz@boell-rlp.de) W [www.boell-rlp.de](http://www.boell-rlp.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung Saar e.V.

Talstraße 56, 66119 Saarbrücken  
T 0681-58 35 60 F 0681-58 35 36  
E [boell.stiftung@t-online.de](mailto:boell.stiftung@t-online.de)

### Bildungswerk Weiterdenken in der Heinrich-Böll-Stiftung

Schützengasse 18, 01067 Dresden  
T 0351-494 33 11 F 0351-494 34 11  
E [info@weiterdenken.de](mailto:info@weiterdenken.de) W [www.weiterdenken.de](http://www.weiterdenken.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung in Sachsen-Anhalt e.V.

Leipzigerstraße 36, 06108 Halle  
T 0345-202 39 27 F 0345-202 39 28  
E [info@boell-sachsen-anhalt.de](mailto:info@boell-sachsen-anhalt.de) W [www.boell-sachsen-anhalt.de](http://www.boell-sachsen-anhalt.de)

### Bildungswerk «Anderes Lernen» – Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein

Medusastraße. 16, 24143 Kiel  
T 0431-906 61 30 F 0431-906 61 34  
E [info@boell-sh.de](mailto:info@boell-sh.de) W [www.boell-sh.de](http://www.boell-sh.de)

### Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen

Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt  
T 0361-555 32 55 F 0361-555 32 53  
E [info@boell-thueringen.de](mailto:info@boell-thueringen.de) W [www.boell-thueringen.de](http://www.boell-thueringen.de)

**Auslandsbüros der Heinrich-Böll-Stiftung****Afrika****Regionalbüro Ostafrika/Horn Von Afrika**

Heinrich Böll Foundation, Forest Road  
P.O. Box 10799-00100, GPO Nairobi, Kenia  
**T** +254-20-374 42 27/375 03 29 **F** +254-20-374 91 32  
**E** [nairobi@hbfa.com](mailto:nairobi@hbfa.com) **W** [www.hbfa.com](http://www.hbfa.com)

**Landesbüro Nigeria**

Heinrich Böll Foundation  
16 A, Oladipo Diya Street  
Ikoyi, Lagos  
**T** +234-1-472 14 65 **F** +234-1-269 43 26  
**E** [info@boellnigeria.org](mailto:info@boellnigeria.org) **W** [www.boellnigeria.org](http://www.boellnigeria.org)

**Regionalbüro Südliches Afrika**

Heinrich Böll Foundation  
Suite 105, 1st Floor, The Avalon Building  
123 Hope Street, Gardens, 8001 Kapstadt, Südafrika  
**T** +27-21-461 62 66 **F** +27-11-447 44 18  
**E** [info@boell.org.za](mailto:info@boell.org.za) **W** [www.boell.org.za](http://www.boell.org.za)

**Landesbüro Äthiopien**

Heinrich Böll Foundation  
Off Bole Medhanealem, House no 2264  
PO Box Number 3174, Code 1250, Addis Abeba  
**T** +25-11-663 11 00 **F** +25-11-618 54 88  
**E** [info@hbfa.addis.org.et](mailto:info@hbfa.addis.org.et)

**Asien****Regionalbüro Pakistan/Afghanistan**

Heinrich Böll Foundation, 76-B, Nisar Road  
Lahore Cantt-54800, Pakistan  
**T** +92-42-666 63 22 **F** +92-42-666 48 99  
**E** [gregor.enste@hbfasia.org](mailto:gregor.enste@hbfasia.org) **W** [www.hbfasia.org](http://www.hbfasia.org)

**Regionalbüro Südostasien**

Heinrich Böll Foundation, 91/9 Mu 14, Ban Mai Lang  
Mor Soi 1, Suthep Road, 50200 Chiang Mai  
**T** +66-53-81 04 30-2 **F** +66-53-81 01 24  
**E** [sea@hbfasia.org](mailto:sea@hbfasia.org) **W** [www.hbfasia.org](http://www.hbfasia.org)

**Landesbüro Kambodscha**

Heinrich Böll Foundation,  
#224, 184 Street, Daun Penh (off Monivong Blvd.),  
Phnom Penh  
**T** +855 23 210 535 **F** +855 23 216 482  
**E** [seidel@hbfasia.org](mailto:seidel@hbfasia.org)

**Landesbüro Indien**

Heinrich Böll Foundation,  
C – 20, 1st Floor, Qutub Institutional Area,  
New Delhi 110016  
**T** +91-11-2685 4405 **F** +91-11-2651 6695  
**E** [india@hbfasia.org](mailto:india@hbfasia.org) **W** [www.boell-india.org](http://www.boell-india.org)

**Landesbüro Afghanistan**

Heinrich Böll Foundation, Qala-e-Fathullah,  
Street 1, House Nr. 25, Kabul  
**T** +93-70-295 972 **E** [marion@hbfasia.org](mailto:marion@hbfasia.org)

**Landesbüro China**

Heinrich Böll Foundation  
8, Xinzhong Xijie, Gongti Beilu  
Asia Hotel, Office Building No. 309, 100027 Beijing  
**T** +86-10-66 15 46 15-0 **F** -102  
**E** [info@boell-china.org](mailto:info@boell-china.org) **W** [www.boell-china.org](http://www.boell-china.org)

**Europa****Regionalbüro Europäische Union**

Heinrich Böll Foundation, Rue d'Arlon 15, B-1050 Bruxelles  
**T** +32-2-743 41 00 **F** +32-2-743 41 09  
**E** [brussels@boell.be](mailto:brussels@boell.be) **W** [www.boell.be](http://www.boell.be)

**Regionalbüro Ost-/Mitteleuropa (Warschau)**

Fundacja Heinricha Bölla  
ul. Zurwia 45 00-680 Warszawa, Polen  
**T** +48-22-594 23-33 **F** +48-22-594 23-37  
**E** [hbs@boell.pl](mailto:hbs@boell.pl) **W** [www.boell.pl](http://www.boell.pl)

**Regionalbüro Ost-/Mitteleuropa (Prag)**

Zastoupeni Heinrich-Böll-Stiftung v Ceske republice  
Spálená 23, (Eingang Spálená 21)  
CZ – 110 00 Praha 1, Tschechien  
**T** +420-251 81 41 73 **F** +420-251 81 41 74  
**E** [info@boell.cz](mailto:info@boell.cz)

**Landesbüro Ukraine**

Heinrich-Böll-Stiftung  
wul. Welyka Wasylkiwska 36, Büro 1  
01004 Kiew  
**T** +38044 287 45 25 **F** +38044 246 6414  
**E** [savin@boell.pl](mailto:savin@boell.pl)

**Landesbüro Türkei**

Heinrich-Böll-Stiftung, İnönü Cad. Haci  
Hanim Sok. No. 10/12  
TR-34439 Gümüssuyu – Istanbul  
**T** +90-212-249 15 54 **F** +90-212-252 31 36  
**E** [info@boell-tr.org](mailto:info@boell-tr.org) **W** [www.boell-tr.org](http://www.boell-tr.org)

**Landesbüro Russland**

Heinrich Böll Foundation, Grusinskij Pereulok 3-231,  
RU 123056 Moskau  
**T** +7-495-254 14 53 **F** +7-495-935 80 14  
**E** [info@boell.ru](mailto:info@boell.ru) **W** [www.boell.ru](http://www.boell.ru)

**Regionalbüro Südkaukasus**

Heinrich Böll Foundation  
Tbilisi 0179, Radiani Str. 5, Georgien  
**T** +995-32-22 77 05 **F** +995-32-91 28 97  
**E** [info@boell.ge](mailto:info@boell.ge) **W** [www.boell.ge](http://www.boell.ge)

**Regionalbüro Südosteuropa**

Fondacija Heinrich Böll  
 Dobracina 43, 11 000 Belgrad, Serbien  
**T** +381-11-18 00 49 **F** +381-11-32 85 180  
**E** [hbs-bgd@hbs.org.yu](mailto:hbs-bgd@hbs.org.yu)

**Landesbüro Bosnien-Herzegowina**

Fondacija Heinrich Böll, Cekalusa 42  
 BIH-71000 Sarajevo  
**T** +387-33-260 450 **F** +387-33-260 460  
**E** [h.boell@bih.net.ba](mailto:h.boell@bih.net.ba)

**Landesbüro Kroatien**

Fondacija Heinrich Böll, Berislaviceva 20  
 HR-10000 Zagreb  
**T** +385 1 481 25 30 **F** +385 1 481 89 77  
**E** [hbs-hr@zamir.net](mailto:hbs-hr@zamir.net)

**Lateinamerika****Regionalbüro Brasilien**

Fundação Heinrich Böll, Rua da Gloria 190, ap. 701  
 2024 1180 Rio de Janeiro – Gloria  
**T/F** +55-21-32 21 99 00  
**E** [boell@boell.org.br](mailto:boell@boell.org.br) **W** [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org)

**Regionalbüro Cono Sur**

Fundación Heinrich Böll,  
 Avenida Francisco Bilbao 882  
 Providencia  
 752-0063 Santiago de Chile  
**T** +56-2-341 64 41 **E** [alvarez@boell.de](mailto:alvarez@boell.de)

**Regionalbüro Mittelamerika/Mexiko/Karibik**

Fundación Heinrich Böll, calle José Alvarado No. 12  
 Colonia Roma, Delegación Cuauhtémoc,  
 CP 06700, México, D.F.  
**T/F** +52-55 52 64 15 14  
**E** [ingrid.spiller@boell-latinoamerica.org.mx](mailto:ingrid.spiller@boell-latinoamerica.org.mx)  
**W** [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org)

**Landesbüro El Salvador**

Fundación Heinrich Böll, Residencial Zanzibar, Pasaje A-Oriente,  
 No. 24, San Salvador  
**T** +503-22 74 68 12 **F** +503-22 74 69 32  
**E** [boell.programas@telesal.net](mailto:boell.programas@telesal.net)  
**W** [www.boell-latinoamerica.org](http://www.boell-latinoamerica.org)

**Naher Osten****Landesbüro Israel**

Heinrich Böll Foundation, Nahalat Binyamin 24,  
 IL-65162 Tel Aviv  
**T** +972-3-516 77 34/35 **F** +972-3-516 76 89  
**E** [hbstl@boell.org](mailto:hbstl@boell.org) **W** [www.boell.org.il](http://www.boell.org.il)

**Regionalbüro Mittlerer Osten**

Heinrich Böll Foundation, 266, Rue Gouraud,  
 Gemmayzeh, Beirut, Libanon  
 PO Box 175510, Gemmayzeh  
**T** +961-1-56 29 26 **F** +961-1-56 29 78  
**E** [boell@terra.net.lb](mailto:boell@terra.net.lb) **W** [www.boell-meo.org](http://www.boell-meo.org)

**Regionalbüro Arabischer Naher Osten**

Heinrich Böll Foundation, Tal az-Zaatar St. 6, Ramallah  
 Palestine, P.O. Box 2018 Ramallah, Palestine  
**T** +972-2-296 11 21 **F** +972-2-296 11 22  
**E** [info@boell-ameo.org](mailto:info@boell-ameo.org) **W** [www.boell-ameo.org](http://www.boell-ameo.org)

**Nordamerika****Regionalbüro Nordamerika**

Heinrich Böll Foundation, Chelsea Gardens  
 1638 R Street, NW, Suite 120,  
 Washington, DC, 20009, USA  
**T** +1-202-462 75 12 **F** +1-202-462 52 30  
**E** [info@boell.org](mailto:info@boell.org) **W** [www.boell.org](http://www.boell.org)

# Fördern und Spenden

## Wir danken unseren Förder/innen und Spender/innen!

Viele Menschen unterstützen die Heinrich-Böll-Stiftung durch ihre Mitgliedschaft im Freundeskreis oder durch Spenden. Auch durch ehrenamtliche Tätigkeiten als Referent/innen, als Vertrauensdozent/innen oder als Mitglied eines Beratungsgremiums helfen sie mit, unsere Ziele zu verwirklichen und unsere Bildungs- und Projektarbeit im In- und Ausland weiterzuentwickeln. Dem Spendenaufruf für das Stipendienprogramm für Autor/innen und Künstler/innen im Heinrich-Böll-Haus Langenbroich, den die beiden Literaturnobelpreisträger Günter Grass und Imre Kertész unterstützen, sind bereits viele Menschen gefolgt. Sie ermöglichten damit internationalen Autoren und Künstlern einen Aufenthalt im Heinrich-Böll-Haus, dem früheren Domizil des Schriftstellers. Dort konnten sie frei von ökonomischem oder politischem Druck ungestört arbeiten.

## So können Sie die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützen:

- mit Ihrer Mitgliedschaft bei den Freundinnen und Freunden
- mit Ihrer Spende oder Patenschaft für Autoren und Künstler im Heinrich-Böll-Haus
- mit einer langfristigen Partnerschaft.

In der Broschüre *Spuren hinterlassen* geben wir sachliche Informationen rund um die Themen «Erben, Vererben, Stiften». Wir zeigen, wie Sie Partner oder Partnerin der Heinrich-Böll-Stiftung werden können. Gemeinsam mit uns können Sie Ihre demokratischen Ideale und Ihr politisches Engagement dauerhaft weiterführen und an die nächste Generation weiterreichen. Gerne schicken wir Ihnen die Broschüre zu und beantworten Ihre Fragen.

Informationen unter:

Dr. Janina Bach

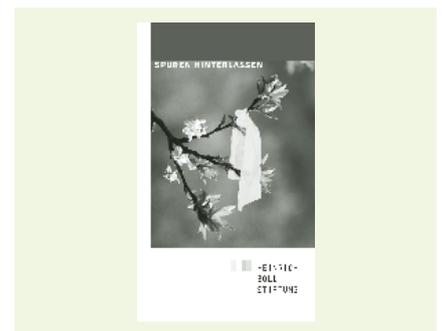
T 030-28534-112 F -119,

E [bach@boell.de](mailto:bach@boell.de) W [www.boell.de](http://www.boell.de)

## Werden Sie Pate oder Patin!



Günther Grass und Imre Kertész



## Beitrittserklärung: Absender/in

Name:

Vorname:

Institution/  
Organisation:

dienstlich  privat

Anschrift

Straße:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Telefon/Fax:

\* Ihre Angaben werden gemäß dem Bundesdatenschutzgesetz streng vertraulich behandelt.

Bitte schicken Sie mir Informationen über die Heinrich-Böll-Stiftung zu.

Datum/  
Unterschrift:

Bitte auch die andere Seite ausfüllen!

Postkarte  
bitte mit 45c  
freimachen

## Heinrich-Böll-Stiftung

Freundinnen und Freunde  
Hackesche Höfe  
Rosenthaler Straße 40/41

10178 Berlin

## Freundinnen und Freunde der Heinrich-Böll-Stiftung

### Kontakt und Informationen:

Dr. Janina Bach  
**T** 030-285 34-112  
**F** 030-285 34-109  
**E** [bach@boell.de](mailto:bach@boell.de)

Unsere Freundinnen und Freunde hatten im Jahr 2007 viele Gelegenheiten, sich zu treffen. So zum Beispiel bei den «Galeriegesprächen», bei denen sie als Referentinnen oder Referenten ihre Fachkompetenz zur Verfügung stellen. Marianne BIRTHLER, Beauftragte der Bundesregierung für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, hielt im Juni 2007 z. B. einen Vortrag zum Thema «Erinnern statt Bewältigen. Aufarbeitung der SED-Diktatur anhand von Stasi-Unterlagen».

Die «After-Work-Treffen» boten die Möglichkeit, in entspannter Atmosphäre Aktuelles aus dem Ausland zu erfahren. Walter Kaufmann, der Leiter des Stiftungsbüros in Tbilisi, berichtete im September über die Lage in Georgien, und Helga Flores Trejo, Leiterin des Washingtoner Büros, im November über den US-Präsidentenwahlkampf 2008.

Höhepunkte waren die Jahresversammlung des Förderkreises am 25. August 2007 in Köln mit der anschließenden Fahrt zum Sommerfest ins Heinrich-Böll-Haus in Langenbroich sowie die Begegnungsreise des Freundeskreises nach Georgien und Azerbeidschan mit vielen politischen Gesprächen.



Mechtild M. Jansen und Helga Metzner,  
Koordinationsgremium des Freundeskreises

Die Freundinnen und Freunde unterstützen die Werte und Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung. Mit ihren Mitgliedsbeiträgen fördern sie schnell und unbürokratisch Menschenrechtsaktivist/innen, Künstler/innen und kulturelle Projekte.

Als Mitglied zahlen Sie einen Jahresbeitrag von 92 Euro, ermäßigt 46 Euro und Schüler/ Studierende 25 Euro. Sie erhalten den «Info-Brief» mit aktuellen Informationen über Aktivitäten der Stiftung und des Freundeskreises, zudem Einladungen zu besonderen Veranstaltungen wie der Petra-Kelly-Preisverleihung. Unsere Mitglieder haben die Möglichkeit, jährlich an einer politischen Begegnungsreise zu unseren Projektpartnern ins Ausland teilzunehmen.

Begegnungsreise nach Georgien und  
Azerbeidschan im Oktober 2007



### Beitrittserklärung

Ich unterstütze die Ziele der Heinrich-Böll-Stiftung und erkläre meinen Beitritt zu den Freundinnen und Freunden der Heinrich-Böll-Stiftung als (bitte ankreuzen):

#### Mitglied

- mit dem Regelbeitrag von 92 € im Jahr
- mit dem ermäßigten Jahresbeitrag für Geringverdienende von 46 €
- mit dem Jahresbeitrag von 150 €
- mit dem Jahresbeitrag von 300 €
- mit dem Jahresbeitrag von €
- mit dem Jahresbeitrag von 25 € für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Erwerbslose und – auf Antrag – Menschen im Ruhestand

#### Institutionelles Mitglied (Unternehmen und Organisationen)

- mit einem Jahresbeitrag von 184 €
- mit einem Beitrag für Basisinitiativen von 92 €

Ich werde nicht Mitglied, aber ich unterstütze die Heinrich-Böll-Stiftung mit einer einmaligen Spende von €

### Zahlungsweise

#### Bankeinzug

Bitte buchen Sie den angekreuzten Betrag von €   
bei Fälligkeit bis auf Widerruf von meinem Konto ab.

Konto-Nr:

BLZ:

Geldinstitut:

Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist die Bank nicht verpflichtet, den Betrag abzubuchen.

#### Überweisung

Den Betrag von €  habe ich auf das Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00 Konto-Nr. 307 67 02 überwiesen.

Datum/  
Unterschrift:

**Impressum** ■ Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung e.V. ■ Redaktion: Susanne Dittrich, Bernd Rheinberg ■ Umschlag: Installation «Treppenläufer» (Ausschnitt) des Berliner Künstlers Via Lewandowsky. Der Läufer wird die Treppe zur Bel-  
etage im Eingangsbereich des neuen Stiftungshauses auskleiden ■ Texte: Mitarbeiter  
und Mitarbeiterinnen der Heinrich-Böll-Stiftung ■ Fotos: Archiv der Heinrich-Böll-  
Stiftung sowie Ludwig Rauch (S. 3 o., 58), Bettina Keller (S. 3 u.), Philip Meinecke/  
Greenpeace (S. 4), Paul Langrock/Zenit/Greenpeace (S. 5), raumlabor\_berlin (S. 7 o.),  
Palang Thai (S. 10), AP Photo/Andre Penner (S. 11 o.), Ökologische Gruppe «Eco-  
defense!» (S. 11 u.), Gregor Enste (S. 12, 47 u.), Lars Borges (S. 13 o.), Heuer/Laif  
(S. 15 u. re), Polaris/laif (S. 15 u. li), Joachim Loch (S. 16), Maude Meinel (S. 18),  
David Bennemann (S. 19 o.), BZFO (S. 19 u.), Gabriele Fromm (S. 21, 22), Barbara  
Assheuer (S. 25 o.), DRA/Knut Hildebrand (S. 28), Karin Jobst (S. 38 o.), Julius Himm-  
ler (S. 41), Stefan Worring/Kölner Stadt-Anzeiger (S. 47 o.), Berlinale Talent Campus  
(S. 48 u.), Otto Böhr (S. 51, 52), Berlinale (S. 53 o.), Lukas Beckmann (S. 56),  
Andreas Böhmgig (S. 57), Renate von Mangoldt (S. 71), Bildschön (S. 71, S. 72 u.)  
■ Gestaltung: blotto, Berlin ■ Papier: Umweltfreundlich, chlorfrei gebleicht ■  
Auflage: 4000 ■ Stand: 1. Juni 2008 ■ Dieser Bericht ist kostenlos erhältlich  
bei der Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin T 030-285 34-0  
F 030-285 34-109 E [info@boell.de](mailto:info@boell.de) W [www.boell.de](http://www.boell.de)

<p><b>Organisationsplan der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.</b>, Stand: Mai 2008</p> Schumannstraße 8, 10117 Berlin
<p><b>T</b> 030-28534-0 <span> </span> <b>F</b> 030-28534-109 <span> </span> <b>E</b> <a href="mailto:info@boell.de">info@boell.de</a> (<i>Nachname@boell.de</i>) <span> </span> <b>W</b> <a href="http://www.boell.de">www.boell.de</a></p>

<p><b>Mitgliederversammlung</b></p>	<p><b>49 Mitglieder</b></p>
<p><b>Aufsichtsrat</b></p>	<p><b>9 Mitglieder</b></p>

<p><b>Vorstand</b></p>	<p><b>Geschäftsführung</b></p>	<p><b>Gremien und Fachbeiräte</b></p>
<p><b>Ralf Fücks</b> Stephan Ertner Diana Zink-Röhe</p>	<p><b>Barbara Unmüßig</b> Claudia Rolf Kathrin Klaua</p>	<p><b>Dr. Birgit Laubach</b> Heike Knoop Jülide Arik</p> <p>Freundinnen und Freunde Frauenrat Fachbeirat Studienwerk Fachbeirat Nord-Süd Fachbeirat Europa/Transatlantik</p>

<p><b>Gemeinschaftsaufgaben</b></p>	<p><b>Geschlechterdemokratie</b> Henning von Bargen Birgitta Henschel</p>	<p><b>Interkulturelles Management/ Diversity</b> Mekonnen Mesghena</p>	<p><b>Stiftungsbüro</b> Martina Kulla Ellen Deuse Sabine König</p>	<p><b>Fundraising/Sponsoring</b> N.N. Ellen Deuse</p>
-------------------------------------	---	--	--	---

<p><b>Politische Bildung Inland</b></p>	<p><b>Internationale Zusammenarbeit</b></p>
<p><i>Peter Siller</i> Bettina Hermann Julia Bresgott Andrea Mesch</p>	<p><i>Klaus Linsenmeier</i> Marlies Rüster Simone Zühr</p>

<p><b>Ökologie und Nachhaltigkeit</b> Sebastian Wienges Rita Hoppe</p>	<p><b>Internationale Politik</b> Lilia Fuhr Tsewang Norbu Martina Hennies Annette Kraus</p>	<p><b>Regionalreferat Lateinamerika</b> Annette von Schönfeld Sven Hilbig Monika Reddig Petra Tapia Jutta Ganther Iciar Oquinena</p> <p><i>Büro Mexiko-Stadt:</i> Ingrid Spiller</p> <p><i>Büro Rio de Janeiro:</i> Dr. Thomas Fatheuer</p> <p><i>Büro Santiago de Chile</i> Michael Alvarez</p>	<p><b>Regionalreferat EU/Nordamerika</b> Bastian Hermisson Ewa Peteja Sandra Nenninger Sigrid Lukoschus Heike Borgemeister Frederik Lottje</p> <p><i>Büro Brüssel:</i> Claude Weinber</p> <p><i>Büro Prag:</i> Eva van de Rakt</p> <p><i>Büro Warschau:</i> Agnieszka Rochon</p> <p><i>Büro Kiew:</i> Dr. Kyryl Savin</p> <p><i>Büro Istanbul:</i> Dr. Ulrike Dufner</p> <p><i>Büro Washington:</i> Helga Flores</p>
<p><b>Wirtschaft, Arbeit und Soziales</b> Ute Brümmer Monika Steins</p>	<p><b>Internationale Ökologiepolitik</b> Jörg Haas Norberto Toruño</p>	<p><b>Regionalreferat Nahost</b> Bernd Asbach Birgit Arnhold Christa Drießen Renate Eisape</p> <p><i>Büro Tel Aviv:</i> Jörn Böhme</p> <p><i>Büro Ramallah:</i> Christian Sterzing</p> <p><i>Büro Beirut:</i> Layla Al-Zubaidi</p>	<p><b>Regionalreferat Südosteuropa/ Osteuropa/Kaukasus</b> <b>Dr. Azra Džajić-Weber</b> Gudrun Fischer Ruth Kleefisch Halina Bogusz</p> <p><i>Büro Belgrad:</i> Dragoslav Dedović</p> <p><i>Büro Moskau:</i> Jens Siegert</p> <p><i>Büro Tbilisi:</i> Dr. Iris Kempe</p>
<p><b>Bildung und Wissenschaft</b> Dr. Andreas Poltermann David Handwerker</p>	<p><b>Ecofair Trade Dialogue</b> Christine Chemnitz Sonja Kundler</p>	<p><b>Regionalreferat Asien</b> Julia Scherf Petra Zimmermann Thorsten Volberg Christina Sadeler Susanne Wienke</p> <p><i>Büro Chiang Mai:</i> Dr. Heike Löschmann</p> <p><i>Büro Lahore:</i> Gregor Enste</p> <p><i>Büro Neu Delhi:</i> Dr. Michael Köberlein</p> <p><i>Büro China:</i> Katrin Altmeyer</p>	<p><b>Haushaltsreferat</b> Susanne Raukamp Kirsten Dagane</p>
<p><b>Demokratie und Zeitgeschichte</b> Dr. Marianne Zepp Eike Botta-Venhorst</p>	<p><b>Außen- und Sicherheitspolitik</b> Marc Berthold Barbara Assheuer</p>	<p><b>Regionalreferat Afrika</b> Kirsten Maas Beate Adolf Angelika Rössler Nicola Egelhof Margarete Tanzmann</p> <p><i>Büro Kapstadt:</i> Dr. Antonie Nord</p> <p><i>Büro Nairobi:</i> Dr. Axel Harneit-Sievers</p> <p><i>Büro Lagos:</i> Dr. Stefan Cramer</p> <p><i>Büro Äthiopien:</i> Christian Peters-Berries</p>	<p><b>Qualitätssicherung</b> Christiane Dilger</p>
<p><b>Gesellschaft/EU-Programme</b> Michael Stognienko Andrea Meinecke</p>	<p><b>Interkulturelle Demokratie</b> Mekonnen Mesghena Olga Drossou Simonetta Giuliano Neubert</p>	<p><b>Kommunalpolitik</b> Wolfgang Pohl, Sabine Drewes Judith Utz</p>	<p><b>Server- und Netzbetriebe</b> Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Julian Haase</p>
<p><b>Kunst und Kultur</b> Jan Engelmann Cristina Gómez Barrio Karin Lenski</p>	<p><b>Heinrich Böll – Leben und Werk</b> Dr. Jochen Schubert Markus Schäfer Elsbeth Zylla</p>	<p><b>Haus Langenbroich</b> Sigrun Reckhaus</p>	<p><b>Technische Dienste</b> Petra Stegemann Katrin Fielder</p>
<p><b>Archiv «Grünes Gedächtnis»</b> Dr. Christoph Becker-Schaum Robert Camp, Anne Vechtcl, Steffi Rönnefarth, Gabriele Giwan, Anka Lück</p>			<p><b>Hausmeister</b> Ralf Newiger</p>
			<p><b>Immobilien</b> Jochen Mindak</p>
			<p>Aufgeführt sind nur Auslandsbüros mit entsandten Leitungen</p>

<p><b>Projektgruppen</b></p>	<p><b>Globalisierung und Nachhaltigkeit</b> Lilia Fuhr, Jörg Haas, Sebastian Wienges</p>	<p><b>Demokratieförderung und fragile Staatlichkeit</b> Jost Pachaly (ab Juli 2008)</p>	<p><b>Außen- und Sicherheitspolitik</b> N. N. Marc Berthold (ab Juli 2008)</p>
<p><b>Unternehmensdienste</b></p>	<p><b>Kommunikation und Medien</b></p>	<p><b>Haushalt und Finanzen</b></p>	<p><b>Studienwerk</b></p>
<p><i>Annette Maennel</i></p>	<p><i>Günther Öchsner</i></p>	<p><i>Dr. Ulla Siebert</i> Bärbel Karger, Anja Schleich, Liette Thill, Janina Bach</p>	<p>Bildungswerk Berlin <b>T</b> 030-612 60 74</p>
<p><b>Presse- und Öffentlichkeitsarbeit</b> Karoline Hutter Vera Lorenz Angelika Mainusch</p>	<p><b>Haushalt</b> Uta Kehr</p> <p><b>Finanzbuchhaltung</b> Karla Sieck Murat Pekün Silke Richter Miljka Müller Jutta Rickmann Margit Kamp Valerian Rautenberg Marianne Brade</p>	<p><b>Studienförderung</b> Gabriele Tellenbach Angelika Steinborn Kathrin Tietz</p> <p><b>Studienförderung/ Internationale Stipendienprogramme und Alumni-Betreuung</b> Kerstin Simonis Frank Roger</p> <p><b>Promotionsförderung</b> Jutta Helm Wilma Weber Kristina Heße</p>	<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 0711-26339410 Baden-Württemberg</p> <p>Petra-Kelly-Stiftung <b>T</b> 089-24226730 Bayern</p>
<p><b>Online-Redaktion/Internet</b> Bernd Herrmann Peggy Marquardt Kremena Lazova</p>	<p><b>Marketing</b> Elke Paul</p>	<p><b>Richtlinien</b> Dr. Gerd Frickenhelm</p> <p><b>Reisekosten</b> Hans-Jörg Wilhelm</p>	<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 0331-2800786 Brandenburg</p>
<p><b>Tagungsbüro</b> Gundula Fienbork Eva Klakl Julia Reiter</p>	<p><b>Besucherprogramme</b> Arfasse Gamada</p>	<p><b>IT/Technische Dienste</b></p>	<p>Bildungswerk Umwelt und Kultur <b>T</b> 0421-352368 Bremen</p>
<p><i>Bert Bloss</i></p>	<p><i>Anne-Gela Oppermann</i></p>	<p><b>Institute</b></p>	<p>umdenken-Politisches Bildungswerk <b>T</b> 040-3895270 Hamburg</p>
<p><b>Besucherprogramme</b> Arfasse Gamada</p>	<p><b>Personal</b></p>	<p><b>Gunda-Werner-Institut</b> Birgitta Hentschel Henning von Bargen Karin Fröhlich Christiane Bornstedt</p>	<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 069-231090 Hessen</p>
<p><b>Server- und Netzbetriebe</b> Dietmar Grabbert Gabriele Holländer Julian Haase</p>	<p><b>Personalbetreuung</b> Marzena Matuschak Sabine Popielski Sylvia Spöhr Karin Schmidt</p> <p><b>Personalentwicklung</b> Anita Roggen</p>	<p><b>Grüne Akademie</b> Dr. Anne Ulrich</p>	<p>Bildungswerk M.V. <b>T</b> 0381-4922184 Jutta Rickmann Vorpommern</p>
<p><b>Hausmeister</b> Ralf Newiger</p>	<p><b>Immobilien</b> Jochen Mindak</p>	<p><b>Weiterbildungsakademie GreenCampus</b> Christian Neuner-Duttenhofer Daniela Jahn</p>	<p>Stiftung Leben und Umwelt <b>T</b> 0511-3018570 Niedersachsen</p>
			<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 0231-9144040 Nordrhein-Westfalen</p>
			<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 06131-905264 Rheinland-Pfalz</p>
			<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 0681-583560 Saarland</p>
			<p>Bildungswerk-Weiterdenken <b>T</b> 0351-4943311 Sachsen</p>
			<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 0345-2023927 Sachsen-Anhalt</p>
			<p>Bildungswerk anders lernen <b>T</b> 0431-9066130 Schleswig-Holstein</p>
			<p>Heinrich-Böll-Stiftung <b>T</b> 0361-5553255 Thüringen</p>

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte, gegenüber dem Deutschen Theater, ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit über 100 Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern. Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit. Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung.

Im Jahr 2007 vergab das Studienwerk der Heinrich-Böll-Stiftung 326 Stipendien an Studierende und Promovenden neu. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat ca. 185 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch rund 370 Fördermitglieder, die die Arbeit finanziell und ideell unterstützen. Die Mitgliederversammlung, bestehend aus 49 Personen, ist das oberste Beschlussfassungsorgan und wählt u. a. den Vorstand. Den hauptamtlichen Vorstand bilden z. Zt. Ralf Fücks und Barbara Unmüßig. Die Geschäftsführung hat Dr. Birgit Laubach inne. Die Satzung sieht für die Organe der Stiftung und die hauptamtlichen Stellen eine Quotierung für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten vor. Zur Zeit unterhält die Stiftung Auslandsbüros in Brüssel, in Polen, Tschechien, der Türkei, Russland, Georgien, Ukraine, Bosnien, Serbien, Kroatien, Israel, Libanon, dem Arabischen Nahen Osten, Äthiopien, Kenia, Nigeria, Südafrika, Thailand, Kambodscha, Pakistan, Indien, Afghanistan, China, Brasilien, Chile, Mexiko, El Salvador und in den USA. Jährlich stehen der Stiftung rund 40 Millionen Euro aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung.